

Stenographisches Protokoll.

3. Sitzung der V. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Dienstag, den 27. Oktober 1953.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Saßmann (Seite 19).
2. Abwesenheitsanzeigen (Seite 19).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 19).
4. Verhandlung:
Antrag des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses, betreffend den Rechnungsabschluß des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Rechnungsjahr 1952. Berichterstatterin Frau Abg. Czerny (Seite 20); Redner: Abg. Wenger (Seite 20), Abg. Hilgarth (Seite 23), Landeshauptmannstellvertreter Popp (Seite 25); Abstimmung (Seite 27).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953, Bewilligung von Nachtragskrediten sowie von Überschreitungen von Voranschlagsansätzen. Berichterstatter Abgeordneter Kuchner (Seite 27).

Generaldebatte. Redner: Landesrat Müller (Seite 29), Landesrat Genner (Seite 31), Abg. Wondrak (Seite 35), Abg. Hilgarth (Seite 40).

Spezialdebatte zu den Überschreitungen des ordentlichen Voranschlages. Berichterstatter Abg. Kuchner (Seite 44).

Spezialdebatte zu den Überschreitungen des außerordentlichen Voranschlages. Berichterstatter Abg. Kuchner (Seite 49); Redner: Abg. Wondrak (Seite 50), Abgeordneter Bachinger (Seite 51), Abg. Staffa (Seite 51), Abg. Ing. Hirmann (Seite 52), Abg. Wenger (Seite 53), Abg. Tesar (Seite 54), Abg. Hainisch (Seite 56), Abgeordneter Staffa (Seite 57), Landeshauptmann Steinböck (Seite 58), Landeshauptmannstellvertreter Popp (Seite 59), Abgeordneter Prof. Zach (Seite 60), Abgeordneter Wondrak (Seite 63).

Spezialdebatte zu den Nachtragskrediten des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages. Berichterstatter Abg. Kuchner (Seite 64); Redner: Frau Abg. Czerny (Seite 64), Abg. Dr. Steingötter (Seite 65), Abg. Stangler (Seite 66); Abstimmung (Seite 69).

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 14 Uhr 31 Minuten*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeantwortet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landesrat Brachmann und Herr Abgeordneter Buchinger.

Zahl 463 der Tagesordnung betrifft den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953, Bewilligung von Nachtragskrediten sowie von Überschreitungen von Voranschlagsansätzen. Die Anträge hierzu in der vom Finanzausschuß in seiner Sitzung vom 22. Oktober 1953 geänderten Form sind der Tagesordnung angeschlossen.

Ich habe auf die Plätze der Herren Abgeordneten das Stenographische Protokoll der 9. Sitzung der IV. Session der V. Wahlperiode des Landtages vom 28. April 1953 auflegen lassen.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Vorlage der Landesregierung, betreffend das Gesetz über die Abänderung des Gesetzes vom 26. April 1950, LGBl. Nr. 28, betreffend die Einhebung einer Abgabe von Anzeigen und Druckwerken.

Vorlage der Landesregierung, betreffend das Gesetz über die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 26. April 1950, LGBl. Nr. 27, betreffend die Einhebung einer Abgabe von Getränken mit Ausnahme von Bier und Milch.

Vorlage der Landesregierung, betreffend das Gesetz über die Einhebung von Kanalgebühren, die Einrichtung einer öffentlichen Fäkalienabfuhr, die Einhebung von Fäkalienabfuhrgebühren und die Anschlußverpflichtung an öffentliche Regenwasserkanäle (niederösterreichisches Kanalgesetz).

Antrag der Abgeordneten Dr. Steingötter, Staffa, Pettenauer, Wenger, Nimetz, Gerhartl und Genossen, betreffend Vorfinanzierung der Hausratsdarlehen nach dem Wohnhauswiederaufbaugesetz durch das Land Niederösterreich.

Antrag der Abgeordneten Dr. Steingötter, Staffa, Pettenauer, Wenger, Nimetz, Gerhartl und Genossen, betreffend die Gewährung von Ehegründungsdarlehen.

Antrag der Abgeordneten Stangler, Ingenieur Hirmann, Hainisch, Hilgarth, Schöberl, Schwarzott und Genossen, betreffend die Abberufung des Obmannes des Finanzkontrollausschusses gemäß Artikel 46 des Landesverfassungsgesetzes in der Fassung von 1930.

Antrag der Abgeordneten Dr. Haberzettl, Schöberl, Schwarzott, Prof. Zach, Fehringner,

Ing. Hirmann und Genossen, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 21. März 1952 über Entgelt und Anzahl der in Heil- und Pflegeanstalten in Niederösterreich in Ausbildung stehenden Ärzte, LGBl. Nr. 29/1952.

Antrag der Abgeordneten Schöberl, Reitzl, Prof. Zach, Müllner, Schwarzott, Fehringer und Genossen, betreffend die Erlassung einer einheitlichen Gemeindewahlordnung für die Städte mit eigenem Statut des Landes Niederösterreich.

PRÄSIDENT SASSMANN (nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche Frau Abgeordnete Cerny, die Verhandlung zur Zahl 457 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. CZERNY: Hohes Haus! Ich habe namens des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Rechnungsabschluß des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Rechnungsjahr 1952 zu berichten.

Hohes Haus! Nach einer Beratung im Schul- und Finanzausschuß habe ich heute die Ehre, Ihnen den Rechnungsabschluß für den Schulbaufonds für das Jahr 1952 zur Genehmigung vorzulegen. Ich habe nicht die Absicht, Ihnen heute recht viele Ziffern zu sagen, sondern ich werde mich bemühen, Ihnen kurz und klar die Gebarung des Schulbaufonds im Jahre 1952 darzulegen.

Die Einnahmen waren laut Voranschlag mit 13,035.000 S veranschlagt worden. Laut Rechnungsabschluß haben sich Einnahmgebühren von 13,700.466.48 S, also um 665.466.48 S mehr ergeben.

Zurückzuführen sind diese Mehreinnahmen auf erhöhte Eingänge aus Bedarfszuweisungen einerseits im Betrage von rund 503.000 S und auf weitere Mehreinnahmen von rund 160.000 S aus rückfließenden Tilgungsraten für Schulbaubeihilfen. Es ergibt sich daher folgendes Bild: An Einnahmgebühren haben sich insgesamt 13,700.466.48 Schilling ergeben, die alle für Schulbaubeihilfen ausgegeben wurden. Die Bilanz der veranschlagten Gebarung ist somit ausgeglichen und es ergibt sich weder ein buchmäßiger Überschuß noch ein Abgang.

An Schulbaubeihilfen gelangten im Gebarungsjahr zur Verteilung: An nicht rückzahlbaren Beihilfen 7,518.120.38 S, an rückzahlbaren, unverzinslichen Beihilfen 6,056.800 Schilling, zusammen daher 13,574.920.38 S.

In der unwirksamen Gebarung betragen die Gesamteinnahmen 47.920 S, die Gesamtausgaben 50.770 S, somit ein Mehr von 2850 S.

Aus der Kassengebarung ist folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1952 wurden Einnahmen von 14,196.102.34 S und Ausgaben von 13,686.990.70 S verzeichnet. Somit ergab sich ein kassenmäßiger Überschuß von 509.111.64 S.

Es ist in der gesamten Kassenrechnung ein schließlicher Kassenrest am 31. Dezember 1952 von 733.732.90 S zu verzeichnen, der in einem Kontokorrentguthaben bei der Landeshypothekenanstalt für Niederösterreich besteht.

Aus dem Vermögensstand ist folgendes zu entnehmen: Die Summe der Aktiva beträgt zu Anfang des Jahres 12,947.298.72 S, am Ende des Jahres 18,719.984.50 S, daher um 5,772.685.78 S mehr.

Zurückzuführen ist diese Vermehrung hauptsächlich auf die Neubewilligung von Darlehen und auf die Erhöhung des Kassa-restes:

Die Passiva haben sich von 729.338 S am Anfang des Jahres auf 739.964 S mit Ende des Jahres, das heißt um 10.626 S vermehrt.

Das schließliche Reinvermögen weist gegenüber dem anfänglichen Stand von 12,217.960 S eine Vermehrung von 5,762.060 S auf und beträgt am Ende des Jahres 17,980.020 S. Es besteht zur Gänze aus den Forderungen des Schulbaufonds an Schulbaubeihilfen, welche von den Gemeinden rückzahlen sind.

Ich erlaube mir daher, namens des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses folgenden Antrag zu stellen (liest):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Bericht der niederösterreichischen Landesregierung zum Rechnungsabschluß des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Jahr 1952 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Der Rechnungsabschluß des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Jahr 1952 wird genehmigt.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter W e n g e r.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Nach Anhörung dieses Berichtes können wir bei gewissenhafter Prüfung wirklich sagen, daß auf dem Gebiete des Schulbaues viel geleistet worden ist. Gleichzeitig müssen wir allerdings feststellen, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel zu leisten ist, weil ungefähr 50 Bauvorhaben in Angriff genommen wurden, weiter weil noch eine Reihe von An-

trägen auf Schulbauten vorhanden sind, und schließlich weil zweifellos die Notwendigkeit von Schulbauten in Fällen noch besteht, für welche noch gar keine Anmeldung vorliegt.

Aber dem Willen des Referates sind selbstverständlich Grenzen gezogen, die nicht nur durch das Ausmaß der vorhandenen Geldmittel, sondern auch durch das Willen bestimmter maßgebender Kreise gegeben sind, die unserer Meinung nach daran schuld sind, daß noch nicht alle Wünsche und noch nicht alle Notwendigkeiten Erfüllung gefunden haben.

Wir können aber sagen, daß zweifellos die vorhandenen Mittel hundertprozentig eine zweckmäßige Verwendung gefunden haben. Die schulischen Voraussetzungen, um den Nachwuchs zu gesunden Staatsbürgern, die wir für unser Österreich brauchen, heranzubilden, sind also durch das Referat geschaffen worden und werden zweifellos auch weiterhin geschaffen werden. Um so mehr muß es uns wundern, daß in der letzten Zeit in der Presse verschiedentlich Nachrichten in Erscheinung getreten sind, die gerade auf diesem Gebiete bzw. im Zusammenhang mit Schulfragen eine Auffassung zutage treten lassen, mit der wir absolut nicht einverstanden sein können. Ich denke an die Zeit zurück, in der ich selbst noch ein Kind gewesen bin, und ich muß sagen, daß es damals wesentlich anders war. Das damals herrschende Regime hat sich um die Schule nicht die Sorgen und die Gedanken gemacht, die wir uns heute in gewissenhafter Weise machen. Ich erinnere mich daran, daß die Wohnverhältnisse, unter denen wir damals als Kinder aufwachsen mußten, keineswegs den heutigen Anforderungen oder den Anforderungen, die man überhaupt auf diesem Gebiete gemeinlich stellt, entsprochen haben. Ich denke daran, daß mein Vater — immerhin ein mittlerer Beamter — zusammen mit meiner Mutter und drei Kindern in einer kleinen Zimmer-Küche-Wohnung leben mußte, daß wir einen Wohnraum von insgesamt nur 30 Quadratmetern zur Verfügung gehabt haben und trotzdem ein Viertel des gesamten Monatseinkommens für den Zins aufgewendet werden mußte. Und dabei kann ich feststellen, daß das noch eine einigermaßen vornehme Behausung war, in der wir heranwachsen konnten. Ich denke da an andere Wohnräume, an Elendsquartiere, an die Scuterrainräume, bestehend aus Küche und Kabinett, in denen der vorhandene Wohnraum noch dadurch eingeengt wurde, daß Zimmerherren und Bettgeher, ja sogar Tag- und Nachtbettgeher die Wohnung mitbenützt haben.

Dementsprechend, Hohes Haus, war natür-

lich auch das Schulwesen zu jener Zeit. Und ich denke noch an meine Schulzeit zurück, als wir bei lachendem Sonnenschein in staubigen Klassenzimmern saßen und an Hand von Karten und Tabellen die Natur betrachten mußten, während uns draußen die Natur alles freigebig zur Verfügung gestellt hätte und wir dort alles viel besser hätten lernen können. Ich denke weiter daran, daß gegen Schulkinder, wenn sie aus ihrem Temperament, aus ihrem Leben heraus gegen diese Einengung oftmals protestiert haben — vielleicht unbewußt —, das Züchtigungsrecht in Kraft getreten ist, und daß die Kinder erfahren mußten, daß sie sich nach strengen Grundsätzen zu halten haben, die sie niemals verstehen konnten.

Schließlich ist das Leben dann weitergegangen und hat zu einer Lehre bei einem Meister geführt, wo aber in den meisten Fällen der Lehrling nicht nur beim Meister in der Lehre war, sondern auch bei der Meisterin. Letzten Endes, nach Beendigung der Lehrzeit, hat dann der betreffende Arbeiter bei 12- und 14stündiger Arbeitszeit ein Leben geführt, das nach unseren heutigen Begriffen völlig undenkbar ist. Und ganz zuletzt hat diese „glückliche“ Existenz, die die Menschen zu jener Zeit geführt haben, nach den statistischen Berechnungen mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 45 Jahren ihr Ende gefunden. Sie hat deshalb ihr rasches Ende gefunden, weil keinerlei sozialer Schutz das Leben dieser Menschen verlängern geholfen hat.

Anders ist das heute! Heute erfolgt eine Betreuung der Kinder von Geburt an. „Alles fürs Kind!“, diese sozialistische Devise ist, das muß ich zugestehen, zum Teil auch bereits von Ihnen, von der Mehrheit, übernommen worden. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber nicht in allen Belangen. Sie hat bei Ihnen wohl teilweise Eingang gefunden, wenn ich auch feststellen muß, daß Sie sich zum Beispiel an die Kinderplanschbecken noch nicht ganz gewöhnt haben. Aber Kindergärten und andere Einrichtungen, die Ihrer Verwaltung unterstehen, gehören selbstverständlich auch zum Inventar von Schulen.

Schließlich ist das Schulwesen reformiert worden. Und wenn es auch in Niederösterreich reformiert worden ist, dann ist es zum großen Teil dem Wirken der Sozialisten in diesem Lande zuzuschreiben. (*Zwischenrufe bei der Volkspartei. — Abg. Ernecker: Oho, Herr Kollege, wer war denn dann der Prader?*) Und es ist in diesem Zusammenhang dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Popp zu danken, daß er getreu dem Vorbild eines Otto Glöckel, der zweifellos größer ist als Ihr Vorkämpfer auf diesem

Gebiete (*Abg. Hilgarth: Das ist sehr umstritten!*), in der Frage der Schulreform tätig ist.

Die Kinder wachsen heute anders auf als früher. Sie wachsen heute in Wohnungen auf, die wirklich Wohnungen sind, die hygienisch, sonnig, geräumig sind, die also den Anforderungen entsprechen, die wir an das Leben in dieser Beziehung zu stellen haben. Und so wie das in Wien der Fall ist, Hohes Haus, so hoffe ich, daß es in absehbarer Zeit auch in den Bundesländern und vielleicht auch in jenen Bundesländern der Fall sein wird, in denen Sie für die Beschaffung von guten und gesunden Wohnräumen zu sorgen haben. Die Eltern dieser Kinder bezahlen heute für diese Wohnungen Mietzinse, die als erträglich zu bezeichnen sind — entgegen anderen Behauptungen, die aufgestellt werden. Wenn aber die niedrigen Mietzinse den in diesen Wohnungen wohnenden Menschen ein auskömmliches Leben garantieren, dann nur deswegen, weil wir Schutzbestimmungen haben, die zwar heftig umkämpft sind, die wir aber bis heute noch immer ungeschmälert aufrechterhalten können.

Dieser Änderung der Verhältnisse entsprechend hat sich auch das Leben der Menschen verändert. Das durchschnittliche Lebensalter — wenn wir der Statistik glauben dürfen und ich glaube, wir können ihr glauben — hat sich von 45 auf 60 Jahre erhöht, was nicht zuletzt auf die Umstände zurückzuführen ist, die ich ausgeführt habe. Was mag also — das fragen wir uns als Sozialistische Fraktion — Ihren Unterrichtsminister veranlaßt haben, in Tirol derartige Unwahrheiten über die Schulpolitik und die Bevölkerungspolitik in sozialistisch verwalteten Körperschaften auszustreuen? Man müßte meinen, daß gerade ein Mann an so exponierter Stelle, wie es ein Minister ist, es mit der Wahrheit genau nehmen sollte. Dem ist aber in diesem Falle nicht so. Man sollte meinen, daß er wahrhaft Großes, was hier geleistet wurde, anerkennen sollte. In seinen Ausführungen ist aber davon nichts zu hören und nichts zu lesen gewesen. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß die Demoralisierung der Wiener Bevölkerung in einem außerordentlichen Maße fortschreitet. Ich glaube aber kaum, daß die Bevölkerung der Stadt Wien, die Bevölkerung des Landes Wien mit dieser Definition einverstanden sein wird. Wenn er von den Klein- und Kleinstwohnungen in den Gemeindehäusern spricht, in denen angeblich nicht einmal eine Wiege Platz hat, dann müssen wir doch feststellen, daß selbst nur ein oberflächlicher Vergleich zwischen den von der Gemeinde Wien neugebauten

Klein- und Kleinstwohnungen und den alten Elendsquartieren, die in Wien noch in reichlichem Ausmaß vorhanden sind, genügen würde, um festzustellen, daß selbst diese Kleinwohnungen gegenüber den seinerzeitigen und noch bestehenden Elendsquartieren wahre Paläste darstellen. Diese Kleinwohnungen werden aber vom Wiener Wohnungsamt — davon glaube ich, haben wir uns schon alle überzeugen können — nicht Familien mit Kindern zugewiesen. Dieses Wohnungsamt ist so gewissenhaft, daß es solche Kleinwohnungen an kinderlose Ehepaare oder an alleinstehende Personen vergibt, während Familien mit Kindern nach gewissenhafter Prüfung größere, ausreichende Wohnungen erhalten. Zu der Zeit aber, an die ich mich immer erinnere, hat man an solche Notwendigkeiten keineswegs gedacht. Damals konnte vielmehr der jeweilige Hausherr nach eigenem Ermessen feststellen, ob der Mieter imstande ist, den Zins zu bezahlen, ob es dem Hausherrn genehm ist, daß er diese „notige Bagage“ in sein Haus hineinnimmt. Die Ablehnung kinderreicher Ehepaare als Mieter war zu dieser Zeit — das wissen Sie und wir genau — an der Tagesordnung. Unter diesen Umständen eine sozialistische Verwaltung für den Geburten- und Schülerrückgang verantwortlich zu machen, ist meiner Meinung nach durchaus absurd. Wahr ist vielmehr, daß der niedrige Geburtenstand eine Begleiterscheinung, ein unabwendbarer Begleiter wirtschaftlich unsicherer Verhältnisse ist. Ich glaube, davon haben wir uns in der Vergangenheit bereits überzeugen können. Nun gibt die drohende Arbeitslosigkeit zweifellos keine Voraussetzung für die Zunahme der Kinder- und Schülerzahl. Letzten Endes mag auch der Krieg, sei er nun gottgewollt oder sei er durch die gegeneinander am Weltmarkt kämpfenden Kapitalsgruppen hervorgerufen, durchaus nicht geeignet sein, die Geburtenfreudigkeit in einem Lande zu heben. Ausdrücklich sei hier festgestellt, daß nicht allein in Wien solche Erscheinungen zutage treten, sondern auch in gleichem Maße in anderen Bundesländern fühlbar sind. Aus den statistischen Aussendungen des Unterrichtsministeriums können wir feststellen, daß zum Beispiel in Tirol ebenfalls ein Geburtenrückgang in Erscheinung tritt. Wir können vor allem feststellen, daß im Burgenland und in Niederösterreich ebenfalls ein solcher Geburtenrückgang ersichtlich ist, während in dem sozialistisch verwalteten Lande Kärnten — das sei als Erwiderung auf die Ausführungen Ihres Ministers Kolb gesagt — eine Zunahme der Geburten zu verzeichnen ist. Daß gerade die östliche Besatzungszone von dem Geburten-

rückgang am stärksten betroffen ist, dies mag eventuell die Theorie bestätigen, daß unsichere wirtschaftliche Verhältnisse zum Geburtenrückgang beitragen. Die Feststellung des Geburtenrückganges ergibt sich nach den statistischen Aufzeichnungen aber auch bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung, also auf jenem Gebiete, von dem man durchaus nicht sagen kann, daß alle diese Menschen unserer Ideologie unterworfen sind, daß sie sich unsere Ideen zu eigen gemacht haben, daß sie also, wie es Minister Kolb darstellt, durch die Sozialisten verlottert werden. Wenn wir die statistischen Aufzeichnungen des Brucker Bezirkes durchsehen, kann man feststellen, daß von 1560 landwirtschaftlichen Betrieben 833 keine Kinder unter 15 Jahren im Hause haben, das sind also 53 Prozent, während von dem verbleibenden Rest 357 Landwirtschaftsbetriebe mit einem Kind, 254 Landwirtschaftsbetriebe mit zwei Kindern und der Rest mit drei, vier, eventuell fünf Kindern zu verzeichnen sind. Man kann also mit bestem Willen nicht sagen, daß dort der sozialistische Einfluß dazu geführt hätte, diesen katastrophalen Geburten- und Schüler-rückgang herbeizuführen. Das ist vielmehr, wie gesagt, eine Erscheinung, die zweifellos mit wirtschaftlichen Gegebenheiten im engsten Zusammenhang steht, und die man daher von dieser Seite her bekämpfen muß.

Kindergärten und Schulen nach modernsten Grundsätzen zu führen, wird zweifellos auch weiterhin unser Bestreben sein und, so weit und so lange wir die Möglichkeit haben, in diesem Sinne zu wirken, werden wir diesen Bedürfnissen Rechnung tragen, wobei wir entgegen der Meinung des Ministers Kolb die konfessionelle Schule nach wie vor nicht für das Geeignete halten. (*Abg. Stangler: Sehr interessant!*) Daß die Schulen und Kindergärten mit Leben erfüllt werden, ist nicht von dem abhängig, was der Herr Minister zum Ausdruck gebracht hat, sondern unserer Meinung nach davon, ob die wirtschaftliche Sicherheit in einem Lande gegeben ist oder nicht. Diese wirtschaftliche Sicherheit zu erreichen und zu erhalten, das soll und wird unsere vornehmste Aufgabe auch in der Zukunft sein, um so mehr, als wir wissen, daß es im Lande beachtliche Kreise gibt, die diesem Bestreben aus Zweckinteressen und aus dem Grunde entgegenstehen, weil dadurch die Profitrate einigermaßen gesenkt werden könnte. Wir sind also der Meinung, daß wir die Vollbeschäftigung zu erreichen und aufrechtzuerhalten haben, um damit zunächst einmal die Voraussetzungen für eine Steigerung des Nachwuchses zu schaffen.

Letzten Endes wurde vom Minister Kolb

auch zum Ausdruck gebracht, daß es in den sozialistisch verwalteten Körperschaften, zum Beispiel in Wien, nur mehr notwendig wäre, Särge anstatt Kindergärten und Schulen zu bauen. Wir sind dagegen der Meinung, in diesen Särgen, die der Herr Minister hier in demagogischer Weise angeführt hat, sollen endlich die gehässigen Gedanken, die hier zum Ausdruck gebracht wurden, eingesargt und begraben werden, damit wir in gemeinsamer Arbeit einer besseren Zukunft entgegengehen können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächster Redner zur Generaldebatte hat sich Herr Abgeordneter Hilgarth zum Wort gemeldet; ich erteile es ihm.

Abg. HILGARTH: Hohes Haus! Ich glaube, die Berichterstatterin, die am Rednerpult steht, hat über das Thema Schulbaufonds und seine Abrechnung über das vergangene Jahr zu berichten gehabt. Zu diesem Thema meine ich auch, hat sich der Herr Abgeordnete Wenger zum Wort gemeldet. Ich muß aber feststellen, daß wir von ihm zu diesem Thema höchst wenig gehört, aber von allem anderen ziemlich viel vernommen haben.

Ich möchte mich zunächst einmal mit seinen eingangs geäußerten Worten auseinandersetzen und ihm dabei recht geben, daß hier wirklich dem Schulbaufonds gewisse Grenzen gesetzt sind. Daß es hier Grenzen finanzieller Natur gibt, kann niemand bestreiten. Wenn wir all das erfüllen wollten, was auf diesem Gebiete heute noch zu schaffen wäre, dann wäre ein Vielfaches von dem nötig, was derzeit für diesen Zweck zur Verfügung steht.

So weit er dieses Argument gebraucht hat, ist es in Ordnung. Aber die zweite Äußerung, daß hier durch das Wollen verschiedener Kreise Grenzen gesetzt sind, dem, Herr Kollege Wenger, muß ich entschieden im Namen der Mehrheit dieses Landtages widersprechen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Es hat vielmehr gerade das Verhalten der Mehrheit dieses Hauses möglich gemacht (*Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!*), daß der Schulbau, der auf Initiative eines Mannes in Angriff genommen wurde, der früher einmal hier gesessen ist und dessen Person viel umstritten war, mustergültig gewesen ist. Es war dies der ehemalige Finanzreferent des Landes, Landesrat Prader.

Wir wollen niemandes Verdienst schmälern, wir anerkennen all die Dinge, die bis jetzt geschehen sind, möchten aber dabei feststellen, daß wir als Mehrheit des Hauses dabei ein entscheidendes Wort mitgesprochen

haben, damit diese Dinge gemacht werden konnten.

Wenn wir heute vor der Tatsache stehen, daß das Land Niederösterreich eine Unzahl von Schulen neu errichtet hat, so war das für Niederösterreich nach dem Jahre 1945 eine Notwendigkeit. Es ist ja niemandem unbekannt, daß sich die letzten Auswirkungen des Krieges in Niederösterreich am meisten bemerkbar gemacht haben, und auch die Nachkriegsverhältnisse haben wahrlich nichts dazu beigetragen, den Zustand und die Einrichtungen unserer Schulgebäude in irgendeiner Weise zu verbessern.

Da die Verpflichtung der Gemeinden als Schulerhalter, diese Gebäude wiederherzustellen oder neue Schulen zu bauen, auf Grund der Notlage, in der sich die Gemeinden befinden, von ihnen allein nicht getragen werden konnte, so war dies eigentlich der Anlaß dazu, daß hier eine Gemeinschaft, und zwar in der Form des Schulbaufonds, geschaffen wurde, der den Gemeinden helfen soll, notwendige Reparaturen an den Schulgebäuden durchzuführen oder neue Schulen zu erbauen.

Glauben Sie uns, alle Abgeordneten aus den Reihen unserer Partei, die aus dem Schulfach stammen, aber darüber hinaus auch weite Kreise der Eltern, sind sich des Wortes voll bewußt, daß es einen gesunden Geist nur in einem gesunden Körper geben kann, und daß ein gesunder Körper vor allem in der Schule herangebildet wird. Es ist doch eine Tatsache, daß die Jugend einen Großteil ihres Lebens in den Schulräumen verbringt. Wir sind daher der vollsten Überzeugung, daß die Schulräume, wenn sie neu geschaffen werden, so modern als möglich ausgestaltet und allen hygienischen Anforderungen entsprechend erstellt werden müssen. Ich bin daher der festen Überzeugung, daß sich hier das Wollen des ganzen Hauses gleichermaßen treffen muß. Ich möchte hier keine Unterscheidung machen und ich möchte nicht den Spuren des Kollegen Wenger folgen, der erklärt hat, daß sich die Vorfahren unserer Gesinnungsfreunde wenig um das Schulwesen gekümmert haben. Ich möchte gerade darauf verweisen, daß der Mann, der aus unseren Reihen stammt und der heute als Vorbild gilt, der große Bürgermeister Dr. Karl Lueger, in Wien 100 Schulpaläste errichtet hat. Dazu hat ihm die sozialistische Minderheit keinen Auftrag und auch keine Anregung gegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch auf die niederösterreichischen Gemeinden verweisen, in denen die Schulen aus den Jahren 1898 und 1908, den sogenannten Jubiläumsjahren, stammen. Wenn

Sie im Lande herumfahren, werden Sie heute noch die entsprechenden Aufschriften sehen. Diese Schulen stellen etwas ganz anderes dar als jene alten Dorfschulen, die aus der Zeit Maria Theresias stammen. Diese Schulen haben in der damaligen Zeit durchaus den Anforderungen entsprochen; den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen sie freilich nicht mehr. Aus dieser Tatsache heraus hat sich bei der Besprechung von Schulfragen in diesem Hause die ständige Forderung ergeben, daß nach Abschluß des gesamten Wiederaufbaues der Volks- und Hauptschulen und nach Erfüllung des Neubauprogrammes die Mittel des Schulbaufonds für die Ausgestaltung und die Erneuerung besonders der hygienischen Anlagen der alten und kleinen Landschulen zu verwenden seien. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich will jetzt nicht auf den Spuren des Herrn Kollegen Wenger wandeln und die verschiedenen Verhältnisse aufrollen, die zu einer Verminderung der Geburtenzahlen geführt haben. Es sei mir nur folgende Feststellung hier erlaubt. Die Verminderung der Geburtenzahl mag wohl zum großen Teil mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen, aber wir sehen, daß in Ländern, wo ein wirtschaftlicher Aufschwung und ein wirtschaftlicher Hochstand besteht, die gleichen Erscheinungen sind. Ich bin daher fest überzeugt, daß nicht nur die wirtschaftliche Not, sondern auch die moralischen Verhältnisse eine gewisse Mitschuld an dem Niedergang unseres Geburtenstandes haben. *(Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig!)* Das zu beheben ist natürlich eine viel schwierigere Aufgabe als die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denn das Materielle läßt sich ersetzen, aber das Geistige, das einmal zusammengerissen wurde, das kann man nicht mehr so leicht wiederherstellen.

Und wenn der Herr Kollege Wenger sich auf das Interne des Schulwesens, auf die Art der Unterrichtsführung usw., eingelassen hat, so möchte ich schon als Fachmann auf diesem Gebiete dazu Stellung nehmen. Ich bitte zu entschuldigen, daß ich das sage, aber immerhin bin ich einige Jahrzehnte in allen Sparten des Pflichtschulwesens tätig und da kann ich Ihnen wohl sagen, daß es nie Zeiten gegeben hat, wo nicht die pflichtbewußte Lehrerschaft an der Weiterentwicklung und Fortbildung eines modernen Unterrichtsbetriebes gearbeitet hätte. Daß natürlich in der Vergangenheit noch nicht jene Erfahrungen und jenes Wissen um die Seele des Kindes und seine Entwicklungen, wie wir sie heute haben, ihren Niederschlag in den verschiedenen Erziehungsmethoden finden konn-

ten, das können Sie den vergangenen Generationen nicht vorwerfen. Wir können ja unseren Urgroßeltern und unseren Großeltern doch auch nicht zum Vorwurf machen, daß sie noch mit der Postkutsche anstatt mit dem Flugzeug irgendwohin gefahren sind. So wie es auf technischem Gebiete einen Fortschritt gegeben hat, so hat es auch auf schulischem Gebiete einen Fortschritt gegeben. Ich kann Ihnen nur immer die Versicherung geben, und diese gebe ich im Namen der Mehrheit der niederösterreichischen Lehrerschaft, daß die Lehrerschaft ohne Unterschied der Partei bestrebt ist, das zu erreichen, was nach den modernen Erfahrungen auf dem Gebiete der Pädagogik und ihrer Hilfswissenschaft, der Psychologie, möglich ist.

So einfach, Kollege Wenger, wie du es getan hast, darfst du dir es nicht machen, indem du sagst, daß früher einmal der Lehrer, wenn es nicht mehr anders gegangen ist, vom Züchtigungsrecht Gebrauch gemacht hat. Das ist so ziemlich seit dem Jahre 1869, seit der Geburt des Reichsvolksschulgesetzes, vorüber. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Daß es auch hier Entgleisungen gegeben hat, will ich nicht bestreiten. Ich kann aber dazu bemerken, daß heute noch mancher Vater, wenn er einen Sohn hat, den er nicht selbst biegen kann, mit diesem zur Schule kommt und dem Lehrer sagt: Versuchen Sie es auch mit anderen Mitteln! Ich rate aber jedem Lehrer, es nicht zu machen, denn wenn er es wirklich macht, dann schauen Sie sich den Vater an, was der dann auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen aufführen wird.

Es ist selbstverständlich, daß wir heute auf Grund des Fortschrittes, der auf diesem Gebiete eingetreten ist, auch über die Hebung des durchschnittlichen Lebensalters der Menschen ein Wort verlieren. Daß in dieser Beziehung in der Jugendzeit viel geschaffen, aber auch viel verdorben werden kann, gebe ich unumwunden zu. Da, glaube ich, ist es gerade wieder unsere Aufgabe, bei unserer Jugend dafür zu sorgen, daß nicht schon ein aufkeimendes Pflänzchen geknickt und damit das durchschnittliche Lebensalter heruntergedrückt wird. Aber die sozialen Errungenschaften allein und alles, was damit zusammenhängt, haben die Hebung des durchschnittlichen Lebensalters nicht bewirkt, sondern es hat auch der Fortschritt auf medizinischem Gebiete wesentlich dazu beigetragen. So wie wir den Fortschritt auf dem Gebiete der Jugendziehung jetzt aufgezeigt haben, so müssen wir offen anerkennen, daß die Ärzte in diesen Jahrzehnten auch nicht geschlafen haben, sondern daß sie alle Methoden auf

ihrem Gebiete so ausgestaltet und angewendet haben, wie es der modernen Zeit entspricht. Und auch diesem Umstand verdanken wir daher neben einer gesunden Jugendziehung die Tatsache, daß jetzt das durchschnittliche Lebensalter nicht mehr 45 Jahre beträgt, sondern weit höher liegt.

Wenn hier auch von den Kindergärten gesprochen wurde, die auch in den Rahmen des Schulbaufonds hineingehören, so kann ich hierzu nur sagen, daß die Erfindung der Kindergärten keine sozialistische Angelegenheit ist. Ein Fröbel, eine Montessori und verschiedene andere Pädagogen haben sich mit der Erforschung der Seele des Kleinkindes befaßt. Die Schöpfer der Kindergärten sind bis in unsere Zeit hinein auch stets hochgehalten worden, denn wir wissen, wie bedeutungsvoll der Weg eines Kindes durch den Kindergarten für die weitere schulische Entwicklung, für die geistige sowohl als auch für die seelische Haltung des Kindes für die spätere Zeit ist.

Das alles möchte ich zu dem gut verwalteten Schulbaufonds sagen. Ich freue mich und gebe dieser Freude auch namens meiner Partei Ausdruck, daß die dort verwalteten Gelder auch ihrem Zweck zugeführt werden. Auf dieser Linie ist auch weiterhin fortzuführen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp.

Landeshauptmannstellvertreter POPP: Hoher Landtag! Als der zuständige und verantwortliche Referent für den Schulbaufonds sei es mir gestattet, die Leistungen des Schulbaufonds in den letzten Jahren dem Hohen Hause bekanntzugeben.

Das Schulbaufondsgesetz wurde bekanntlich im Dezember 1949 geschaffen, zweifellos aus der Erkenntnis heraus, daß die Gemeinden auf Grund ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Situation — obwohl sie nach dem Gesetz dazu verpflichtet wären — allein nicht imstande sind, die notwendigen Schulbauten, ob es nun Volksschulen, Hauptschulen, Kindergärten usw. sind, durchzuführen. Sämtliche Schulbaubeihilfen, das sind Darlehen als auch nicht rückzahlbare Beihilfen, wurden durch einstimmigen Beschluß der Landesregierung genehmigt.

Der Schulbaufonds hat mit Stichtag 14. Oktober 1953 folgende Beihilfen gewährt: Noch im Jahre 1949 an 58 Gemeinden 6,232.200 S., im Jahre 1950 an 88 Gemeinden 10,520.380 S., im Jahre 1951 an 88 Gemeinden 9,549.219 S., im Jahre 1952 an 114 Gemeinden 14,459.786 S.

und im Jahre 1953 bis zum Stichtag 14. Oktober an 134 Gemeinden 13,819.200 S.

Wir haben also in dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit insgesamt 54,580.785 S an 482 Gemeinden gewährt. Wenn ich dazu noch die Beihilfen nehme, die in den Landesvoranschlägen der Vorjahre, wo es noch keinen Schulbaufonds gab, mit 1,850.000 S vorgesehen waren, so sind das insgesamt 56,430.785 S, die das Land für Schulbaubeihilfen aufgewendet hat.

Die Ziffern allein sagen aber zu wenig. Das richtige Bild kann man vielleicht erst dann gewinnen, wenn man gleichzeitig darstellt, was mit diesen Mitteln geleistet wurde. Normalerweise ist ja immer der Grundsatz der, daß das Land zu dem gesamten Bauvorhaben 20 Prozent als nicht rückzahlbare Beihilfe und 20 Prozent als zinsenloses Darlehen gibt; nur in jenen Fällen, wo eine ganz besondere Notlage vorliegt und vor allem in jenen Fällen, wo es sich um bombenzerstörte Schulen gehandelt hat, ist die gesamte Beihilfe mit 50 Prozent des erforderlichen Bauaufwandes bemessen gewesen.

Mit Hilfe aller dieser Mittel — selbstverständlich auch der Gemeindemittel — wurden errichtet: 21 Landeskindergärten, 35 Volksschulen, 7 Zubauten zu Volksschulen, 10 Hauptschulen, 6 Zubauten zu Hauptschulen, 9 Volks- und Hauptschulen in einem und 6 Zubauten zu Volks- und Hauptschulen, das heißt, es sind bereits insgesamt 94 Bauvorhaben vollendet. Derzeit sind noch in Bau: 5 Landeskindergärten, 19 Volksschulen, 6 Zubauten zu Volksschulen, 8 Hauptschulen, 3 Volks- und Hauptschulen in einem, 11 Zubauten zu Volks- und Hauptschulen, also insgesamt 52 Objekte.

Ich darf dem Hohen Landtag weiter bekanntgeben, daß neuerdings weitere Ansuchen um Schulbaubeihilfen von nicht weniger als 98 Gemeinden vorliegen. Wenn ich also feststelle, daß wir fast 100 Bauvorhaben schon durchgeführt, daß wir weiter 52 Objekte in Bau haben, die heuer oder nächstes Jahr vollendet werden, und daß wir weitere fast 100 Bauvorhaben noch vor uns sehen, so können Sie daraus ermessen, wie gewaltig die Aufgabe ist, die der Schulbaufonds bereits erfüllt und in Hinkunft noch zu erfüllen hat. Er hat damit meiner Meinung nach seine Berechtigung, seine Notwendigkeit absolut erwiesen, er hat aber noch weiter erwiesen, daß wir auch in Hinkunft den Schulbaufonds unbedingt brauchen werden.

Hohes Haus, gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Es wurde hier in Zwischenrufen und einmal auch andeutungsweise durch den Herrn Vorredner zum Ausdruck gebracht,

daß die Errichtung des Schulbaufonds nach dem Jahre 1945 gar keine neue Erfindung sei, sondern daß dies schon in früherer Zeit von verdienten Männern des Landes, wenn auch nicht durchgeführt, so doch zumindest angeregt worden wäre. Der verdiente Mann, den Sie offenbar meinen und den ich schätze, weil er ein außerordentlich tüchtiger Finanzreferent des Landes Niederösterreich war, der verstorbene Landesrat Prader, hat sich tatsächlich mit ähnlichen Problemen befaßt, aber nicht mit solchen, die mit der Förderung von Schulbauvorhaben der Gemeinden im Zusammenhang gestanden sind. Bis zum Jahre 1934 — ich glaube auch noch bis zum Jahre 1938 — waren die Gemeinden bei der Erbauung von Schulen lediglich auf ihre eigenen Mittel angewiesen. Ich glaube, Sie denken in diesem Zusammenhang hier offenbar an die Schulklassenabgabe, die in den dreißiger Jahren der damalige Finanzreferent des Landes Niederösterreich eingeführt hat und die auch wir im Jahre 1949 beschlossen haben. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Schulklassenabgabe im Jahre 1930 zur Bezahlung der Lehrergehälter diente, jetzt aber hundertprozentig dem Schulbaufonds zufließt. (*Abg. Hilgarth: Ihr Ertrag war viel zu klein zur Bezahlung der Lehrergehälter!*) Aber sie diente damals zur teilweisen Bedeckung der Lehrergehälter und nicht für einen Schulbaufonds, der damals überhaupt nicht existiert hat. Die jetzige Schulklassenabgabe aber steht in treuhändiger Verwaltung des Landes und wird zur Gänze den Gemeinden zugeführt.

Herr Abg. Hilgarth, damals erhielten die Gemeinden vom Lande nicht nur keine Beihilfe zu Schulbauten, sondern es wurde vielmehr, wenn etwa in einer Gemeinde eine Hauptschule errichtet werden sollte, vom Lande die Bedingung gestellt, daß diese Gemeinde durch vier Jahre die Personalkosten-Mehrerfordernisse zu tragen hat. Das heißt also, daß damals die Gemeinden Niederösterreichs allein die ganze Last des Baues von Kindergärten, von Volksschulen und von Hauptschulen zu tragen hatten und darüber hinaus, wenn sie eine Hauptschule wollten, noch die zusätzliche Last der Personalkosten-Mehrerfordernisse übernehmen mußten. Ich darf also wohl richtigstellen, daß dies der tatsächliche Ablauf der Entwicklung war.

Aber, Hoher Landtag, mir geht es wahrhaftig nicht um den Vorrang bei dieser Frage. Wir haben uns durch lange Zeit bemüht, den Schulbaufonds zu schaffen. Es war dies gar nicht einfach. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir fast zwei Jahre darüber verhandelt, bis die Voraussetzungen ge-

schaffen werden konnten. Glücklicherweise konnten sie geschaffen werden. Ich bin dankbar dafür, daß wir das Schulbaufondsgesetz haben. Ich werde auch dankbar sein, wenn das Schulbaufondsgesetz, das ja ein befristetes Gesetz ist, so lange weiter verlängert wird, bis wir allen schulbaulichen Notwendigkeiten im Lande Niederösterreich in ausreichender Weise gerecht geworden sind. Dann erst haben wir die Pflicht gegenüber unserer Bevölkerung und vor allem gegenüber unserer Schuljugend erfüllt. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlußwort.

Berichterstatterin Abg. CZERNY: Ich verzichte.

PRÄSIDENT SASSMANN: Somit kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung): Angenommen.*

Ich bitte den Berichterstatter Herrn Abgeordneten Kuchner, zur Zahl 463 die Verhandlungen zur Vorlage der Landesregierung, betreffend Voranschlag des Landes

Niederösterreich für das Jahr 1953, Bewilligung von Nachtragskrediten sowie von Überschreitungen von Voranschlagsansätzen, einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Hoher Landtag! Ich habe die Ehre, namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953, Bewilligung von Nachtragskrediten sowie von Überschreitungen von Voranschlagsansätzen, zu referieren.

Hoher Landtag! Mit der Bezugszuschlagsverordnung 1953, BGBl. Nr. 77 ex 1953, wurden die Zuschläge zum Gehalt der öffentlichen Bediensteten neu geregelt. Diese Regelung wurde auch auf die niederösterreichischen Landesbediensteten angewandt, wodurch sich Erhöhungen im Personalerfordernis ergaben. Andererseits muß auch an den Hohen Landtag mit der Bitte um Bewilligung von Nachtragskrediten bzw. Überschreitungen von Krediten im Sachaufwand herangetreten werden. Die Begründung für diese Ansuchen ist aus der aufliegenden Zusammenstellung zu entnehmen *(liest)*:

Die Gesamthöhe des Nachtragserfordernisses beträgt 63,666.200 S und setzt sich wie folgt zusammen:

Nachtragskredite im ordentlichen Voranschlag	S	450.000
und im außerordentlichen Voranschlag	S	6,050.000
sowie Überschreibungsbewilligungen im ordentlichen Voranschlag	S	19,844.700
und im außerordentlichen Voranschlag	S	37,321.500
somit insgesamt an Nachtragskrediten	S	6,500.000
und an Überschreibungsbewilligungen	S	57,166.200

Von dem Gesamtnachtragserfordernis be treffen 7,012.700 S den Personalaufwand und 56,653.500 S den Sach- bzw. Zweckaufwand.

Wie sich dieses Nachtragserfordernis auf einzelne Voranschlagsansätze aufteilt und die Begründung der Notwendigkeit ist aus der Beilage ersichtlich.

Hinsichtlich der Bedeckung wolle folgende Aufstellung Aufschluß geben:

Der ordentliche Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Rechnungsjahr 1953 schließt mit einem Abgang

von S 31,992.800

Im ordentlichen Voranschlag beträgt das Erfordernis

für Nachtragskredite S 450.000

und für Überschreitungen S 19,844.700

somit insgesamt S 20,294.700

Der anfängliche Abgang erhöht sich somit auf S 52,287.500

Dem stehen voraussichtliche Mehreinnahmen gegenüber, und zwar: Mehreingang an Ertragsanteilen 51,000.000 S, Mehreingang an Landesumlage 4,000.000 S, Nachtrag an Ertragsanteilen 1952 7,600.000 S, Nach-

trag an Landesumlage 1952 1,100.000 S, Kopfquotenausgleich 1952 16,100.000 S, also zusammen 79,800.000 S, so daß sich im ordentlichen Haushalt ein Überschuß von 27,512.500 S ergibt.

Der außerordentliche Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Rechnungsjahr 1953 weist einen Abgang

von S 83,205.000

aus, der sich durch den mit Landtagsbeschluß vom 12. August 1953 bewilligten

Nachtragskredit für Notstandsmaßnahmen und Unterstützungen aus Anlaß von Elementarschäden um den Betrag von S 3,000.000 und die mit Landtagsbeschluß vom 7. Juli 1953 bewilligte Überschreitung bei V. A. 75—61, Beiträge zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, um weitere S 2,500.000 auf S 88,705.000 erhöht.

Hierzu kommen nun Nachtragskredite von S 6,050.000 und Überschreibungsbewilligungen von S 37,321.500 zusammen S 43,371.500 so daß sich der Gesamtabgang im außerordentlichen Voranschlag auf S 132,076.500 stellt.

Dem stehen nunmehr aus der Inanspruchnahme der Kreditbewilligungen des Hohen Landtages aufgenommene Darlehen von 17,500.000 S und Darlehenszusicherungen in der Höhe von 10,000.000 S, somit also 27,500.000 S, sowie die Mehreinnahmen im ordentlichen Teil des Haushaltes von 27,512.500 S gegenüber.

Der verbleibende Abgang stellt sich somit auf 77,064.000 S.

Soweit dieser nunmehr verbleibende Abgang nicht durch Einsparungen und weitere Mehreingänge abgedeckt werden kann, wird versucht werden, durch Kreditaufnahmen im Rahmen der vom Hohen Landtag bereits gegebenen Kreditbewilligungen in der Gesamthöhe von 88,705.000 S, von denen bisher nur, wie oben ausgewiesen, 27,500.000 S in Anspruch genommen wurden, den Ausgleich zu finden.

Des weiteren wird dem Hohen Landtag berichtet, daß im Sinne des Punktes 5 des Antrages des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953, folgende Änderungen des Verwendungszweckes im außerordentlichen Teil des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1953 vorgenommen wurden:

1. Voranschlagsansatz 02—91, Ausbau der Garage Muthgasse, Voranschlagsbetrag

500.000 S. Ein Betrag von 150.000 S kann auf einem neu zu eröffnenden Voranschlagsansatz 02—92, Instandsetzung der Gebäude Wien I, Herrengasse 11 und 13, verrechnet werden.

2. Voranschlagsansatz 48501—90, Landes-Erziehungsanstalt in Korneuburg, Wirtschaft Reuhof, Ankauf eines Traktors 90.000 S. Die bei diesem Ansatz ersparten Mittel können für Zwecke des neu zu eröffnenden Voranschlagsansatzes 48501—91, Landes-Erziehungsanstalt in Korneuburg, Wirtschaft Reuhof, Ankauf einer Schädlingsbekämpfungsspritze und eines Heu- und Strohgebläses, verwendet werden.

3. Voranschlagsansatz 761—90, Beiträge zu den Kosten der Errichtung einer Rollfähre Wallsee—Berg 115.000 S. Die bei diesem Ansatz ausgewiesenen Mittel können für die Errichtung der Rollfähre Grein—Tiefenbach Verwendung finden. Die Verrechnung hat auf einen neuen Voranschlagsansatz 761—91, Beitrag zu den Kosten der Errichtung der Rollfähre Grein—Tiefenbach, zu erfolgen.

Es stellt daher der Finanzausschuß an das Hohe Haus folgenden Antrag (*hest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1 a) Im ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953 wird bei folgendem neu zu eröffnenden Voranschlagsansatz ein Nachtragskredit bewilligt:

Voranschlagsansatz 2119—63, Leistungen auf Grund des Beamtenentschädigungsgesetzes an die Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer Niederösterreichs S 450.000

1 b) Hierdurch ergeben sich folgende Änderungen im ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953:

Summe Unterabschnitt 2119	S 12,817.000
Summe Unterabschnitt 211	S 14,183.500
Summe Abschnitt 21	S 14,770.500
Summe Gruppe 2	S 21,488.800
Summe der Ausgaben	S 517,169.300
Abgang	S 32,442.000

2 a) Im außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953 werden bei folgenden neu zu eröffnenden Voranschlagsansätzen Nachtragskredite bewilligt:

Voranschlagsansatz 03—90, Neubau für Zwecke der Unterbringung der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt S 500.000

Voranschlagsansatz 09—90, Subvention an den Spar- und Vorschußverein „Landsknechte“ zum Ausbau des Erholungsheimes Schönau im Gebirge	S	300.000
Voranschlagsansatz 09—91, Beitrag für Caritas-Vorschulen	S	120.000
Voranschlagsansatz 09—92, Beitrag zum Wiederaufbau der evangelischen Schule in Wien	S	50.000
Voranschlagsansatz 2119—61, Beitrag an den Landes-Schulbaufonds	S	1,000.000
Voranschlagsansatz 4851—90, Landes-Erziehungsheim in Hollabrunn, Wiederaufbau	S	300.000
Voranschlagsansatz 7319—91, Beitrag an die Landwirtschaftskammer für Niederösterreich für Zwecke der Schädlingsbekämpfung	S	300.000
Voranschlagsansatz 733—62, Beiträge zu den Kosten für den Ausbau gemeinsamer Anlagen im Zuge von agrarischen Operationen	S	900.000
Voranschlagsansatz 733—90, Beiträge zu den Kosten für Güter- und Alpwege	S	2,500.000
Voranschlagsansatz 911—90, Beteiligung an der „Flughafen-Ges. m. b. H.“	S	80.000

2 b) Daraus und unter Berücksichtigung des mit Landtagsbeschluß vom 12. August 1953 bewilligten Nachtragskredites ergeben sich folgende Änderungen im außerordentlichen Voranschlag für das Jahr 1953:

Summe Gruppe 0	S	1,920.000
Summe Gruppe 2	S	5,000.000
Summe Gruppe 4	S	4,845.000
Summe Gruppe 7	S	17,515.000
Summe Gruppe 9	S	80.000
Summe der Ausgaben	S	107,255.000
Abgang	S	92,255.000

3) Die Überschreitungen im ordentlichen Voranschlag von S 19,844.700 und im außerordentlichen Voranschlag von S 37,321.500 werden bewilligt.

4) Der Bericht über Zweckänderungen der Voranschlagsansätze des außerordentlichen Voranschlages

02—91, Ausbau der Garage Muthgasse, 48501—90, Landes-Erziehungsanstalt in Korneuburg, Wirtschaft Reuhof, Ankauf eines Traktors, und

761—90, Beitrag zu den Kosten der Errichtung der Rollfähre Wallsee—Berg, wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte hierüber einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Bevor wir in die Generaldebatte eingehen, hat sich der Finanzreferent des Landes, Herr Landesrat Müllner, zum Wort gemeldet; ich erteile es ihm.

Landesrat MÜLLNER: Hohes Haus! Wenn in der nächsten Zeit der Bundesminister für Finanzen im Nationalrat das Budget des Bundes für das nächste Jahr vorlegt, so wird er jedenfalls Gelegenheit nehmen, nicht nur über das Budget selbst, sondern auch über die Finanzwirtschaft in unserem Staat in größerem Umfang zu sprechen. Für den Fall unseres kleinen Nachtragsbudgets möchte ich mich darauf beschränken, zu sagen, daß es uns nur dadurch möglich geworden ist, ein Nachtragsbudget vorzulegen, weil sich im

großen Rahmen des Bundesbudgets die Einnahmen gebessert haben und die Verhältnisse einer gewissen Konsolidierung entgegengegangen sind.

Im Nachtragsbudget sind Überschreitungen und Nachtragskredite enthalten. Diese Bezeichnungen sind nach rein budgetmäßiger Ordnung hier festgelegt. Wir könnten vielleicht besser sagen: Nachtragsbudget A und Nachtragsbudget B. Diese Bezeichnung würde vielleicht klarer sein. „Überschreitungen“ heißt nichts anderes, als daß jene Kreditposten, die in unserem normalen Budget enthalten sind, mit irgendeinem Betrag überschritten wurden, sei es, daß er schon ausgegeben ist oder daß er in Zukunft noch ausgegeben werden soll, und daß daher dieser Betrag jetzt zu genehmigen ist. „Nachtragskredite“ hingegen sind neue Budgetposten, die neu in das Budget aufgenommen werden sollen. Diese Unterscheidung liegt also in der Bezeichnung: Überschreitung und Nachtragskredite! Ich möchte das besonders betonen, weil in Diskussionen gesagt wurde, das Nachtragsbudget enthalte ja nur ganz geringe Beträge, die neu bewilligt werden sollen; hierbei hat man nur auf die Nachtragskredite hingewiesen. Ich möchte also nochmals feststellen, daß die Begriffe „Überschreitungen“ und „Nachtragskredite“ nur nach der Richtung zu unterscheiden sind, daß bei dem einen

schon budgetierte Posten vorhanden sind, bei dem anderen aber nicht.

Beide Gruppen gliedern sich in ein ordentliches und in ein außerordentliches Nachtragsbudget.

Bei der Gruppe „Überschreitungen“ haben wir im ordentlichen Budget eine Summe von rund 19,8 Millionen Schilling, im außerordentlichen Budget eine solche von rund 37,3 Millionen Schilling. Bei der Gruppe „Nachtragskredite“ haben wir rund eine halbe Million Schilling im ordentlichen und rund 6 Millionen Schilling im außerordentlichen Budget. Zusammen ergibt sich sohin an Überschreitungen und Nachtragskrediten, und zwar im ordentlichen Budget, eine Summe von 20,3 Millionen Schilling und im außerordentlichen Budget eine Summe von 43,3 Millionen Schilling.

Wenn nun jemand meinen sollte, daß diese Summen zur Gänze neu ausgegeben werden könnten, so ist das nicht ganz richtig. Es sind vielmehr in den Überschreitungen von 19,8 Millionen Schilling plus dem Nachtragskredit von 0,5 Millionen Schilling, also in dem Betrag von 20,3 Millionen Schilling des ordentlichen Budgets alle Sachausgaben enthalten, die schon ausgegeben werden mußten, also zum Beispiel die Mehrausgaben für Straßenbauten, für die Beamtenbesoldungsregelung usw., während in den Überschreitungen von 37,3 Millionen Schilling und in den Nachtragskrediten von 6 Millionen, also in der Summe von 43,3 Millionen Schilling des außerordentlichen Budgets alle Beträge enthalten sind, die zusätzlich ausgegeben werden sollen.

Das möchte ich von allem Anfang an feststellen, damit keine Unklarheiten entstehen.

Diese zusätzlichen Kredite von rund 43 Millionen Schilling betreffen größtenteils Beiträge zu Konkurrenzbauten oder Beiträge zu sonstigen Bauvorhaben. Ich will Ihnen hier keine Zahlenkunststücke vorführen, wie es manchmal gerne gemacht wird, sondern ich möchte nur feststellen, daß durch den heutigen Beschluß auf Bewilligung von rund 43 Millionen Schilling zusätzlicher Kredite ein Mehrfaches dieses Betrages ins Rollen gebracht wird.

Wegen der Überschreitung bei den Ausgaben für die Straßenbauten habe ich eine besondere Anfrage erhalten, die ich bereits beantwortet habe. Ich möchte sie aber nochmals hier beantworten und sagen, daß diese Überschreitung in der Summe von 19,8 Millionen Schilling des ordentlichen Budgets und nicht in den 43 Millionen Schilling zusätzlicher Kredite enthalten ist. Es ist dies ein Beweis dafür, daß wir bei den Brücken- und

Straßenbauten nicht nur unser Programm hundertprozentig erfüllt, sondern darüber hinaus noch Mehrausgaben gehabt haben.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch sagen, daß im Jahre 1953 das gesamte außerordentliche Budget, wie es der Hohe Landtag beschlossen hat, erfüllt wurde, daß aber auch im ordentlichen Budget die ursprüngliche 15prozentige Kürzung der Investitions- und Sachausgaben aufgehoben wurde und damit die ordentlichen Ausgabenkredite in ihrer Gänze zur Verwendung freigegeben wurden.

Neben dieser erfreulichen Tatsache ist noch besonders zu vermerken, daß wir alle Rechnungen, die auf Grund der Bestellungen des Landes für Leistungen und Lieferungen eingegangen sind, laufend bezahlen konnten, daß weiter in der Kassenverwaltung des Landes Niederösterreich keine Rechnungen im Zahlungsrückstand sind, und daß schließlich in der Kasse keine Rechnung länger als 30 Tage unbezahlt liegen bleibt.

Sie werden nun fragen, wie konnten diese Maßnahmen getroffen werden und welche Kredite wurden aufgenommen? Ich möchte hierzu feststellen, daß wir an Krediten nur jene Beträge aufgenommen haben, die wir jeweils unbedingt gebraucht haben. Dadurch war es möglich, vorläufig nur einen Betrag von 27 Millionen Schilling an Krediten aufnehmen zu müssen. Freilich ist auch festzustellen, daß wir in diesem Jahre gegenüber dem Voranschlag höhere Einnahmen gehabt haben. Diese Mehreinnahmen sind sehr erfreulich. Sie sind selbstverständlich nicht voraussehen gewesen, denn das Land hat ja keine Steuerhoheit und muß daher seine Einnahmen in der Höhe veranschlagen, die ihm vom Bundesministerium für Finanzen angegeben wird.

Es ist erfreulich, daß wir diese Mehreinnahmen gehabt haben. Leider muß ich aber hierzu sagen, daß das Land Niederösterreich an den Mehreinnahmen des Bundes verhältnismäßig nicht in gleichem Maße beteiligt ist wie die anderen Bundesländer. Soweit es um die Steuerbeträge geht, die nach der Bevölkerungszahl aufgeteilt werden, kann unser Land nicht benachteiligt werden, weil eben die Bevölkerung vorhanden ist. Wenn es aber darum geht, Steuern nach ihrem Aufkommen aufzuteilen, dann ist die Lage des Landes Niederösterreich sehr ungünstig. Der Jahresabschluß für das Jahr 1953 wird zeigen, daß sich die wirtschaftliche Erholung Österreichs nicht in gleichem Maße auf die Bundesländer verteilt, sondern daß Niederösterreich mit seinem Anteil an der wirtschaftlichen Kräftigung unseres Staates leider fast an letzter Stelle steht. Ich möchte das hier be-

sonders betonen, weil uns dadurch immer wieder die schwierige finanzielle Lage des Landes Niederösterreich vor Augen geführt wird, und dieser Umstand auch jeden Finanzreferenten dieses Landes zwingen wird, mit äußerster Vorsicht an die Probleme dieses Landes heranzugehen.

Mögen Sie bei der Beratung dieses Nachtragsbudgets erkennen, daß wir bestrebt waren, in der Erfüllung unserer Aufgaben bis an den Rand unserer Kräfte zu gehen, und daß wir alles unternommen haben, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Es wird die Zukunft zeigen, daß wir hier den richtigen Weg gewählt haben, daß wir aber auch alle unsere Kräfte anspannen mußten. Mögen diese Anstrengungen dazu dienen, der Wirtschaft unseres Landes und dem Volke unseres Heimatlandes dienstbar zu sein. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Generaldebatte und erteile als erstem Redner dem Herrn Abg. G e n n e r das Wort.

Landesrat GENNER: Hoher Landtag! Die Arbeitslosigkeit ist wieder im Ansteigen begriffen, und jede Maßnahme, die dazu dient, Arbeit zu beschaffen, ist zu billigen. Wie bedenklich das Ansteigen der Arbeitslosigkeit ist, das beweist allein die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen Ende September in Niederösterreich um 3000, das ist um 16 Prozent, höher war als zur gleichen Zeit des vorigen Jahres. Auch die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ist trotz der günstigen Witterung beträchtlich gestiegen. Sie beträgt jetzt 5000, das ist um 1700 mehr als zu derselben Zeit des Vorjahres. Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter ist um 700, die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter um 200 größer als im vorigen Jahre. Besonders tragisch ist das Schicksal der arbeitslosen Jugend. Trotz dem Lehrlingseinstellungsgesetz ist die Zahl der lehrstellensuchenden Jugend nicht kleiner, sondern größer geworden. Die Zahl der Jugendlichen, die zum sofortigen Antritt Lehrstellen suchen, beträgt 3722 gegenüber 2417 im vorigen Jahre, das ist um 54 Prozent mehr. Es gibt aber nur 633 offene Lehrstellen, das heißt, daß auf sechs Jugendliche eine Lehrstelle kommt. Es besteht die Gefahr, und das ist gewiß unbestritten, daß in den nächsten Monaten die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich ansteigt, wozu noch die Politik der Benachteiligung des Landes kommt, die ebenfalls zu einer relativ größeren Steigerung der Arbeitslosigkeit als in anderen Bundesländern beiträgt. Da diese Arbeitslosigkeit ein für die Wirtschaft und für die

ganze Bevölkerung des Landes verhängnisvolles Ausmaß annimmt, ist es um so notwendiger, daß Bund, Land und Gemeinden große Anstrengungen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit machen.

Nun hat die Landesregierung dem Hohen Landtag ein Nachtragsbudget vorgelegt. Im Motivenbericht wird das zunächst damit begründet, daß der Mehraufwand an Gehältern mehr als 7 Millionen Schilling beträgt. Dann heißt es, daß außerdem an den Hohen Landtag um die Bewilligung von Nachtragskrediten und Überschreitungen auf dem Gebiete des Sachaufwandes herangetreten werden muß. Nachdem also „herangetreten“ worden ist, wird darauf verwiesen, daß die Begründung dafür bei den einzelnen Posten zu finden ist. Diese Begründungen sind sehr kurz, sie lauten ungefähr so: Es wurde im Voranschlag zuwenig angesetzt oder die Kredite haben nicht ausgereicht und ähnliches mehr. Es gibt aber noch andere, und zwar ausführlichere Motivenberichte. Nach der Einbringung des Nachtragsbudgets im Landtag war nämlich in der Volksparteipresse zu lesen, daß diese Einbringung des Nachtragsbudgets durch den Herrn Finanzreferenten wieder einmal beweist, wie die Finanzpolitik der Volkspartei imstande ist, Geldquellen zur Arbeitsbeschaffung zu erschließen. Am vorigen Samstag konnte man in der Volksparteipresse lesen, daß wieder Investitionen im Betrage von mehr als 100 Millionen Schilling ins Rollen gekommen sind. Unter 100 Millionen tut es die Volkspartei überhaupt nicht! An Programmen ist kein Mangel. Programme und Anträge werden sozusagen am rollenden Band erzeugt. *(Abg. Stangler: In der Wasagasse. — Abgeordneter Dubovsky: Der Stangler ist in der Entwicklung zurückgeblieben!)* Aber entscheidend wird für die Beurteilung dieses Nachtragsbudgets sein, ob die Zahl der Arbeitslosen hinab- oder hinaufrollt. Es kommt gar nicht auf alle die Zahlen an, die genannt worden sind; entscheidend wird sein, welche Auswirkungen das Nachtragsbudget haben wird. Das und nichts anderes wird von entscheidender Bedeutung sein.

Wie hat es nun der Herr Finanzreferent angestellt, daß er Geldquellen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erschließen konnte? Es wird nun zugegeben, daß es beträchtliche Mehreinnahmen gegeben hat, und zwar 51 Millionen Schilling an Ertragsanteilen, 4 Millionen Schilling bei der Landesumlage, und siehe da, es ergibt sich auch noch aus dem vorigen Jahre ein Nachtrag von 7 Millionen Schilling aus Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen und ein solcher von

1 Million Schilling bei der Landesumlage. Sie läppern sich also auf insgesamt rund 63 Millionen Schilling zusammen, die sich durch eine wunderbare Fügung dem Herrn Finanzreferenten „erschlossen“ haben. Es kommen noch andere solche Fügungen dazu. Der Landtag hat bekanntlich den Finanzreferenten ermächtigt, zur Bedeckung des Defizites des außerordentlichen Budgets Kredite im Ausmaß von 88 Millionen Schilling aufzunehmen. Davon ist bis jetzt nur zu einem sehr geringen Teil Gebrauch gemacht worden, nämlich — wie es auch in den Bericht der Landesregierung an den Landtag heißt — es wurden nur 17 Millionen Schilling aufgenommen und 10 Millionen Schilling zugesichert. Auch hier hat sich also schon eine Möglichkeit zur Erstellung des Nachtragsbudgets ergeben. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, wie der Herr Landesrat Müllner gesagt hat, daß man von der Bewilligung, Kredite aufzunehmen, nur dann Gebrauch machen soll, wenn es unbedingt notwendig ist, sondern notwendig, ja unbedingt notwendig ist es, alle Anstrengungen zu machen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dabei ist es nicht gleichgültig, wann die Kredite, die bewilligt worden sind, aufgenommen werden und wann mit ihnen etwas für die Beschaffung von Arbeit getan wird, ob möglichst bald nach der Bewilligung oder erst anläßlich des fälligen Nachtragsbudgets. Man gewinnt nämlich den Eindruck, daß der kluge Finanzreferent schon bei der Erstellung des Budgets an das Nachtragsbudget gedacht hat, und auch daran, wie er es anstellen kann, daß er sich zur rechten Zeit mit einem Nachtragsbudget einstellen kann. Wenn man die Propaganda, die damit gemacht wird, betrachtet, so muß man zu dem Eindruck kommen, daß es sich mehr um ein Propagandabudget als um ein Nachtragsbudget handelt. Der Finanzreferent hat bald nach dem Beschluß des Landtages über das Budget 1953 von der Ermächtigung, eine 15prozentige Sperre der Sachausgaben zu verfügen, Gebrauch gemacht, das heißt, er hat die Sachausgaben um einen Betrag von rund 20 Millionen Schilling gesperrt. Infolge der Mehreinnahmen, mit denen zu rechnen war — und der Finanzreferent hat mit diesen Mehreinnahmen gerechnet —, war diese Sperre nicht notwendig und nicht berechtigt. Der Herr Finanzreferent hat im Finanzausschuß unter anderem erklärt, daß die Befürchtungen, die an die Ermächtigung zur Sperre der Voranschlagskredite geknüpft worden sind, nicht berechtigt waren. Er sagte, das Budget sei erfüllt worden — er hat das auch heute wieder betont — und die Sperre sei auf allen Gebieten aufgehoben worden. Die Sperre

ist aber generell und gleichzeitig verhängt worden und ihre Aufhebung ist nur nach den Anforderungen der einzelnen Referate erfolgt und keinesfalls gleichzeitig und allgemein.

Es ist klar, daß diese Sperre, die mit einem Male verfügt wurde, zur Folge hatte, daß die betreffenden Referate nicht mit dem Betrag rechnen konnten, der für die einzelnen Bauvorhaben vom Landtag beschlossen worden ist, sondern eben nur mit dem gekürzten Betrag, und daher auch nicht zeitgerecht die notwendigen Arbeiten zuteilen oder durchführen konnten, so daß sich also diese Sperre so auswirkte, daß sie die Arbeitsbeschaffung nicht förderte, sondern hemmte und verzögerte.

Es ist auch kein Zweifel, daß durch diese unter unrichtigen Voraussetzungen erfolgte Budgeterstellung, weiter durch die Sperre der Voranschlagskredite und schließlich durch die Tatsache, daß von der Ermächtigung zur Kreditaufnahme, die der Landtag im Hinblick darauf erteilt hat, daß es ja die Aufgabe des außerordentlichen Budgets sein soll, möglichst rasch Arbeit zu beschaffen, nicht Gebrauch gemacht wurde, das Budgetrecht des Landtages erheblich eingeschränkt worden ist. Auch die sozialistischen Abgeordneten haben im Finanzausschuß davon gesprochen, und es ist anzunehmen, daß sie auch hier wieder davon reden werden. Es ist aber klar, daß die sozialistischen Abgeordneten dafür ebenso verantwortlich sind wie die Volksparteiabgeordneten. Ich erinnere nur an folgendes: Als im Hohen Landtag der Finanzreferent zum erstenmal die Ermächtigung zur Kürzungen des vom Landtag beschlossenen Budgets gefordert hat, und als die Abgeordneten des Linksblocks dagegen schwerwiegende Bedenken und Einwände erhoben hatten, da erhob sich kein Geringerer als der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp und betonte, daß diese Ermächtigung geradezu ein Ausdruck der wahren Demokratie sei, und er verteidigte leidenschaftlich die vom Finanzreferenten beantragten Ermächtigungen.

Nun, mit dem Essen kommt der Appetit, und der Finanzreferent hat einen guten Appetit. Wenn man ihm eine Ermächtigung gibt, schnappt er nämlich gleich nach dem ganzen Budget. Und so brauchen sich die sozialistischen Abgeordneten nicht zu wundern, daß diesen Einengungen des Budgetrechtes des Landtages immer weitere gefolgt sind.

Im Finanzausschuß, der in der vorigen Woche getagt hat, hat es einige Überraschungen gegeben. Plötzlich hat ein Volksparteiabgeordneter nach dem anderen — und

das ist schön aufgeteilt worden nach den einzelnen Gebieten und Sparten — einen Antrag nach dem anderen gestellt, und wieder ist eine ganze Anzahl von Millionen — um in der Sprache der Volkspartei zu sprechen — „ins Rollen gekommen“. (*Abg. Hilgarth: Ist Ihnen das so unangenehm? Das wäre eine böse Geschichte!*) Der Herr Abg. Hilgarth hat mit der bescheidenen Art, die ihm nun einmal zu eigen ist (*Abg. Hilgarth: Gott sei Dank!*), im Finanzausschuß erklärt, daß die Mehrheit, nämlich die Volkspartei, Propaganda gar nicht notwendig habe. (*Abg. Hilgarth: Haben wir auch nicht! — Heiterkeit.*) Es hat aber nur wenige Tage gedauert und prompt ist die Propaganda mit den 100 Millionen „ins Rollen gekommen“. (*Abg. Hilgarth: Wir sind gelehrige Schüler! — Abg. Stangler: Jetzt sind Sie doch dagegen?*) Gegen was? (*Abgeordneter Ernecker: Sind Sie gegen die Arbeitsbeschaffung?*) Gegen eure Politik, gegen eure Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik auf jeden Fall! Die sozialistischen Abgeordneten haben immer erstauntere Gesichter gemacht, gerade daß sie nicht gesagt haben: Was machst du denn mit dem Geld, lieber Koalitionspartner? Nun, ich glaube, daß eine Trübung oder gar Störung der Koalitionsehe nicht zu befürchten ist. Die kleinen Differenzen, sozusagen Vorwahldifferenzen, die es jetzt scheinbar gibt, werden nur dazu beitragen, daß nach den Landtagswahlen die eheliche Koalitionsliebe noch stärker wird. (*Abg. Endl: Hoffentlich ohne ungeratenen Sohn! — Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich bitte um Ruhe!

Landesrat GENNER (*fortsetzend*): Die sozialistischen Abgeordneten haben verlangt, daß ein Winternotstandsprogramm in das Nachtragsbudget eingebaut wird. Offenbar wollten sie zeigen, daß sie in der Propagandakunst den Brüdern von der Volkspartei nicht nachstehen werden. Vielleicht darf ich die sozialistischen Abgeordneten daran erinnern, daß sie bei der Beratung des Budgets den Antrag des Linksblocks, das Wirtschaftsprogramm der Arbeiterkammer als Grundlage für die sofortige Ausarbeitung eines Arbeitsprogrammes des Landes zu verwenden, abgelehnt haben, ebenso wie sie unter anderem einen Antrag abgelehnt haben, die Benachteiligung Niederösterreichs, die noch immer bei der Verteilung der Mittel des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds besteht, zu beseitigen. Diese Benachteiligung Niederösterreichs besteht noch immer weiter, da

Niederösterreich nur 9 Prozent der Mittel bekommt, obwohl die Kriegsschäden tatsächlich 25 Prozent ausgemacht haben. Der Schaden, den Niederösterreich dadurch erleidet, beträgt mindestens 350 bis 400 Millionen Schilling. Die Benachteiligung Niederösterreichs, die zwar theoretisch bekämpft wird, besteht also in der Praxis noch immer weiter.

Für diese Benachteiligung gibt es in der letzten Zeit mehrere charakteristische Beispiele, durch die die Bevölkerung sehr arg betroffen wird. So ist zum Beispiel mit dem Inkrafttreten des Winterfahrplanes verfügt worden, daß die Schnellzugshaltestelle Baden aufgelassen wird. Das bedeutet, daß der Fremdenverkehr geschädigt wird, und es bedeutet, daß die Arbeiter, die in Wien, Wiener Neustadt und in anderen Orten der Umgebung von Baden Arbeit haben, sehr viel Zeit verlieren, weil sie mit den Lokalzügen fahren müssen, daher früher von zu Hause wegfahren müssen und auch später nach Hause kommen. Begründet wurde diese Verfügung damit, daß die Fernzüge durch die Arbeiter und Angestellten, die in die Arbeit fahren, überfüllt und daß die Fernfahrgäste dadurch belästigt worden sind. Ich glaube, daß die Landesregierung Schritte unternehmen soll, damit diese Verfügung wieder aufgehoben wird.

Es gibt aber noch ein anderes Beispiel aus der letzten Zeit, das ebenfalls in das Kapitel der Benachteiligung Niederösterreichs fällt. In Korneuburg mußte der Bau der Wasserleitung, der schon begonnen worden ist, eingestellt werden, weil vom Bund und vom Land die Baukostenbeiträge eingestellt worden sind. Nun sind in der letzten Zeit in Korneuburg eine Reihe von Darmkrankheiten, wie Typhus und Paratyphus, aufgetreten, die man heute schon die Korneuburger Krankheiten nennt. Ich glaube, daß auch hier die Landesregierung die erforderlichen Schritte unternehmen muß, um diese gesundheitliche Bedrohung der Bevölkerung, die mit der Benachteiligung Niederösterreichs zusammenhängt, abzuwehren.

Trotz dem Nachtragsbudget wird es im Gesamtbudget gegenüber dem vorigen Jahre gewisse Verschlechterungen geben. Zum Beispiel sind die Aufwendungen im außerordentlichen Budget im Schulwesen von 5,7 auf 5,1 Millionen Schilling herabgesetzt worden, im Fürsorgewesen von 5,1 auf 4,8 Millionen und im Gesundheitswesen von 8,5 auf 7,1 Millionen Schilling. Auch die Aufwendungen für die Fluß- und Bachregulierungen sind um 2,14 Millionen Schilling geringer, als sie im vorigen Jahre waren; ebenso wurde

eine Reihe anderer wichtiger Posten gegenüber dem vorigen Jahre herabgesetzt.

Im Nachtragsbudget befindet sich unter anderem auch ein Posten von 2 Millionen Schilling, der dazu verwendet werden soll, den Bauern, die durch die große Unwetterkatastrophe geschädigt worden sind, unverzinsliche Darlehen, die im Einzelfalle unter 10.000 S liegen müssen, zu gewähren. Dazu sollen noch 3 Millionen Schilling zur Gewährung von verzinslichen Darlehen kommen; die erforderlichen Mittel sollen von der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt gegeben werden. Alle diese Beträge sind zweifellos unzureichend. Der Landtag hat vorher, und zwar am 12. August, einen Betrag von 3 Millionen Schilling bewilligt, und die Bundesregierung hat damals mitgeteilt, daß sie die Hälfte davon, nämlich 1,5 Millionen Schilling, bewilligen wird. Nun liegt im Parlament ein Gesetzantrag vor, nach welchem Niederösterreich aus den Beihilfen für Unwetterschäden 2.100.000 S erhalten soll. In diesem Betrag sind aber diese 1,5 Millionen Schilling schon enthalten. Die Beihilfe des Bundes beträgt also nur die Hälfte des Gesamtbetrages, den das Land für die Behebung von Unwetterschäden bereitstellt, also diese 3 Millionen Schilling und die 1,2 Millionen Schilling, die schon früher mit dem Budgetbeschluß bewilligt worden sind. Ich möchte darauf verweisen, daß bei früheren Beschlüssen über Beihilfen des Bundes zur Behebung von Unwetterschäden, wie zum Beispiel im Jahre 1951, nicht die Bindung war, daß die Bundesregierung die Hälfte von dem gibt, was das Land gibt, sondern gerade umgekehrt, nämlich daß das Land mindestens die Hälfte von dem, was die Bundesregierung bewilligt, selbst geben muß. Die jetzige Bedingung bedeutet natürlich ebenfalls eine Benachteiligung des Landes.

Da nun das Land 2 Millionen Schilling zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen bewilligt, glaube ich, daß es notwendig wäre, neuerdings an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, ebenfalls einen entsprechenden Betrag für die Gewährung von unverzinslichen Darlehen, die die geschädigten Bauern außerordentlich dringend brauchen, zu bewilligen.

Im Nachtragsbudget ist unter anderem auch ein Betrag von 300.000 S für den Ausbau des Heilbades in Schönau im Gebirge enthalten. Dieser Betrag ist nicht gering. Ich möchte mir dazu nur eine Bemerkung erlauben. Ich habe mir das Bad selbst angesehen und ich glaube, daß man mit dem Ausbau einverstanden sein kann, jedoch unter der Voraussetzung, daß dieses Heilbad

vor allem und in erster Linie der Gesundheit der Angestellten zugute kommt, die bei den heutigen Verhältnissen, besonders bei den heutigen Gehaltsverhältnissen der kleinen und mittleren Angestellten oft gefährdet ist, und daß nicht etwa mit diesem Ausbau irgendwelche Pläne und Zwecke des Sanitätsreferates verfolgt werden, mit dem man leider bei solchen Gelegenheiten immer rechnen muß. Wenn hier wirklich für die Gesundheit der Angestellten etwas geschieht, dann glaube ich, daß man diese Sache begrüßen kann. Aber das ist, wie gesagt, die unerläßliche Voraussetzung.

Notwendig ist natürlich auch, daß die Bundesregierung die Beiträge zu den einzelnen Bauvorhaben, zu deren Leistung sie verpflichtet ist, nicht schuldig bleibt, sondern rechtzeitig zahlt, weil sonst, wie es in manchen Fällen vorgekommen ist und wie es auch der Finanzreferent im Finanzausschuß zugegeben hat, das Land Vorschüsse geben muß, um die Bauten nicht zu verzögern und sie rechtzeitig durchführen zu können. Da nützen alle Anträge des Landtages nichts, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß die Bundesregierung ihre Verpflichtungen wirklich erfüllt.

Wir werden für das Nachtragsbudget stimmen, weil wir für jede Maßnahme eintreten, die irgendwie geeignet ist, eine Arbeitsstelle zu erhalten oder einem Arbeitslosen Arbeit und Brot zu geben. Ich möchte aber darauf verweisen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders der drohenden Winterarbeitslosigkeit, außerordentliche Anstrengungen notwendig sind. Dazu gehört vor allem, daß die einseitige Handelspolitik geändert wird und daß auch Österreich, wie England, Frankreich und andere Länder, Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und mit dem Osten aufnimmt. Diese Handelsbeziehungen dienen nicht nur der Förderung des Exports und damit der Arbeitsbeschaffung, sondern sie sind auch vom Standpunkt des Imports aus unerläßlich, wie zum Beispiel vom Standpunkt der Einfuhr von Futtergetreide für die österreichische Landwirtschaft, wenn nicht wirklich viele Bauern zugrunde gehen sollen. Ich unterstreiche das deswegen, weil es bekanntlich jetzt auch unter anderem schon in den Tageszeitungen viele Artikel gibt, die von diesem Standpunkt aus die Notwendigkeit des Osthandels besprechen. Das ist meine Überzeugung seit vielen Jahren, und die Entwicklung hat bewiesen, daß sie richtig ist.

Zu den Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung gehört natürlich auch, daß die Kraftwerke Ybbs-Persenbeug gebaut werden, aber

nicht nur mit Worten, sondern tatsächlich, und daß mit dem Bau endlich einmal begonnen wird. In der letzten Zeit haben wir es erlebt, daß immer wieder versprochen worden ist, nächste Woche wird mit dem Bau begonnen. Das erinnert an die bekannte Anekdote, in der einer dem anderen erzählt, wie furchtbar schwer es ist, wenn man den ganzen Tag Ziegel schupfen muß, und der andere ihn fragt, wie lange er das schon macht, worauf dieser antwortet: Morgen fange ich an.

Zur Arbeitsbeschaffung gehört natürlich auch, daß die Elektrifizierung der Südbahnstrecke in Niederösterreich nicht nur mit Worten, sondern tatsächlich durchgeführt wird. Es war vor einigen Monaten, da wurde in einer Vertrauensmännerversammlung der SPÖ in Wiener Neustadt der Beschluß gefaßt, daß, um die Zahl der Arbeitslosen im Bezirk Wiener Neustadt und in anderen Nachbarbezirken herabzusetzen, die Elektrifizierung der Südbahnstrecke in Niederösterreich begonnen werden soll. Einige Tage später ist eine Aussendung der Sozialistischen Korrespondenz gekommen, die zweifellos vom Herrn Minister Waldbrunner beeinflusst war, in der erklärt worden ist, daß die Südbahnstrecke in Kärnten und an der steirischen Grenze elektrifiziert wird.

Zur Arbeitsbeschaffung gehört natürlich auch — und das nicht zuletzt —, daß die Notopfer, die heute noch den Gemeinden auferlegt werden und die in Anbetracht der steigenden Einnahmen des Bundes nicht die geringste Berechtigung mehr haben, aufgehoben werden, damit auch den Gemeinden größere Mittel zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen.

Die Arbeitsbeschaffung ist natürlich nicht eine bloße Propagandaangelegenheit der VP und der SP, denn es ist gewiß, daß das furchtbare Gespenst der Arbeitslosigkeit, das unsere ganze Wirtschaft, ja die ganze Bevölkerung bedroht, nur durch die gemeinsame Anstrengung aller demokratischen Kräfte des Landes verschleucht werden kann, im Interesse der Arbeitslosen, im Interesse der Arbeiter, die noch in Arbeit stehen, jedoch von Arbeitslosigkeit bedroht sind, im Interesse der Bauern und Gewerbetreibenden und schließlich im Interesse der gesamten Bevölkerung unseres Landes.

Ich erlaube mir, folgende Anträge zu stellen.

Der erste Antrag lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Um die weitere Benachteiligung Niederösterreichs auf dem Gebiete des Wohnungs-

baues zu verhindern, wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich Schritte zu unternehmen, damit die Verteilung der Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds entsprechend den Kriegsschäden in Niederösterreich und die Verteilung der Mittel aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds entsprechend der Bevölkerungszahl geregelt wird.

2. Um den Bau einer größeren Anzahl von Wohnungen aus Landesmitteln zu ermöglichen, wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag ehestens einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Wohnbaufonds vorzulegen, der u. a. aus neuen Beiträgen des Landes und aus den rückfließenden Geldern bereits gegebener Darlehen zu bilden ist.“

Der zweite Antrag lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung öffentlicher Lehrwerkstätten in Niederösterreich zu treffen.“

Der dritte Antrag lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die Aufhebung der Verfügung zu erwirken, nach der mit dem Inkrafttreten des Winterfahrplanes Baden als Schnellzugsstation aufgelassen wurde.“

Der vierte und letzte Antrag lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, aus den im Voranschlagsansatz 68—61 — Beiträge zu den Kosten für Wasserversorgungen — zur Verfügung stehenden Mitteln die Fertigstellung der Wasserleitung in Korneuburg zu subventionieren.“

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Präsidenten W o n d r a k das Wort.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Es ist jetzt ungefähr ein Jahr her, daß die Investitionspolitik in unserem Lande sehr stark diskutiert wird. Die Vertreter der Volkspartei haben damals die Forderung der Sozialisten, durch eine großzügige Investitionspolitik Vorsorge zu treffen, damit nicht die bereits im Schatten sich abzeichnende Arbeitslosigkeit große Formen annimmt, so dargestellt, als ob sie die österreichische Wirtschaft gefährden würde. Man hat uns erzählt, daß das, was wir fordern, nichts anderes bedeuten würde als eine Zerrüttung der Staatsfinanzen, und daß die öffentlichen Arbeiten, wenn sie

in dem Ausmaß, wie wir es verlangten, tatsächlich zur Durchführung kommen, es mit sich bringen müßten, daß ein hoher Budgetabgang unweigerlich zur Inflation führen würde. Diese Auffassung der Volkspartei hat es ja schließlich mit sich gebracht, daß der Nationalrat seine Funktion frühzeitig beenden mußte und daß es zu Neuwahlen gekommen ist.

Aber wir haben es nicht vergessen — es ist ja bekannt, und alle Kreise wissen es, weil sie es selbst beobachten konnten —, daß schon im Zuge des Wahlkampfes die Volkspartei eine Wendung ihres Standpunktes um 180 Grad durchgeführt hat und daß sie plötzlich entdeckte, ja es sei notwendig, Investitionen, also Arbeitsbeschaffung, aus öffentlichen Mitteln durchzuführen. Diese Notwendigkeit wird also auch von der Volkspartei jetzt anerkannt.

Wir haben im Zuge der letzten Ereignisse in unserem Staate gesehen, daß aus dieser Frontänderung der Volkspartei auf dem Gebiete, ob und welche öffentlichen Arbeiten durchgeführt werden sollen, eine gewisse Annäherung der diesbezüglichen Standpunkte der beiden großen Parteien erfolgt ist. Dieser Neuorientierung der Österreichischen Volkspartei ist es wahrscheinlich auch zuzuschreiben, daß nun dieses Nachtragsbudget uns vorgelegt wird. Gewiß, es ist nicht zu übersehen, daß es durch die Mehreinnahmen, die dem Lande, ohne daß es dabei etwas dazu beigetragen hätte, zugeflossen sind, zwangsläufig dazu kommen mußte, dem Hohen Landtag zu sagen, wie diese Mehreinnahmen auch tatsächlich der Wirtschaft zugeführt werden sollen. Es ist immerhin nicht unbedeutend, wenn in dem Motivenbericht ausgeführt wird, daß die Mehreinnahmen 79,8 Millionen Schilling betragen. Darf ich da erinnern, daß uns im Vorjahre erzählt worden ist, daß es überhaupt nicht möglich wäre, rechtzeitig ein ordentliches Budget vorzulegen! Man hat uns damals gesagt, die Unsicherheit und die Unübersichtlichkeit sei so groß, daß es unzweckmäßig ist, ein Landesbudget zu erstellen, um so mehr, als sich auch der Bund mit einem Budgetprovisorium abgefunden hat. Wenn man vielleicht mit bestimmten Einschränkungen dieser Auffassung noch zustimmen konnte, so haben wir Sozialisten bereits bei der Beratung des ordentlichen Budgets 1953 — die Beratung ist erst im April 1953 erfolgt — mit aller Klarheit und Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Zahlen, wie sie hier im Budget aufscheinen, absolut nicht der wirtschaftlichen Kraft unseres Landes entsprechen. Es wurde damals von uns darauf verwiesen, daß das

Herabsetzen der Einnahmen gegenüber dem Jahre 1952 um den sehr nennenswerten Betrag von mehr als 23 Millionen Schilling nicht zutreffend ist. Wir haben außerdem darauf verwiesen, daß wir überzeugt sind, daß zumindest der Abgang des ordentlichen Voranschlages durch Mehreingänge gedeckt werden wird, und daß die großen Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes nur dann wirksam werden können, wenn die hierfür erforderlichen Mittel im Anleihewege beschafft werden. Es wurde uns aber damals eingewendet, und zwar ganz eindeutig, ich möchte fast sagen stur: Die Einnahmen des Jahres 1953 sind uns vom Finanzministerium bekanntgegeben worden, wir können keine anderen Beträge in Anschlag bringen, das ganze Budget des Landes Niederösterreich muß sich nach diesen Zahlen richten.

Die Entwicklung hat nun gezeigt, daß unsere Annahme, daß diese Zahlen nicht gestimmt haben, absolut richtig ist. Ich will durchaus jetzt nicht überprüfen, ob das Finanzministerium wirklich solche Zahlen unserer Finanzverwaltung vorgelegt hat, oder ob man vielleicht aus dem Bedürfnis heraus, sich Reserven zu schaffen, von Haus aus niedrigere Zahlen in Anschlag gebracht hat, damit man dann im späteren Verlauf des Jahres sagen kann: Wie gut haben wir doch gewirtschaftet, welche neue Leistungen kann dieses Land erbringen! Es ist nun gleichgültig, welcher der beiden Umstände dafür maßgebend war, Tatsache ist, daß nun ganz beträchtliche Mehreinnahmen zu verzeichnen sind, und daß nun das Finanzreferat daran geht, diese Mehreinnahmen nun auch in Verwendung zu nehmen.

Es ist natürlich nicht so, daß die Mehreinnahmen zur Gänze für neue Ausgaben verwenden werden können, sondern es hat sich eine Menge zwangsläufiger Mehrausgaben ergeben, die natürlich zuerst aus den Mehreinnahmen abgedeckt werden müssen. Der Herr Finanzreferent beziffert diese Gruppe von Mehrausgaben mit einem Betrag von rund 20 Millionen Schilling. Zu diesen Mehrausgaben gehören zum Beispiel die Ausgaben für Bezugsregelung der Angestellten des Landes Niederösterreich, die auf Grund der Bezugsregelung der Bundesangestellten erfolgen mußte, und die einen beträchtlichen Betrag erfordern. Es ist daher selbstverständlich, daß diese Mehrausgaben aus den Mehreinnahmen abgedeckt werden müssen.

Der Herr Finanzreferent hat uns außerdem berichtet, daß sich im Zuge der durchgeführten Arbeiten eine Reihe von Überschreitungen der ursprünglich für diese Arbeiten vorgesehenen Kosten ergeben hat, die bereits alle

flüssig gemacht worden sind und nun durch die Mehreinnahmen ihre Deckung finden sollen. Aber immerhin — so wird uns verkündet — sei noch ein namhafter Betrag vorhanden, der neu in die Wirtschaft gepumpt werden könne. In weiterer Verfolgung dieses Umstandes wird darauf verwiesen, daß es möglich sein wird, in Wirklichkeit einen weitaus größeren Betrag der Wirtschaft tatsächlich dienstbar zu machen, da jede Unterstützung, die eine Gebietskörperschaft oder eine sonstige Interessengemeinschaft empfängt; selbstverständlich auch Ausgaben dieser Gebietskörperschaften oder dieser Interessentengemeinschaften auslöst. Es ist daher unbestritten, daß höhere Beträge in die Wirtschaft einfließen werden, als es durch den Landeszuschuß zum Ausdruck kommt. Das wird von niemandem bestritten. Wir sind aber davon überzeugt, daß diese 43 Millionen Schilling, wie sie im Nachtragsbudget in Erscheinung treten, nicht jene heilsame Wirkung zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen ausüben werden, wie es notwendig wäre. Die Art der Budgetierung erlaubt es leider nicht, nachzuweisen, welche Arbeiten neu durchgeführt werden. Wir hören wohl, daß in den verschiedenen Abschnitten und Unterabschnitten so und so viele Schillinge neu eingesetzt sind und daß diese Beträge für bestimmte Zwecke verwendet werden können. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß die Angabe allein, daß Landesgelder in einer bestimmten Höhe ausgegeben werden, nicht genügt, um feststellen zu können, daß mit diesen Ausgaben der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt wird. Wir sind vielmehr der Meinung, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn man gesagt hätte, welche Arbeiten mit diesen Geldern durchgeführt werden, damit uns die Möglichkeit gegeben ist, zu überprüfen, ob gegen die Arbeitslosigkeit wirksam vorgegangen wird.

Hoher Landtag! In Niederösterreich ist die wirtschaftliche Situation nicht einheitlich. Wir haben doch bestimmte Gebiete, wo die Arbeitslosigkeit besonders groß ist und die wir daher immer wieder als Notstandsgebiete bezeichnen müssen. In den Notstandsgebieten des Triestingtales, des Traisentalles sowie des unteren Steinfeldes — um nur einige zu nennen — ist die Arbeitslosigkeit latent, weil dort die notwendigen Betriebe nicht vorhanden sind. Es fehlen daher dort vielfach konstante, gesicherte Arbeitsplätze. Die Arbeiter in diesen Gebieten stehen auf der Straße und warten bangend auf einen Arbeitsplatz. In dieser Situation gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder verweisen wir diese Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Arbeitslosenunter-

stützung — darüber habe ich vor einigen Tagen in der Zeitung gelesen, daß ein Minister gesagt hat, daß es das Bestreben der Sozialistischen Partei sei, aus jedem Arbeitslosen einen Staatsangestellten zu machen! —, oder wir schaffen für diese Leute Arbeitsplätze.

Ich möchte daher bitten, daß die Landesregierung darnach trachtet, die Gelder, die der Landtag heute bewilligt, in erster Linie derart zu verwenden, daß die Gebiete mit großer Arbeitslosigkeit, also jene Gebiete, wo die Leute keine Aussicht haben, in Betrieben unterzukommen, mit Arbeiten bedacht werden. Für die Beurteilung, wo Arbeitsstellen geschaffen und wohin daher die Gelder, die heute vom Landtag beschlossen werden, geleitet werden sollen, dürfen nicht irgendwelche politische oder persönliche Gründe bestimmend sein, sondern es darf hierfür einzig und allein nur die Notlage der Arbeiter maßgebend sein.

Die einzelnen Beträge, die in der Vorlage aufgezeigt werden, sowie die Art ihrer Verwendung beweisen schon, daß es keine überwältigend großen Beträge sind, und daß daher mit ihnen großzügige Arbeiten nicht begonnen werden können. Wenn aber diese Beträge noch in den nächsten Wochen eingesetzt werden, so bin ich trotz alledem davon überzeugt, daß es doch noch gelingen wird, manchem Arbeitslosen einen Arbeitsplatz zu geben.

Bei dieser Gelegenheit dürfen wir auch darauf verweisen, daß es in der letzten Zeit eine stärkere Schrumpfung der öffentlichen Baustellen im Lande Niederösterreich gegeben hat. Es wird schon in ganz kurzer Zeit möglich sein, nachzuweisen, wie wenig öffentliche Baustellen im Lande überhaupt vorhanden sind. Wir können beobachten, wie stark die Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter zurückgegangen ist, so daß von einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Arbeiten in Wirklichkeit nicht mehr gesprochen werden kann. Hier wäre natürlich ein Auftrieb möglich, und hoffentlich ist es dem Herrn Finanzreferenten möglich, die Beträge, die heute bewilligt werden, so rechtzeitig und so rasch auszugeben, daß hier tatsächlich eine Besserung eintritt. Wir sind überzeugt, daß die technischen Landesämter genug Pläne bereitgestellt haben und daß es jetzt nur darauf ankommt, das notwendige Geld zu sichern, damit diese Pläne auch realisiert werden können.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir neuerlich darauf verweisen, daß mit den Nachtragskrediten, die sich aus der günstigen

Einnahmenentwicklung des Landes Niederösterreich ergeben haben, bei weitem nicht unserer Forderung entsprochen wird, die dahin geht, daß dafür gesorgt werden muß, in einem wirklichen Winterarbeitsprogramm alle jene Arbeiten genauestens zu erstellen, die ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit hintanhaltend. Wir haben auf dem Bausektor im Winter trotz aller technischen Hilfsmittel, die man heute anwendet, um das Bauen auch in der kalten Jahreszeit zu ermöglichen, eine große saisonbedingte Arbeitslosigkeit zu erwarten. Diese saisonbedingte Arbeitslosigkeit darf aber nicht größer sein, als es unbedingt notwendig ist. Nur ein Programm, das rechtzeitig erstellt wird und für das — was das Entscheidende dabei ist — die Geldmittel rechtzeitig bereitgestellt werden, wird es uns ermöglichen, in diesem Lande nicht eine Arbeitslosenzahl zu erreichen, die uns zu einer traurigen Spitze verhelfen würde. Wir sind jetzt schon das einzige Bundesland, wo die Arbeitslosigkeit beträchtlich angestiegen ist. Das soll für uns eine Mahnung sein, und ich glaube daher, daß wir dafür sorgen müssen, daß rechtzeitig für ein Winterarbeitsprogramm Vorsorge getroffen wird, damit nicht noch eine weitere, alarmierende Verschlechterung eintritt.

Nun wird uns unter anderem auch mitgeteilt, daß das Budget 1953 bereits restlos erfüllt worden ist. Als Beweis dafür wird uns gesagt, daß wir nicht nur die Beträge, die im Budget vorgesehen waren, ausgegeben haben, sondern daß wir heute Ausgaben, die schon getätigt worden sind, im nachhinein durch Nachtragskredite legalisieren müssen. Dieser Auffassung kann keinesfalls restlos zugestimmt werden, denn im letzten Budget, das wir beschlossen haben, ist doch im außerordentlichen Voranschlag ein Abgang von mehr als 83 Millionen Schilling ausgewiesen worden. Wenn jetzt gesagt wird — im Motivenbericht steht es ja so zu lesen —, daß bisher an Krediten erst 27,5 Millionen aufgenommen worden sind, von denen es übrigens noch heißt, daß darunter eine Darlehenszusicherung von 10 Millionen enthalten ist — man darf also annehmen, daß diese 10 Millionen noch gar nicht aufgenommen worden sind —, so muß man sich fragen: Ja, wieso ist das Kunststück möglich gewesen, mit 27 Millionen Schilling Arbeiten zu bezahlen, deren Kosten 83 Millionen Schilling ausmachen? Der Überschuß, der sich aus dem ordentlichen Haushalt, durch die Verbesserung der Einnahmen im Ausmaß von 28 Millionen, ergibt, der wird ja — ich glaube, das annehmen zu dürfen — heute noch nicht zur Gänze da

sein. Der wird sich wohl auf die einzelnen Monate aufteilen, denn aus der Textierung im Motivenbericht bezüglich dieser Mehreinnahmen geht ja hervor, daß man mit voraussichtlichen Mehreinnahmen in dieser Höhe erst rechnet. Die zwei Monate bis Jahreschluß werden also den Rest dieser Mehreinnahmen noch erbringen müssen. Ich glaube daher nicht, daß die ganzen Arbeiten, wie sie im außerordentlichen Voranschlag vorgesehen wurden, auch tatsächlich schon durchgeführt sind, sondern ich bin der Meinung, daß noch eine ganz beträchtliche Summe aufzuwenden sein wird, um diese Arbeiten auch tatsächlich zur Durchführung bringen zu können.

Wenn man sich die Zahlen des außerordentlichen Nachtragsbudgets ansieht, kommt man darauf, daß ungefähr die restlose Ausschöpfung der Kreditbewilligungen, die der Hohe Landtag der Landesregierung gegeben hat, es ermöglichen könnte, die ganzen Arbeiten, wie sie programmäßig ausgearbeitet worden sind, auch tatsächlich durchzuführen. Im Finanzausschuß hat jedoch der Finanzreferent auf einige Anfragen mitgeteilt, daß selbstverständlich, wenn die Anträge des Nachtragsbudgets zur Gänze durchgeführt werden sollen, der Kreditweg beschritten werden müsse, daß aber, wenn es nicht möglich sein sollte, die notwendigen Kredite zu bekommen, dies ein Unterbleiben der Arbeiten zur Folge hätte.

Wir können also alle diese Beträge vorläufig nur mit Vorsicht betrachten. Ich bin aber überzeugt, daß es möglich wäre, die Arbeiten, die im ordentlichen und im außerordentlichen Budget und im Nachtragsbudget vorgesehen sind, restlos durchzuführen, wenn nur rechtzeitig die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Ich stimme dem Finanzreferenten zu, wenn er sagt, man solle Kredite nicht ins Uferlose aufnehmen, man solle nichts überstürzen und nur das an Krediten aufnehmen, was man unbedingt braucht. Das ist ein Grundsatz, gegen den nichts einzuwenden ist. Ich glaube aber, nicht die Aufnahme des Kredites muß das Primäre sein, sondern angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit muß die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten das Entscheidende sein. Nachdem der Finanzreferent erklärt hat, eine Rückendeckung in bereits zugesicherten Krediten zu haben, so muß er eben das an Krediten aufnehmen, was notwendig ist, damit hier wirklich ein wertvoller Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet wird. Hoffen wir, daß diese Absicht besteht und daß ab nun die wenigen und noch dazu schlecht besetzten öffentlichen Baustellen im Lande Niederösterreich nicht nur

wiederaufleben werden, sondern daß auch, und zwar vor allem in den Notstandsgebieten, neue Bauplätze geschaffen werden, um den Menschen draußen endlich wieder zu einer Arbeit, auf die sie so dringend warten, zu verhelfen.

Es muß noch neuerlich darauf aufmerksam gemacht werden — man kann das nicht unterlassen —, daß die Spitalsfrage in Niederösterreich noch immer nicht gelöst ist und daß sich die ÖVP oder ihr Finanzreferent absolut dagegen wehrt, eine vernünftige und für beide Teile tragbare Lösung dieser Frage zu finden. Dadurch werden einige wenige Städte Niederösterreichs durch ein großes Spitalsdefizit auf das schwerste belastet. Während beispielsweise für das Landeskrankenhaus in Tulln — man kann das im Voranschlag und im Rechnungsabschluß nachlesen — das Land restlos die notwendigen Mittel beistellt, weiter auch das sehr erhebliche Defizit dieses Krankenhauses trägt und schließlich auch für den Ausbau dieses Krankenhauses, dessen Notwendigkeit wir durchaus nicht in Zweifel stellen, große Mittel zur Verfügung stellt, ohne daß die Gemeinde Tulln einen Beitrag hierzu leistet, müssen die übrigen spitalerhaltenden Gemeinden all diese Mittel aus eigenem leisten, denn der Betrag, der hier für den allerdings nur notwendigsten Ausbau der Krankenhäuser zur Verfügung gestellt wird, ist natürlich — das hat auch heute der Herr Finanzreferent zugestanden — viel zu gering, um all das zu machen, was nach dem heutigen Stand der Medizin in diesen Krankenhäusern notwendig wäre.

Diese Frage einer Lösung zuzuführen, halten wir unbedingt für notwendig. Das ist keine politische Frage für einige sozialistisch verwaltete Gemeinden, sondern das ist eine Frage, ob man die Gesundheitspflege in diesem Lande entweder einschrumpfen läßt, weil die Gemeinden bei bestem Willen nicht imstande sind, all die notwendigen Neuananschaffungen für die Krankenhäuser zu machen, oder ob man dafür sorgt, daß auch den kranken Menschen aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, die nicht in Sanatorien gehen können, sondern öffentliche Krankenhäuser aufsuchen müssen, alle Er rungenschaften auf dem Gebiete der modernen Medizin und der Heilpädagogik zuteil werden. Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus an diese Frage heranrückt, so bin ich überzeugt, daß ein Weg gefunden werden könnte und ein Weg gefunden werden wird, um diese Frage endlich zu lösen.

Es wurde heute vom Herrn Landesrat Genner auf die Verhältnisse der Wasserver-

sorgung in Korneuburg verwiesen. Darf ich daran erinnern, daß ich bei der Beratung des Voranschlages den dringenden Appell an das zuständige Referat gerichtet habe, man möge bei der Zuteilung der Gelder unter keinen Umständen vergessen, daß es in Niederösterreich noch eine Stadt gibt, allerdings die einzige Stadt, die keine Wasserleitung hat, und wo daher wirklich Gefahr im Verzuge ist. In Korneuburg befindet sich eine Ölraffinerie. Die Rückstände dieser Raffinerie werden irgendwohin geleitet und versickern in den Boden. Das Wasser in der Umgebung dieses Betriebes, durchwegs Brunnenwasser, ist so schlecht, daß die Menschen dort — es sind durchwegs Siedler und Leute, die der arbeitenden Bevölkerung angehören — sich das Wasser auf weite Strecken zuführen müssen, weil es ganz unmöglich ist, das Wasser aus den Brunnen dort zu genießen. Eine Stadt mit mehr als 8000 Einwohnern, Sitz einer Bezirkshauptmannschaft, noch dazu knapp vor den Toren Wiens gelegen, kann trotz alledem aus irgendeinem Grunde nicht die notwendigen Zuschüsse bekommen, damit die Bauten für die Wasserleitung, die dort bereits begonnen worden sind, fortgesetzt werden können. Als der Bürgermeister von Korneuburg den zuständigen beamteten Referenten der Landesregierung fragte, wie es mit der Fortführung der Arbeit stehe und welche Beträge das Land hierfür geben wird, hat man ihm gesagt: „Jetzt kommen Sie daher?“ Das schaut gerade so aus, als ob sich die Stadtgemeinde Korneuburg mit ihrer Angelegenheit nie in Erinnerung gebracht hätte! Die Tatsache, daß schon ein Teil der Wasserleitungsrohre, nämlich nahezu neun Kilometer, bereits verlegt sind, ist doch allgemein bekannt, Meines Erachtens wäre es daher gar nicht notwendig, einem Landesamt in Erinnerung zu bringen, daß für die Fortführung dieser wichtigen Arbeiten vorzusorgen ist. Ich hoffe, daß es vielleicht doch möglich sein wird, von dem heute beschlossenen Betrag für Wasserleitungsbauten einen Teil dazu zu verwenden, um den Wasserleitungsbau in Korneuburg fortzusetzen. Vielleicht würde es auch möglich sein, in ernsthaften Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Korneuburg zu erreichen, daß diese auch einen Teil ihrer Beitragsleistung sicherstellt, so daß noch jetzt die notwendigen Arbeiten in Angriff genommen werden können. Dadurch könnte eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt werden, was für das ganze Gebiet von Korneuburg und Stockerau, wo die Arbeitslosigkeit sehr rasch anwächst, von besonderer Bedeutung wäre.

Ich möchte bitten, daß man die Frage

„Wasserleitung Korneuburg“ auch von dem Gesichtspunkt aus behandelt, daß hier öffentliche Interessen auf dem Spiele stehen, weil man es weiter nicht verantworten kann, daß eine große Stadt unter Umständen damit rechnen muß, daß eine Epidemie ausbricht, deren Folgen nicht abzusehen wären.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Arbeiten, die gemacht werden sollten. Es wurde auch versucht, sie hier aufzuzeigen und die Notwendigkeit ihrer Durchführung zu beweisen. Das ist aber nicht schwer, das bringt wahrscheinlich jeder von uns ohne weiteres zusammen. Darauf kommt es aber gar nicht an, sondern es kommt darauf an, daß die Millionen Schillinge, die dem Lande Niederösterreich durch die günstige Finanzentwicklung des Bundes zufließen werden, eine zweckmäßige Verwendung finden, und daß sie ferner so eingesetzt werden, daß sie vor allem den Gebieten, wo die Not am größten ist, zufließen, und daß sie weiters für solche Zwecke verwendet werden, die den öffentlichen Interessen wirklich restlos entsprechen. Wenn all das geschieht, so wird der Landtag, der wahrscheinlich diesen Nachtragsvoranschlag annimmt, seine Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, erfüllt haben. Das wird aber nur dann der Fall sein, wenn die klare Absicht besteht, nach dieser Richtung hin das Beste zu leisten, denn nur dann wird dieses Nachtragsbudget seinen Zweck restlos erfüllen.

Die Bevölkerung im Lande Niederösterreich erwartet, daß wir heute hier im Landtag das in ihrem Interesse Gelegene besprechen und beschließen. Enttäuschen wir diese Erwartungen nicht! Wir wissen doch alle, daß die Not im Lande groß genug ist, und daß sie uns daher verpflichtet, alle Anstrengungen zu machen, um dieser Not entgegenzuwirken. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Hilgarth.

Abg. HILGARTH: Hohes Haus! Wir stehen jetzt im Herbst vor der Tatsache, ein Nachtragsbudget zu beschließen. Daß es so weit kommen konnte, danken wir dem Umstand, daß die Entwicklung auf dem Weltmarkt die Einnahmen des Bundes und damit auch des Landes wesentlich gebessert hat. Es ist selbstverständlich, daß sich eine pflichtbewußte Landesverwaltung ihrer Aufgabe im Rahmen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewußt ist, was auf diesem Gebiete zu geschehen hat.

Wenn ich an die Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Landesrates Genner,

denke, so muß ich auch diesmal feststellen, daß er immer die gleichen Argumente, wie wir sie nun schon seit Jahren bei der Generaldebatte zum Voranschlag hören, ins Treffen führt. Ich habe bereits bei den früheren Verhandlungen erklärt, wir könnten uns die ganze Aussprache darüber ersparen, wenn wir einfach die Stenographischen Protokolle der letzten Sitzungen des Landtages hernehmen und seine verschiedenen Wünsche und Beschwerden über das Budget durchlesen würden. Immerhin ergeben sich aber einige Neuigkeiten. So hat der Herr Landesrat Genner unter anderem auch auf die drohende Steigerung der Arbeitslosigkeit hingewiesen, und ich möchte nun diesen Umstand einmal von einer anderen Seite her betrachten.

Es wäre interessant, wenn man diese Frage einmal von der Anzahl der Beschäftigten im Lande Niederösterreich aufzäumen würde. Ich kann hier mit einer Statistik des niederösterreichischen Landesarbeitsamtes aufwarten, aus der zu ersehen ist, daß die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen auf der einen Seite und der Zahl der Beschäftigten auf der anderen Seite nicht gleichmäßig vor sich geht. So hat es im September 1952 287.864 Beschäftigte gegeben und im September 1953 waren es 285.608 Beschäftigte, so daß diese Ziffer statistisch gesehen um 2256 kleiner ist als im Jahre 1952. Nach den sonst für die Propaganda so sehr geübten Prozentrechnungen würde das bedeuten, daß das nur rund 0,7 Prozent der Summe des vergangenen Jahres ausmacht. Dabei ist aber noch gar nicht berücksichtigt, daß die ziemlich hohe Ziffer der Entlassungen im Erdölgebiet in der Zwischenzeit aufgefangen wurde, gleichzeitig aber die Rübenkampagne angelaufen ist, so daß sich die Zahl der Beschäftigten heuer sicherlich höher stellt, als sie im vergangenen Jahre gewesen ist. Nichtsdestoweniger sind wir verpflichtet, den Menschen, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet wurden, Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, oder ihnen irgendwie die sichere Aussicht zu eröffnen, daß sie wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden.

Das Nachtragsbudget, das uns heute vorgelegt wurde, teilt sich, wie es bereits der Herr Finanzreferent auseinandergesetzt hat, in sogenannte Überschreitungen und in sogenannte Nachtragskredite. Die Gesamtsumme, die einerseits in Bewegung gesetzt werden soll, andererseits teilweise zur Abdeckung jener Kosten zu dienen hat, die bereits angelaufen sind, macht 63,6 Millionen Schilling aus. Dieser Betrag betrifft nicht allein den Sachaufwand, sondern es entfallen

rund 7 Millionen Schilling auf den Personalaufwand.

Bezüglich der Unterscheidung zwischen Personal- und Sachaufwand habe ich mir bereits im Finanzausschuß erlaubt, besonders auf einen Umstand hinzuweisen, den ich hier im Hohen Hause in aller Öffentlichkeit zur Debatte stellen möchte. Es ist nämlich wohl richtig, daß der Sachaufwand zu seinem größten Teil unmittelbar zur Vermehrung der Arbeitsstellen dient, aber ebenso richtig ist es, daß auch der Personalaufwand diesem Zwecke dient, denn niemand von den Lohn- und Gehaltsempfängern ist imstande, sich die Beträge aufzuheben und einzusparen, die er als Gehaltserhöhung bekommt, sondern sie dienen zur Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen, die diese Gelder sofort in irgendeiner Weise in den Konsum bringen, womit also wieder gewisse Zweige der Industrie und des Gewerbes belebt werden. Auf indirektem Wege tritt also auch durch den Personalaufwand eine Minderung der Gefahr der Arbeitslosigkeit ein.

Nun hat sich das Land Niederösterreich nicht allein auf das heutige Nachtragsbudget als Arbeitsbeschaffungsprogramm festgelegt, sondern ich möchte das Haus daran erinnern, daß wir vor der Ferienzeit hier im Hohen Hause über eine sehr große Summe verhandelt haben, nämlich über die Summe von 300 Millionen Schilling, für die das Land eine Haftung übernommen hat. Der Haltung der Mehrheit dieses Hauses in dieser Frage ist es gelungen, die diesbezüglichen Anträge zur Annahme zu bringen. Ich glaube, daß hier ein Weg beschritten wurde, den die Arbeiter an den Arbeitsstätten des Kampfkraftwerkes dankbar anerkennen werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ihre Arbeitsplätze sind nicht nur derzeit, sondern auch für die nächsten Jahre gesichert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Heute stehen wir gleichsam vor der zweiten Aktion der Mehrheit des Landtages in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese zweite Aktion betrifft das Nachtragsbudget, das mit der Summe von 56 Millionen Schilling an Sachausgaben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen soll.

Wie die Mitglieder des Finanzausschusses aus der Beantwortung verschiedener Anfragen an den Finanzreferenten entnehmen konnten, ist die so oft angeführte Ausgabe von 60 Millionen Schilling für die Regulierung verschiedener Gerinne in Niederösterreich nicht in der Summe des Nachtragsbudgets enthalten. In der heutigen Debatte soll deziidiert erklärt werden, daß das eine eigene Aktion ist, die in einiger Zeit auch hier im Hause zur Sprache kommen wird. Sie sehen,

daß hier schon eine dritte Aktion vorliegt.

Wenn Sie daran denken, daß im Dezember die Verhandlungen über den Voranschlag 1954 geführt werden, so dienen auch die Beträge dieses Voranschlages der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, weil sie den Umfang des Arbeitsprogrammes der technischen Abteilungen der Landesverwaltung für das Jahr 1954 bestimmen und festlegen.

Das Land Niederösterreich war aber auch bestrebt, Großbaustellen im Lande zu schaffen. Ich glaube, es ist wohl allen Mitgliedern des Hohen Hauses bekannt, daß die Frage des Baues des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug dank dem Entgegenkommen der Besatzungsmacht in ein solches Stadium getreten ist, daß auch hier für die Zukunft eine Reihe von Arbeitsplätzen gesichert erscheint.

Wenn immer wieder an der Tätigkeit unseres Finanzreferenten bezüglich der Budgeterstellung Kritik geübt wird, so ist einer der Hauptpunkte, um die es dabei meistens geht, die Frage der 15prozentigen Kreditsperre. Wir haben heute aus dem Munde des Landesfinanzreferenten gehört — wir alle wissen es übrigens auf Grund der Tatsache, daß wir heute über dieses Nachtragsbudget verhandeln können —, daß das Budget 1953 zur Gänze erfüllt wurde, daß somit die Kreditsperre von 15 Prozent nicht nur für die einzelnen Kapitel, sondern für das gesamte Budget aufgehoben wurde. Damit ist auch der Wunsch des Herrn Landesrates Genner nach einer allgemeinen Aufhebung der 15prozentigen Kreditsperre erfüllt.

Wenn noch weiter ins Treffen geführt wurde, daß die Budgetziffern deswegen, weil wir jetzt imstande sind, ein Nachtragsbudget zu machen, am Anfang des Jahres unrichtig erstellt wurden, dann kann ich darauf nur eines sagen: Zumindest wir von der Mehrheit des Landtages danken dem Finanzreferenten dafür, daß er jedes Jahr nicht leichtsinnig, sondern vorsichtig an die Erstellung des Budgets herangeht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie machen ihm heute vielleicht Vorwürfe, weil er in das Budget vielleicht zu niedrige Einnahmen eingesetzt hat. Aber, meine Herren, stellen wir uns einmal das Gegenteil vor! Ich möchte hier die Reden hören, die dann gehalten werden würden, wenn der Landesfinanzreferent sehr hohe Einnahmезiffern in das Budget eingesetzt hätte und er am Schluß des Jahres hätte erklären müssen, er könne das Budget nicht erfüllen, weil die Ziffern nicht halten, die wir am Anfang des Jahres eingesetzt haben! Ich glaube, daß der vorsichtige Weg, der hier beschritten wurde,

der einzig richtige ist, und er hat auch zum Erfolg geführt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch daran erinnern, daß ja das Land keine Steuerhoheit besitzt. Wir sind daher nicht in der Lage, die Einnahmeneziffern irgendwie zu erhöhen, abgesehen von geringen Beträgen, die aber für die Gesamtsumme des Budgets wirklich nicht von maßgebender Bedeutung sind. Jede Gemeinde hat in dieser Beziehung mehr Möglichkeiten als das Land. Wir sind daher unbedingt auf jene Ziffern angewiesen, die uns das Finanzministerium zur Budgetierung am Ende des Jahres für das kommende Jahr bekanntgibt. Ich möchte hier den Herrn Präsidenten Kollegen Wondrak einmal fragen, wie er das als Bürgermeister der Stadtgemeinde Stockerau hält; er muß ja auch bei der Erstellung des Gemeindebudgets um die Höhe der Gemeindeertragsanteile beim zuständigen Landesamt anfragen. Oder ist es bei der Stadtgemeinde Stockerau vielleicht üblich, daß andere Ziffern in ihr Budget eingesetzt werden als diejenigen, die vom Finanzministerium über die Landesregierung dem Bürgermeister von Stockerau bekanntgegeben werden? Ich glaube, das wird er wohl nie machen. Und genau so wenig kann es der Landesfinanzreferent machen. Er wird natürlich froh sein, wenn diese Beträge auf der Einnahmenseite überschritten werden, denn dann hat er wenigstens die Möglichkeit, auf Grund dieser Mehreinnahmen, die er nicht vorhersehen konnte — denn er ist ja kein Prophet —, ein Nachtragsbudget zu erstellen und damit jene Mittel in einer Zeit zur Verfügung zu stellen, wo sie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am meisten dienen.

Wenn wir hier vielleicht den Vorwurf gehört haben, daß wir mit den Ziffern des Nachtragsbudgets Propaganda treiben, dann möchte ich dazu nur sagen, so wie ich es auch im Finanzausschuß, Herr Landesrat Genner, mit aller Bescheidenheit gesagt habe, daß wir Propaganda nicht notwendig haben. Propaganda ist es, wenn bei den Ziffern mit Prozenten gerechnet wird. Wir sagen aber nichts von Prozenten, sondern wir geben absolute Schillingbeträge an. (*Landesrat Waltner: Sehr richtig!*) Damit geben wir der Bevölkerung die Möglichkeit, zu wissen und zu erkennen, was man mit solchen Summen anfangen kann. Prozente sind Vergleichsziffern. Wenn man die Grundzahlen nicht kennt, von denen diese Prozente ausgehen, weiß niemand, was hinter dieser Propaganda steckt. Darum sage ich noch einmal: Auf diese Propaganda verzichten wir, die haben wir nicht nötig! Wir geben der Bevöl-

kerung nur eine Aufklärung darüber, was mit den Steuergeldern in Niederösterreich geschieht.

Und schließlich noch etwas, meine Herren. Wenn Sie vielleicht der Meinung sein sollten, daß wir in der Zeit von September oder Oktober 1952, also von der Zeit an, wo es zu den Vorbereitungen für die Wahlen 1953 kam, bis zum heutigen Tag eine Kehre von 180 Grad gemacht haben, so würde das nur dann stimmen, wenn du, Herr Kollege Wondrak, auch den Zeitpunkt dieser Kehre bekanntgeben würdest. (*Abg. Wondrak: Das kann man machen, das ist nicht schwer!*) Im Jahre 1952, zur Zeit, als diese Debatten um das Bundesbudget im Nationalrat losgebrochen waren und wo es wirklich nur einige Hundert Millionen Schilling gewesen sind, um die es mehr oder weniger ging, stand für uns das Prinzip der Ordnung im Staatshaushalt im Vordergrund des ganzen Streites. Wir haben seit dieser Zeit bis zum heutigen Tage gerade auf wirtschaftlichem Gebiet und namentlich in der Geldwirtschaft Dinge erlebt, die es uns eben heute ermöglichen, diese Kehre von 180 Grad mitzumachen. (*Dritter Präsident Abg. Endl übernimmt den Vorsitz.*) Wir haben damals bereits vorausgesagt, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung gestalten wird, wenn man einen geordneten Weg geht. Die Etappen dieses Weges waren ganz klar vorgeschrieben. Und die erste Etappe, die damals von der österreichischen Volkspartei mit ihrem Finanzminister leidenschaftlich verteidigt wurde, war zunächst Ordnung im Staatshaushalt. Diese Ordnung im Staatshaushalt wurde hergestellt, und selbst nach dem Abschluß der Wahlen 1953 hat keine der großen Parteien an diesem Staatshaushalt neuerlich irgendetwas zu nörgeln gehabt, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß das Budgetprovisorium aus den Oktobertagen im Jahre 1952 ohne eine Änderung für das Jahr 1953 endgültig angenommen wurde.

Die guten Folgen dieser Politik haben sich auch der Reihe nach eingestellt. Auf Grund dieser geordneten Verhältnisse im Staatsbudget hat sich eine Stabilisierung unseres gesamten Wirtschaftslebens eingestellt, ja es ist eine Stabilisierung des Geldwertes nicht nur im Inland, sondern auch auf den Auslandsmärkten festzustellen gewesen. Die Folge dieser weiteren Entwicklung war, daß — und um das geht es eigentlich am meisten bei der Frage einer vernünftigen Finanzpolitik in einem Lande — die Bevölkerung Zutrauen zum österreichischen Schilling und Vertrauen zu der Finanzpolitik des gesamten Bundes erhalten hat. (*Zustimmung bei der*

Volkspartei.) Der deutliche Ausdruck dieses Vertrauens hat sich in der ungeheuren Steigerung der Spareinlagen gezeigt, und trotz der Auflegung der Energieanleihe hat sich die Aufwärtsentwicklung der Spareinlagen in Österreich fortgesetzt. Wir können dann weiter feststellen, daß im Zusammenhang mit dieser wirtschaftlichen Besserung der Devisenbestand der Nationalbank eine ungeheure Steigerung erfahren hat, und zwar war es hauptsächlich der Fremdenverkehr, der viele ausländische Gelder in unser Land gebracht hat. Damit Hand in Hand geht aber auch eine kluge, durch die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern ins Ausland getragene Vertrauenspolitik.

Ich möchte noch auf eine Äußerung des Herrn Landesrates Genner zurückkommen und feststellen, daß die verantwortlichen Führer des Wirtschaftslebens und des Staates erklärt haben, daß sie den Handel nicht nur nach einer, sondern nach allen Seiten hin wünschen. Der Handel kann aber nicht einseitig, sondern er muß zweiseitig geführt werden, wobei es nicht angeht, daß man uns wichtige Produkte nur gegen Dollarzahlung liefern will. Trotz des Ausfalles eines großen Teiles des Osthandels ist es aber gelungen, nicht nur unsere Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen, sondern auch die Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Die letzten wirtschaftsstatistischen Monatsberichte zeigen, daß einige hundert Millionen Schilling Ausführüberschuß für unser Land zu Buche stehen. Wenn wir einmal Schuldner der Internationalen Zahlungsbank gewesen sind, so sind wir heute Gläubiger dieser Bank geworden, und daraus ergibt sich deutlich der wirtschaftliche Aufschwung, den unser Land in erster Linie dank der klugen Finanzpolitik, die auch hier im Lande Niederösterreich ihren Niederschlag findet, genommen hat.

Mit allen diesen Maßnahmen ist es aber endlich auch so weit gekommen, daß die würgende Kreditnot abgewehrt erscheint. Wenn uns der Herr Finanzreferent heute sagt, er könne dieses Nachtragsbudget vorlegen, weil er auf höhere Einnahmen verweisen kann, so kann er dazu weiter sagen, daß es ihm heute leichter möglich sein wird als früher, die notwendigen Kredite aufzunehmen, weil das Kapital flüssiger und billiger geworden ist.

Wir sehen, daß die ganze Wirtschaftspolitik, die vom Finanzminister und der Mehrheit hier im Lande betrieben wurde, von Erfolgsstufe zu Erfolgsstufe schreitet, und diese Erfolgsstufen sind der Grund gewesen, warum wir die Drehung um 180 Grad in dieser Beziehung machen konnten. Den

Grundsatz, den wir bereits in den vergangenen Jahren vertreten haben, nämlich daß die Kosten zur Beseitigung der Schäden, welche die jetzige Generation durch die Kriegs- und Nachkriegszeit erlitten hat, nicht allein von der jetzigen Generation getragen werden können, behalten wir auch in Zukunft bei. Das ist kein Geheimnis, das ich hier ausplaudere. Es ist gut, daß durch diese wirtschaftspolitische Entwicklung nun die Möglichkeit gegeben ist, die Lasten des Wiederaufbaues nicht auf die jetzige Generation allein zu laden, sondern sie im Wege der Kreditbehebungen auch auf die folgenden Generationen gerecht zu verteilen.

Alle diese Dinge bestimmen uns, für dieses Nachtragsbudget zu stimmen. Ich glaube, daß die darin genannten Zahlen einen neuen Auftrieb im Sinne einer Arbeitsbeschaffung im Lande Niederösterreich bewirken werden.

Wenn der Herr Landesrat Genner in seinen Ausführungen erwähnt hat, daß manche Posten des Budgets 1953 um einige hunderttausend Schilling geringer eingesetzt sind als sie im Jahre 1952 angesetzt waren, so kann ich ihm sagen, daß es kein Kunststück ist, aus einer Statistik das herauszulesen, was einem paßt. Herr Landesrat Genner, Sie haben die paar Posten herausgenommen, die klein gewesen sind, aber ich sage Ihnen eine einzige Post, die alles aufwiegt, und zwar ist es die Ausgabe, die wir im Jahre 1953 im Vergleich zu 1952 für die Wohnbauförderung geleistet haben. Während wir im Jahre 1952 26 Millionen Schilling plus spätere 9 Millionen Schilling, also insgesamt 35 Millionen Schilling, zur Verfügung gestellt haben, haben wir heuer bereits im ordentlichen Voranschlag mit 35 Millionen Schilling begonnen und enden jetzt mit den 15 Millionen Schilling, die wir am heutigen Tag beschließen, mit einer Summe von 50 Millionen Schilling. Sie sehen schon aus dieser einen Ziffer die Differenz, die zwischen den Jahren 1952 und 1953 gegeben ist, und ich könnte Ihnen das auch noch bei einer Reihe anderer Posten fortsetzen.

Darum bin ich zum Schluß der Meinung, daß die Mehrheit des Landtages, die ÖVP, mit dem aus ihren Reihen gestellten Finanzreferenten mit vollster Überlegung dieses Nachtragsbudget eingebracht hat, und zwar nicht nur um Ordnung in den Finanzen des Landes zu halten, sondern um auch Arbeit in unserem Lande Niederösterreich zu schaffen. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*Schlußwort*): Ich verzichte.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet. Wir kommen nun zur Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich beabsichtige bei der Spezialdebatte die Behandlung des Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1953 in der Weise vorzunehmen, daß zunächst die Überschreitungen des ordentlichen Voranschlages nach Gruppen, die Überschreitungen des außerordentlichen Voranschlages unter einem und dann die Nachtragskredite zum ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag unter einem beraten werden, weil es sich bei den Überschreitungen um Änderungen bereits bewilligter Ansätze des Landesvoranschlages, bei den Nachtragskrediten dagegen um neue Ansätze im Voranschlag des Landes für das Jahr 1953 handelt.

Die Beschlußfassung über diese Teile der Vorlage will ich in der Weise führen lassen, daß über die Überschreitungen im ordentlichen Voranschlag nach Gruppen, über jene im außerordentlichen Voranschlag unter einem und über die Nachtragskredite des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages unter einem abgestimmt wird.

Wir gelangen nun zur Beratung über die Überschreitungen bei den einzelnen Gruppen des ordentlichen Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Kuchner, zur Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: In der Gruppe 0 des ordentlichen Voranschlages sind bei folgenden Voranschlagsansätzen Überschreitungen vorgesehen:

000—11, Landtag, Entschädigung für die Mitglieder des Landtages von Niederösterreich, 50.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

001—11, Landtagskanzlei, Aufwandsentschädigungen, 1000 S; zu geringe Präliminierung.

01—00, Landesregierung, Bezüge der Landesregierungsmitglieder, 10.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

Mit der gleichen Begründung sollen noch folgende Voranschlagsansätze erhöht werden:

02—01, Amt der Landesregierung, pragmatische Bedienstete, um 1.500.000 S.

02—02, Amt der Landesregierung, Dienst-

geberbeiträge zur Sozialversicherung der pragmatischen Bediensteten, um 80.000 S.

02—030, Amt der Landesregierung, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, um 30.000 S.

02—031, Amt der Landesregierung, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II, um 150.000 S.

02—040, Amt der Landesregierung, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema I, um 30.000 S, und endlich um 50.000 S beim Voranschlagsansatz 02—041, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema II.

02—15, Amt der Landesregierung, Beamenschulung, um 43.000 S. Da nunmehr weitere Kreise der Beamtenschaft in die Beamenschulung einbezogen wurden, kann mit den zur Verfügung gestellten Mitteln das Auslangen nicht gefunden werden. Die Beamenschulung selbst ist für das Amt von größter Bedeutung.

02—32, Amt der Landesregierung, Versicherungen, 3000 S. Mit 1. Jänner 1953 wurden die Versicherungssummen den tatsächlichen Werten angepaßt, was eine Erhöhung der Versicherungsprämien nach sich zog.

02—34, Amt der Landesregierung, Beleuchtung, Stromkosten, 80.000 S. Die im Jahre 1952 durchgeführte Umschaltung des Stromnetzes der Häuser Herrengasse 9, 11 und 13 verursachte auch noch im Jahre 1953 Ausgaben, die bei Erstellung des Voranschlages 1953 nicht berücksichtigt werden konnten.

02—37, Amt der Landesregierung, Instandhaltung der Gebäude und Anlagen, 200.000 S. Um den Raummangel in den Häusern Herrengasse 11 und 13 halbwegs zu beseitigen, mußten verschiedene Maurerarbeiten und im Zusammenhang damit Maler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt werden. Die Kosten hierfür können im laufenden Erfordernis keine Bedeckung finden.

03—01, Bezirkshauptmannschaften, Pragmatische Bedienstete, 400.000 S. Infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

03—02, Bezirkshauptmannschaften, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der pragmatischen Bediensteten, 50.000 S. Wieder auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

03—030, Bezirkshauptmannschaften, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, 250.000 S, und

03—040, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema I, 50.000 S.

03—20, Bezirkshauptmannschaften, Allgemeine Amtserfordernisse, 400.000 S. Die Kosten der Kennzeichentafeln wurden bisher vorschußweise vom Land getragen und nach Eingang bei den Bezirkshauptmannschaften wieder abgedeckt. Ab 1. Jänner 1953 erfolgt jedoch die Verrechnung wirksam, wodurch ein höherer Kreditbedarf entsteht. Diesen Mehrausgaben stehen jedoch gleich hohe Mehreinnahmen bei Voranschlagsansatz 941—53, Verwaltungsabgaben, entgegen.

040—01, Agrarbezirksbehörde, Pragmatische Bedienstete, 100.000 S. Wieder auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

040—02, Agrarbezirksbehörde, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der pragmatischen Bediensteten, 3000 S.

040—030, Agrarbezirksbehörde, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, 50.000 S.

040—040, Agrarbezirksbehörde, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema I, 5000 S.

041—030, Gebietsbauämter, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, 75.000 S. Wieder auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung und der Auffüllung des Standes.

041—31, Gebietsbauämter, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II, 55.000 S. Ebenfalls auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung und Auffüllung des Standes.

041—040, Gebietsbauämter, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema I, 7000 S.

041—041, Gebietsbauämter, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema II, 6000 S.

041—08, Gebietsbauämter, Sonstige persönliche Ausgaben, 7000 S. Für die Überstundenentschädigung der Kraftwagenlenker war im Voranschlag 1953 keine Vorsorge getroffen worden.

08—08, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, Gnadepensionen und Gnadengaben, 60.000 S. Die sinngemäße Anwendung der Bezugszuschlagsverordnung ergibt den Mehraufwand.

Es sind somit in der Gruppe 0 Überschreitungen im Personalaufwand mit 3.238.000 S und im Sachaufwand mit 777.000 S vorgesehen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte über diese Gruppe einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zu Gruppe 0 liegt keine Wortmeldung vor. Ich ersuche daher den Herrn Referenten Abgeordneten Kuchner, zu Gruppe 2, Schulwesen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: In der Gruppe 2 sind bei folgenden Voranschlagsansätzen Überschreitungen vorgesehen:

2119—75, Beitrag zum Aktivitätsaufwand der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen, im Sachaufwand 1.000.000 S. Die Abrechnung für das Jahr 1952 ergab eine Vorschreibung von 2.258.537 S, für welche im Voranschlag nicht Vorsorge getroffen war.

230—02, Berufsschulen, Allgemeine Verwaltung, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der pragmatischen Bediensteten, im Personalaufwand 1000 S. Die Überschreitung ergibt sich infolge Unterpräliminierung.

230—030, Berufsschulen, Allgemeine Verwaltung, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, 1000 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

230—030, Berufsschulen, Allgemeine Verwaltung, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II, 1000 S.

230—041, Berufsschulen, Allgemeine Verwaltung, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema II, 200 S.

231—01, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Pragmatische Bedienstete, 500 S.

231—02, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der pragmatischen Bediensteten, 100 S.

231—030, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, 4000 S.

231—031, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II, 500 S.

231—040, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema I, 1000 S.

231—041, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema II, 100 S.

231—63, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Erziehung und Unterricht, einschließlich Lehrwerkstättenunterricht, im

Sachaufwand 200.000 S. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, den Lehrmittelbedarf der Lehrwerkstätten zu decken.

231—77, Allgemeine gewerbliche Berufsschulen, Erstattung an andere Schulträger, 42.000 S. Infolge Erhöhung der Gastschulbeiträge wird diese Überschreitung im Sachaufwand beantragt.

2410, Landes-Fachschule für das Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen an der Ybbs, im Personalaufwand 21.500 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

2430, Landes-Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe in Hollabrunn, im Personalaufwand 36.500 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung und der Dienstzeitanrechnung.

231—76, Beitrag zum Personalaufwand der allgemeinen gewerblichen Berufsschulen, 300.000 S. Laut Beschluß des Finanzausschusses vom 22. Oktober 1953.

Insgesamt sind in der Gruppe 2 Überschreitungen im Personalaufwand mit 67.400 S und im Sachaufwand mit 1.542.000 S zu verzeichnen. Ich bitte, die Debatte aufzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zur Gruppe 2, Schulwesen, ist niemand zum Wort gemeldet.

Ich ersuche den Herrn Referenten Abgeordneten Kuchner, zu Gruppe 3, Kulturwesen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Bei Gruppe 3, Kulturwesen, ergeben sich folgende Überschreitungen:

3110—00, Landesmuseum, Personalaufwand, 10.000 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

3120—00, Landesbibliothek, Personalaufwand, 5000 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

361—00, Landesarchiv, Personalaufwand, 35.000 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

Bei dieser Gruppe wären sohin insgesamt Überschreitungen im Personalaufwand von 50.000 S zu bewilligen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zur Gruppe 3, Kulturwesen, hat sich niemand zum Wort gemeldet. Ich bitte daher den Herrn Berichterstatter Abg. Kuchner, zur Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Bei Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, ergeben sich Überschreitungen bei folgenden Voranschlagsansätzen:

441—62, Kosten der Heilbehandlung Tuberkulöser in fremden Anstalten, im Sachaufwand 200.000 S; infolge Erhöhung der Richtsätze für Verpflegskosten in Heilstätten und Krankenanstalten.

441—63, Kosten der wirtschaftlichen Fürsorge für Tuberkulose, im Sachaufwand 200.000 S. Infolge Neufestsetzung der Richtlinien für die wirtschaftliche Hilfe ab 1. Jänner 1953 sind die Verpflegskosten in Krankenanstalten, welche für Angehörige Tuberkulöser in Anstaltspflege auflaufen, durch das Land zu tragen.

4540, Landes-Siechenanstalt in St. Andrä vor dem Hagentale, im Personalaufwand 40.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

4541, Landes-Siechenanstalt in Mistelbach, im Personalaufwand 25.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

462—64, Beihilfen für Lehrlinge, im Sachaufwand 60.000 S. Da die Anzahl der bedürftigen Lehrlinge sehr groß ist, wurden die für das Jahr 1953 vorgesehenen Kreditmittel bereits bis Ende Juli l. J. verbraucht. Um die Aktion weiterführen zu können, sind weitere Mittel erforderlich.

4810, Landes-Säuglingsheim Schwedenstift in Perchtoldsdorf, im Personalaufwand 35.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

483—01, Kindergärten und Horte, Pragmatische Bedienstete, im Personalaufwand 30.000 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

483—030, Kindergärten und Horte, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, im Personalaufwand 60.000 S; wieder auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 und Aufnahme von Vertragsbediensteten zu Lasten pragmatischer Dienstposten.

483—040, Kindergärten und Horte, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema I, im Personalaufwand 2000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

483—050, Kindergärten und Horte, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, im Personalaufwand 20.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

483—06, Kindergärten und Horte, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Pensionisten, im Personalaufwand 1000 S; wieder auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

4851, Landes-Erziehungsheim Hollabrunn, im Personalaufwand 45.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 und Nebengebührenregelung.

4852, Landes-Erziehungsheim Reichenauerhof in Waidhofen an der Ybbs, im Personalaufwand 60.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 und Nebengebührenregelung.

4853, Landes-Erziehungsheim in Allentsteig, im Personalaufwand 15.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

Somit schließt die Gruppe 4 mit Überschreitungen im Personalaufwand von 333.000 S und im Sachaufwand von 460.000 S. Ich bitte die Debatte zu eröffnen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zur Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, ist niemand gemeldet. Ich ersuche Herrn Abg. Kuchner, zur Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Bei der Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, wären Überschreitungen bei folgenden Voranschlagsansätzen zu bewilligen:

5210: Landes-Krankenanstalt Speising in Wien XIII, im Personalaufwand 360.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

5211, Landes-Krankenanstalt in Tulln, im Personalaufwand 70.000 S; wieder auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

5251, Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Gugging, im Personalaufwand 200.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Gugging, im Sachaufwand 200.000 S; infolge Erhöhung des Verpflegsstandes. Den Mehrkosten stehen gleich hohe Mehreinnahmen gegenüber.

Die Gruppe 5 würde daher mit Überschreitungen im Personalaufwand von 630.000 S und im Sachaufwand von 200.000 S abschließen. Ich bitte die Debatte darüber zu eröffnen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zur Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, ist niemand zum Wort gemeldet. Ich ersuche den Herrn Referenten Abg. Kuchner, zur Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: In der Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, sind Überschreitungen unter den folgenden Voranschlagsansätzen zu verzeichnen:

660—01, Straßen, Plätze und Brücken, Allgemeine Verwaltung, Pragmatische Bedienstete, im Personalaufwand 290.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 und Auffüllung des Standes.

660—02, Straßen, Plätze und Brücken, Allgemeine Verwaltung, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der pragmatischen Bediensteten, im Personalaufwand 7000 S; wieder auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 und Auffüllung des Standes.

660—030, Straßen, Plätze und Brücken, Allgemeine Verwaltung, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, im Personalaufwand 10.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

660—040, Straßen, Plätze und Brücken, Allgemeine Verwaltung, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema I, im Personalaufwand 1000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

661—031, Landstraßen I. und II. Ordnung, Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II, im Personalaufwand 1.500.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 und Dienstzeitanrechnungen. Des weiteren wurden Pragmatisierungen, die per 1. Jänner 1953 angenommen wurden, erst später oder überhaupt noch nicht durchgeführt.

661—041, Landstraßen I. und II. Ordnung, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungsschema II, im Personalaufwand 600.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 und Dienstzeitanrechnungen. Des weiteren wurden Pragmatisierungen, die per 1. Jänner 1953 angenommen wurden, erst später oder überhaupt noch nicht durchgeführt.

661—050, Landstraßen I. und II. Ordnung, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, im Personalaufwand 200.000 S; infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

661—20, Landstraßen I. und II. Ordnung, Allgemeine Amtserfordernisse, im Sachaufwand 28.000 S; die Kosten der Ausschreibungsdrucksorten wurden bisher netto ver-

rechnet. Die Mehrkosten ergeben sich aus der Bruttoverrechnung. Den Mehrkosten stehen gleich hohe Mehreinnahmen gegenüber.

661—30, Landstraßen I. und II. Ordnung, Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenützungskosten, im Sachaufwand 210.000 S. Durch verschiedene unbedingt notwendig gewordene Instandsetzungen, Zu- und Umbauten kann mit dem vorhandenen Kredit das Auslangen nicht gefunden werden.

661—40, Landstraßen I. und II. Ordnung, Kraftfahrwesen, im Sachaufwand 240.000 S. Infolge des größeren Bauvolumens war zur Beaufsichtigung der Bauten eine öftere Be- reisung der Baustellen notwendig. Daraus er- geben sich vermehrte Benzinkosten.

661—62, Landstraßen I. und II. Ordnung, Instandsetzung und Umbau von Landstraßen I. und II. Ordnung, sowie von Bezirksstraßen, im Sachaufwand 6,281.000 S. Durch die Bruttoverrechnung der Gemeindebeiträge er- gibt sich zwangsläufig diese Überschreitung. Es stehen dem jedoch entsprechende Mehr- einnahmen bei Voranschlagsansatz 661—62 gegenüber. Zu einem Teil ergibt sich der Mehrbedarf aus unvorhergesehenen Aus- gabenerhöhungen bei einigen Baulosen.

661—63, Landstraßen I. und II. Ordnung, Behebung von Elementarschäden und Winter- dienst, im Sachaufwand 2,025.000 S. Durch die verschiedenen Unwetterkatastrophen der vergangenen Jahre haben sich Straßenschäden ergeben, die mit den gewährten Mitteln nicht beseitigt werden konnten.

664—75, Beiträge zu den Kosten für Gemeindewege und Gemeindebrücken, im Sachaufwand 20.000 S. Dieser verhältnis- mäßig geringe Betrag ist notwendig, um schon länger zurückliegende Ansuchen be- friedigen zu können.

6701—40, Außendienststelle „Werkzeug- depot Plosdorf“, Kraftfahrwesen, im Sach- aufwand 30.000 S. Die Mehrkosten ergeben sich aus dem unbedingten Bedarf.

6701—61, Außendienststelle „Werkzeug- depot Plosdorf“, Ergänzung des Bestandes an Baugeräten sowie an Baumaschinen und Werkzeugmaschinen, im Sachaufwand 100.000 S. Desgleichen

6701—62, Außendienststelle „Werkzeug- depot Plosdorf“, Instandhaltung der Bau- geräte, Baumaschinen und Werkzeug- maschinen einschließlich Ergänzung der Werkzeuge, im Sachaufwand 60.000 S. Für beide Beträge gilt folgende Begründung: Infolge Inanspruchnahme der Werkzeuge auch während des Winters (Winterarbeits-

programm 1953) ergab sich ein erhöhter Bedarf. Entsprechend den Mehrausgaben sind auch die Einnahmen bei Voranschlags- ansatz 6701—51 höher.

671—64, Beiträge zu den Kosten der Er- haltung von Wasserbauten, die das Land Niederösterreich als Rechtsnachfolger der ehemaligen Straßenkonkurrenzbezirke leistet, im Sachaufwand 325.000 S. Infolge der Un- wetterkatastrophen ergibt sich die Notwen- digkeit dieser Erhöhungen.

Somit schließt die Gruppe 6 mit Über- schreitungen im Personalaufwand von 2,608.000 S, im Sachaufwand von 9,319.000 S. Ich bitte, die Debatte hierüber einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zur Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungs- wesen, ist niemand zum Wort gemeldet. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Ab- geordneten Kuchner, zur Gruppe 7, Öffent- liche Einrichtungen und Wirtschaftsförde- rung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Bei Gruppe 7 ergeben sich Überschreitungen bei folgenden Voranschlagsansätzen:

7311—02, Ent- und Bewässerung, Dienst- geberbeiträge zur Sozialversicherung der pragmatischen Bediensteten, im Personalauf- wand 500 S. Der bewilligte Kredit war zu gering präliminiert.

7311—030, Ent- und Bewässerung, Ver- tragsbedienstete nach Entlohnungsschema I, 3000 S.

7311—040, Ent- und Bewässerung, Dienst- geberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Entlohnungs- schema I, 300 S.

733—030, Güter- und Alpwege, Vertrags- bedienstete nach Entlohnungsschema I, 2000 S.

Sämtliche auf Grund der Bezugszuschlags- verordnung 1953.

741—62, Kosten der Einführungs- und Weiterführungskurse für Pflichtschullehr- kräfte, welche zur Mitarbeit an den land- wirtschaftlichen Fortbildungsschulen heran- gezogen werden, im Sachaufwand 45.000 S. Mit Rücksicht auf die Ausbreitung des land- wirtschaftlichen Fortbildungsschulwesens mußte eine größere Anzahl von Pflichtschul- Lehrern, als vorgesehen war, weitergebildet werden.

7420—75, Beitrag zum Personalaufwand der bäuerlichen Fachschulen, Sachaufwand, 90.000 S. Infolge Erhöhung der Bezüge auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

7420—76, Beitrag zu den Reise- und Übersiedlungsgebühren der Lehrkräfte an bäuerlichen Fachschulen, im Sachaufwand 15.000 S. Der Anfall an Reise- und Übersiedlungskosten ist höher, als angenommen wurde.

7421, Bäuerliche Fachschule in Bruck an der Leitha, im Personalaufwand 2000 S. Auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

7423, Bäuerliche Fachschule in Gießhübel bei Amstetten, Personalaufwand, 2000 S.

7426, Bäuerliche Fachschule in Krems an der Donau, Personalaufwand, 40.000 S.

7432, Bäuerliche Fachschule in Retz, Personalaufwand 5000 S.

7433, Bäuerliche Fachschule in Tulln, Personalaufwand, 1000 S.

7434, Bäuerliche Fachschule in Tullnerbach, Personalaufwand, 30.000 S.

Sämtliche Überschreitungen auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953.

Die Überschreitungen betragen daher in der Gruppe 7 im Personalaufwand 86.300 S, im Sachaufwand 150.000 S.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zur Gruppe 7 ist niemand zum Wort gemeldet. Wir kommen sohin zur Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung. Ich ersuche den Herrn Referenten Abg. Kuchner, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Zu den Voranschlagsansätzen der Gruppe 9 sind folgende Überschreitungen beantragt:

921—31, Hausbesitz, Hauserfordernisse, im Sachaufwand 9000 S; infolge Ankaufes des Schlosses Scheibbs. Den Ausgaben stehen entsprechende Mehreinnahmen bei Miete und Pacht entgegen.

921—32, Hausbesitz, Versicherungen, 1000 S.

921—37, Hausbesitz, Instandhaltung der Gebäude und Anlagen, im Sachaufwand 374.000 S. Gemäß Entscheidung der Mietkommission des Bezirksgerichtes Scheibbs muß eine generelle Instandsetzung des Schlosses Scheibbs durchgeführt werden.

Es ist daher im Kapitel 9 eine Überschreitung im Sachaufwand mit 384.000 S vorgesehen.

Ich bitte, die Debatte darüber aufnehmen zu wollen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Auch zu dieser Gruppe ist niemand zum Wort gemeldet.

Wir kommen nun zur Beratung der Überschreitungen im außerordentlichen Vor-

anschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlungen hierüber einzuleiten. Die Debatte bitte ich sodann unter einem abzuführen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Im außerordentlichen Voranschlag sind Überschreitungen bei folgenden Voranschlagsätzen vorgesehen:

231—90, Wiederinstandsetzung, Ausbau und Neuerrichtung von Lehrwerkstätten an gewerblichen Berufsschulen und Landes-Berufsschulen, 160.000 S; zum Ankauf von Drehbänken an den Berufsschulen in Sankt Pölten und Stockerau sowie zur Errichtung einer Tischlerwerkstätte in Bruck an der Leitha und zum Ankauf von zwei Geräten (Abrichte und Bandsäge) für die Berufsschule in Krems an der Donau.

519—90, Einmaliger Beitrag zum Ausbau allgemeiner öffentlicher Krankenanstalten in Niederösterreich, 750.000 S; laut Beschluß des Finanzausschusses vom 22. Oktober 1953.

63—62, Für sonstige Siedlungszwecke, 3.000.000 S.

63—63, Für sonstige Wohnbauförderung, 12.000.000 S.

Für diese Beträge von 3 bzw. 12 Millionen Schilling erliegen beim Amt rund 2000 Ansuchen. Um nur die dringendsten Fälle erledigen zu können, sind diese Nachträge erforderlich.

661—61, Um- und Ausbau von Landstraßen I. und II. Ordnung sowie von Bezirksstraßen, 7.800.000 S. Der Betrag soll zur Ausweitung des Straßenbauprogrammes 1953 dienen.

666—61, Beiträge zu den Herstellungskosten von Güterwegen, 1.350.000 S; laut Beschluß des Finanzausschusses vom 22. Oktober 1953.

671—61, Beiträge zu den Kosten von Fluß- und Bachregulierungen, Uferbruchverbauungen, Dammerstellungen und Dammicherungen, 1.361.500 S. Es handelt sich hierbei um dringendst notwendige Behebungen von Hochwasserschäden.

68—61, Beiträge zu den Kosten für Wasserversorgungen, 300.000 S.

68—75, Beiträge zu den Kosten für Kanalisierungen, 300.000 S.

Die zur Verfügung stehenden Mittel sind durch die in Arbeit befindlichen Bauten gebunden. Um weitere Bauvorhaben noch in diesem Jahre beginnen zu können, sind weitere Kreditmittel erforderlich.

7311—61, Beiträge zu den Kosten der Ent- und Bewässerung, 4.500.000 S. Mit Rücksicht auf die große Anzahl der vorliegenden Ansuchen sind zusätzliche Mittel erforderlich, um wenigstens die dringendsten Fälle erledigen zu können.

7319—64, Beiträge zu den Kosten für Kleinkraftanlagen und Elektroversorgungen, 1.400.000 S; zur Vollendung der begonnenen Vorhaben sowie zur Bewilligung der dringendsten nicht erledigten Ansuchen.

7319—67, Notstandsmaßnahmen und Unterstützungen aus Anlaß von Elementarschäden, 2.000.000 S; zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen bis 10.000 S im Einzelfall an Opfer der heurigen Unwetterkatastrophen, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist.

7420—90, Zum Ausbau der bäuerlichen Fachschulen, 1.900.000 S. Diese Überschreitung dient in der Hauptsache zur Weiterführung des Um- und Ausbaues der bäuerlichen Fachschulen in Mistelbach und Edelhoferhof.

75—61, Beiträge zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, 500.000 S; laut Beschluß des Finanzausschusses vom 22. Oktober 1953.

Im außerordentlichen Voranschlag wäre daher für Überschreitungen in der Höhe von 37.321.500 S die Bewilligung zu erteilen.

Ich bitte, die Debatte über diesen außerordentlichen Voranschlag aufzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. W o n d r a k.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! In den letzten Wochen wurde wiederholt davon geredet, daß es Absicht des Landes Niederösterreich sei, eine großzügige Aktion zu unternehmen, damit es gelingt, verschiedene unbedingt notwendig gewordene Wasserschutzbauten in Niederösterreich durchzuführen. Diese Notstandsmaßnahmen sind in erster Linie durch die Unwetterkatastrophe, die wir im heurigen Sommer gehabt haben, ausgelöst worden. Immer wieder hat sich erwiesen, daß die Durchführung der Arbeiten auf kurzen Teilstrecken gefährdet ist, wenn mitten in der Bauperiode ein großes Unwetter losbricht. Es ist daher heute die allgemeine Ansicht der Fachkreise, daß es notwendig ist, diese Arbeiten in großzügiger Form durchzuführen, damit nicht immer wieder die Arbeiten, die auf kleinen Teilstrecken gemacht worden sind, durch ein Unwetter vernichtet werden. Nun ist es aber nach unserer Meinung notwendig, nachdem

wochenlang darüber gesprochen worden ist, daß man auch zu handeln beginnt und endlich darnach trachtet, diese Aktion auch wirklich durchzuführen, und daß weiter die notwendigen Kreditverhandlungen in Angriff genommen sowie das Einverständnis des Bundes und der Interessenten hierzu so rasch als möglich eingeholt werden. Wer die Dinge kennt, weiß, daß nicht nur das Land, sondern auch der Bund auf den Kreditweg wird angewiesen sein, aber es ist auch unbestritten, daß die Interessenten — das sind vorwiegend die an den Bächen und Flüssen gelegenen Gemeinden — ebenfalls genötigt sein werden, Kredite in Anspruch zu nehmen. Es wäre daher zweckmäßig, wenn nun der Anstoß gegeben wird, daß dieses Vorhaben endlich aus dem Stadium des Redens hinübergeführt wird in das Stadium der Verwirklichung.

Der Betrag von 60 Millionen Schilling, der für diese Bauten ungefähr notwendig ist, soll auf eine Bauzeit von ungefähr drei Jahren aufgeteilt werden. Dieser Umstand läßt es ohne weiteres zu, daß das Land Niederösterreich jetzt schon vorsorgt, daß die Rate für das erste Baujahr sofort sichergestellt wird, damit die übrigen Beteiligten, insbesondere der Bund erkennen, daß diese Notstandsmaßnahme, die vor allem in den Wintermonaten durchgeführt werden könnte, eine unbedingte Notwendigkeit ist, und daß es für das Land Niederösterreich blutiger Ernst ist, daß diese Arbeiten begonnen werden. Ich glaube, es ist nicht notwendig, darüber viele Worte zu verlieren, denn es ist heute wiederholt angedeutet worden, daß dieses Programm der Durchführung harrt. Es muß daher darnach getrachtet werden, daß diese Arbeiten auch tatsächlich in Angriff genommen werden.

Ich gestatte mir daher folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

„Im außerordentlichen Voranschlag wird zu der bei Voranschlagsansatz 671—61 vorgesehenen Überschreitung von 1.361.500 S zwecks unverzüglicher Inangriffnahme folgender Wasserbauvorhaben:

1. Schmidaregulierung, Perzendorf—Absdorf;
2. Kremsumlegung und Donau-Hochwasserschutzdamm, Krems—Theiß;
3. Melkregulierung, II. Teilstrecke;
4. Nadelbach, Hochwasser-Rückhaltedamm in St. Pölten;
5. Loisbach, Hochwasser-Rückhaltebecken in Langenlois;
6. Senningbachregulierung, Stockerau—Streitdorf;

7. Schwarza-Instandsetzung im Gebiet Neunkirchen;

8. Gölsenregulierung, St. Veit—Wiesenfeld;

9. Pielachregulierung bei Wimpassing an der Pielach

als erste Rate des auf das Land Niederösterreich entfallenden Erfordernisses eine weitere Überschreitung in der Höhe von 7.600.000 S bewilligt.“

Ich glaube, daß es zweckmäßig ist, daß diese Vorsorge getroffen wird. Nachdem dieser Betrag sicherlich im Kreditweg beschafft werden muß, bin ich überzeugt, daß der Hohe Landtag dem Antrag zustimmt, damit nun die Verhandlungen in Fluß kommen und die notwendigen Arbeiten in Angriff genommen werden können. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. B a c h i n g e r.

Abg. BACHINGER: Hohes Haus! Es ist zu begrüßen, daß bei Voranschlagsansatz 7420—90, der den Ausbau von landwirtschaftlichen Schulen beinhaltet, ein Mehrbetrag von 1.900.000 S eingesetzt wurde. Dieser Betrag soll größtenteils dem Ausbau der Schulen in Mistelbach und Edelhof dienen. Ich glaube, ich brauche die Bedeutung der landwirtschaftlichen Schulen für die Landwirtschaft nicht besonders zu begründen, weil darüber schon zur Genüge gesprochen worden ist. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß diese landwirtschaftlichen Schulen deswegen von besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft sind, weil sie den jungen Landwirten, denen es nicht möglich war, außer der Volks- und Hauptschule noch andere Schulen zu besuchen, die Möglichkeit geben, in den landwirtschaftlichen Schulen nicht nur die Praxis, sondern auch die Theorie zu erlernen. Nach Absolvierung dieser Schulen werden diese jungen Menschen mit neuem Eifer in ihre Wirtschaften zurückkehren und sie werden mit dem erlernten Wissen in der jetzigen ernsten Zeit allen auftretenden Schwierigkeiten in der Landwirtschaft entgegenzutreten können. Es ist daher zu begrüßen, daß sich der Finanzreferent und der Referent für die landwirtschaftlichen Schulen bemüht haben, die Landwirtschaft in dieser Notzeit entsprechend zu unterstützen. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. S t a f f a.

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Ich glaube, daß wir bei der Beratung dieses Nachtragsbudgets doch auch auf einen Übel-

stand aufmerksam machen müssen, der schon einige Male in Niederösterreich aufgetaucht ist und der, wie ich glaube, bei einigem guten Willen sicherlich abgestellt werden könnte. Wir beraten Jahr für Jahr unsere Voranschläge und haben Jahr für Jahr unsere üblichen Nachtragsbudgets. Wir geben doch ziemlich große Summen für arbeitbeschaffende Zwecke aus und ich glaube daher, daß bei der Vergebung von Arbeiten für das Land Niederösterreich in erster Linie jene Firmen berücksichtigt werden sollen, die ihren Sitz im Lande Niederösterreich haben. Ich glaube nicht, daß es unbedingt notwendig ist, daß man beispielsweise die Arbeiten an einer Straße bei Wiesenbach einer Arbeitsgemeinschaft übergibt, die aus der Firma Kapsreiter aus Oberösterreich und einer Firma Kohlmayer aus Wien besteht. Ich bin der Meinung und mit mir das gesamte Haus, daß es sicher auch in Niederösterreich konkurrenzfähige Firmen geben dürfte, die bereit wären, diese Arbeitsaufträge unter den gleichen Bedingungen zu übernehmen, wie es die genannten Firmen, die nicht in Niederösterreich ihren Sitz haben, getan haben.

Darüber hinaus möchte ich aber noch folgendes sagen. Wir haben heute sehr viel über die Arbeitslosigkeit und ihr drohendes Anwachsen gehört. Es war der Herr Abgeordnete Hilgarth, der sich bemüht hat, nachzuweisen, daß eigentlich der Beschäftigtenstand in Niederösterreich nur um 0,7 Prozent niedriger ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ja, er hat sich sogar im Laufe seiner weiteren Ausführungen dazu verstiegen, zu behaupten, es sei sogar anzunehmen, daß durch verschiedene Maßnahmen derzeit der Beschäftigtenstand höher sein dürfte, als er im Vorjahre zur gleichen Zeit war. Ich kann das momentan nicht überprüfen, aber ich bin überzeugt, wenn diese Annahme auch für den niederösterreichischen Durchschnitt Geltung haben sollte, dann bestimmt nicht für die Notstandsgebiete in Niederösterreich! Ich meine da das Gebiet um Wiener Neustadt, die Gebiete des Triesting- und Traisentalles, die als ausgesprochene Notstandsgebiete angesprochen werden müssen.

Wir sind daher der Meinung, daß vor allem in diesen Gebieten etwas für die Arbeitsbeschaffung getan werden müßte, und daß man alles versuchen sollte, gerade in jenen Gebieten etwas zu tun, in denen die Arbeitslosigkeit schon heute ein sehr bedrohliches Ansteigen zeigt. Wenn man beispielsweise weiß, daß beim Arbeitsamt Wiener Neustadt heute schon 1000 arbeitslose Bauarbeiter gemeldet sind, dann kann man sich belläufig vorstellen, welches Ausmaß die Arbeitslosig-

keit in jenen Gebieten noch annehmen wird. Es wird ja erst in ein oder zwei Monaten der große Abbau bei den verschiedenen Baufirmen erfolgen.

Ich möchte mir daher erlauben, im Zusammenhang mit diesem Nachtragsbudget einen Antrag zu unterbreiten. Wir wissen genau, daß es ein Unsinn wäre, Anträge zu stellen, deren Verwirklichung unmöglich wäre. Wir bescheiden uns daher, nur solche Anträge vorzulegen, von denen wir annehmen und auch mit Recht annehmen können, daß sie verwirklicht werden können und müssen.

Ich beantrage daher (*liest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1954 Vorsorge zu treffen, daß für Flußregulierungen und Uferbruchverbauungen an den in den besonderen Notstandsgebieten gelegenen Wasserläufen, und zwar insbesondere an der Triesting, Piesting, Traisen, Schwechat und Leitha, angemessene Beiträge des Landes eingesetzt werden.“

Ich glaube, Hohes Haus, daß es kein unbilliges Verlangen ist, wenn man endlich auch für die Notstandsgebiete Vorsorge trifft. Arbeitsmöglichkeiten gibt es in diesen Gebieten genügend. Es kommt nur darauf an, diese Möglichkeiten auszunützen und die dazu nötigen Gelder bereitzustellen, um den Gebieten, die wirklich schwere Not leiden — und die Bewohner dieser Gebiete sind bestimmt genau so gute Niederösterreicher wie die aller übrigen Gebiete unseres Landes —, Hilfe angedeihen zu lassen.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu diesem Antrag. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. Ing. H i r m a n n.

Abg. Ing. HIRMANN: Hoher Landtag! Es ist das Erfreuliche der heutigen Debatte in diesem Hause, daß die Meinung aller Abgeordneten dahin gegangen ist, daß alles getan werden muß, um die Arbeitslosigkeit so weit als möglich zu senken. Die Meinung geht eigentlich nur darüber auseinander, auf welche Art und Weise es geschehen soll, und ob es nicht zweckmäßig wäre, wie der Herr Abg. Wondrak gesagt hat, zuerst eine Planung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit über die Verwendung der vorhandenen Mittel durchzuführen. Ich bin der Meinung, daß jede Planung notwendigerweise Zeit braucht, ja daß jede Planung sehr viel Zeit braucht, wenn sie wirklich durchgreifend sein soll. Ich bin aber auch der Meinung, daß die vorhandenen Mittel zur Gänze ohne vorherige Planung verwendet

werden können, um jene Arbeiten durchzuführen, die bisher einfach deswegen nicht durchgeführt werden konnten, weil zu wenig Mittel vorhanden waren. Ob es nun beispielsweise bei der Begründung des Nachtragskredites für Wohnbauförderung heißt, es liegen noch rund 2000 Ansuchen, die bisher nicht erledigt werden konnten, so handelt es sich hierbei um solche Ansuchen, die jederzeit, wenn die Mittel flüssig gemacht werden, sofort in die Tat umgesetzt werden können. Aber auch alle anderen Mittel des Nachtragsbudgets, die jetzt in der allernächsten Zeit ins Rollen kommen werden — um den Ausdruck noch einmal zu gebrauchen —, können sofort, ohne vorerst irgendwelche Erhebungen und Planungen durchzuführen, dazu verwendet werden, um Arbeit zu schaffen und damit die Arbeitslosigkeit herabzusetzen.

Besonders erfreulich ist es natürlich, daß ein beträchtlicher Teil der nun zur Verfügung stehenden Mittel dazu verwendet werden kann, um produktive Arbeiten, das heißt, solche Arbeiten durchzuführen, die, wenn sie einmal fertig sind, wieder beitragen, die Produktion des ganzen Landes zu heben. Und hier möchte ich besonders auf jene Mittel hinweisen, die mit den Beiträgen des Landes von 4½ Millionen Schilling zu den Kosten der Ent- und Bewässerung gegeben werden.

Herr Abg. Genner hat wieder einmal darauf hingewiesen, daß ein großer Fehler unserer Wirtschaftspolitik darin bestehe, daß der Osthandel so sehr vernachlässigt wird. Nun, wir wissen ja alle, welche Gründe dafür maßgebend sind, daß es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, den Handel mit dem Osten, der ja vor 1938 immerhin einen sehr beträchtlichen Teil unseres Handelsvolumens ausmachte, so in Gang zu bringen, wie wir es selber wünschen. Und wenn der Herr Abg. Genner heute darauf hingewiesen hat, daß es besonders notwendig wäre, Futtermittel aus dem Osten einzuführen, so erlaube ich mir darüber etwas skeptisch zu sein, und zwar mit Rücksicht darauf, was wir in den letzten Wochen über die verschiedenen Maßnahmen auf dem Sektor der Agrarwirtschaft in eben diesen Oststaaten gelesen haben. Dort hieß es immer, daß neue Maßnahmen durchgeführt werden müssen, um die Produktion auf diesem oder jenem Sektor „endlich“ zu heben. Ob es sich um die Produktionssteigerung der Viehwirtschaft, der Erzeugung von Futtermitteln oder irgend etwas anderem handelt, alles müsse gehoben werden, um, wie es dann immer abschließend heißt, einen Überschuß zu erzielen. Es wird daher sehr schwer sein, aus der noch nicht

genügenden Produktion dieser Länder das zu bekommen, was wir brauchen. (*Landesrat Genner: Aber England bezieht 7,5 Millionen Tonnen! — Lesen Sie die Rede des Handelsministers! — Abg. Dubovsky: Der Illig ist anderer Meinung!*)

Mit der Bereitstellung dieser Mittel für Ent- und Bewässerungen erreichen wir aber auch, daß wir einen beträchtlichen Teil von jenem neuen Bundesland schaffen, von dem wiederholt gesprochen worden ist, denn Ent- und Bewässerung heißt in der letzten Auswirkung nichts anderes als Freimachung oder Neuschaffung von Flächen für die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten.

Ich darf in diesem Zusammenhang, obwohl es ja nicht zu meinem Fachgebiet gehört, mit besonderer Freude darauf hinweisen, daß auch der Wohnungsbau mit einer beträchtlichen Summe dotiert werden konnte. Ich bin überzeugt, daß dadurch einer großen Anzahl von Arbeitskräften länger, als es sonst möglich gewesen wäre, Arbeit gegeben werden kann, und daß damit auch ein großes Ziel, das wir seit Jahren verfolgen, nämlich daß wieder eine Anzahl von Menschen in den Besitz eines eigenen Heimes kommen, seiner Verwirklichung nähergebracht werden kann.

Die Freimachung eines Betrages von zwei Millionen Schilling für die Gewährung von unverzinslichen Darlehen an die von den Katastrophen dieses Jahres heimgesuchten Gebiete ist sicher (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Eine Demagogie!*), das muß zu gegeben werden, keine ausreichende Hilfe. Es ist aber selbstverständlich nicht möglich, allen Anforderungen voll und ganz zu entsprechen; das gelingt bekanntlich niemandem.

Ich möchte jetzt nur noch kurz auf den Antrag des Herrn Präsidenten Wondrak zurückkommen, der verlangt, daß zusätzlich ein Betrag von 7,6 Millionen Schilling bewilligt wird, um, wie er sagte, das schon mehrfach besprochene große 60-Millionen-Projekt für Wasserbauten endlich beginnen zu können. Wir sind der Ansicht, daß dieses große Projekt ein ganz anderes Projekt darstellt, das in den Rahmen dieses Nachtragsbudgets gar nicht hineinpaßt. Sie können sicher sein, meine Herren, daß dieses Projekt, das der Initiative der Österreichischen Volkspartei entspringt (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Vorläufig bestehend aus einem Brief an die Bundesregierung!*), in sehr kurzer Zeit vorgelegt wird (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Heute müssen Sie Farbe bekennen*), und zwar mit allen Bauplänen und Finanzierungsplänen. (*Abgeordneter Staffa: In Krems davon so laut zu sprechen und jetzt nicht Farbe bekennen!*)

Daher hält es meine Fraktion nicht für notwendig, für den Antrag des Präsidenten Wondrak zu stimmen, weil er ja in kurzer Zeit eine andere Lösung finden wird. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Also Sie stimmen gegen den Vorschlag des Herrn Landeshauptmannes selbst!*) Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, Sie können vollständig beruhigt sein, ich stimme nicht gegen den Vorschlag des Herrn Landeshauptmannes, denn, wie ich gesagt habe, die nahe Zukunft wird es ja beweisen, ob Sie recht haben oder wir. (*Abg. Staffa: Der Wecker hat nicht geläutet!*) Dazu möchte ich sagen, daß wir Landwirte gar keinen Wecker brauchen, weil wir in der Früh nicht geweckt werden müssen, denn wir sind gewohnt, früh aufzustehen! (*Beifall rechts.*) Jedenfalls sind wir der Überzeugung — und wir hoffen, daß Sie derselben Überzeugung sind —, daß dieses Nachtragsbudget wesentlich dazu beitragen wird, um die Arbeitslosigkeit in unserem Lande zu senken. (*Beifall bei der Volkspartei.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Ich möchte noch einmal auf die Frage zurückkommen, die mit dem Antrag des Herrn Abg. Wondrak zusammenhängt. Dies nicht nur deshalb, weil diese 7,6 Millionen Schilling eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung darstellen, sondern auch deshalb, weil uns bereits vor langer Zeit, nämlich vor Monaten, vom Herrn Landeshauptmann anlässlich einer Vorsprache mitgeteilt wurde, daß in allernächster Zeit ein gewaltiges Arbeitsprogramm in Szene gehen wird. Wir sind ja schließlich erwachsene Menschen und glauben, daß man uns ein solches Versprechen nicht ohne weiteres gibt, wenn nicht reale Grundlagen dafür vorhanden sind. Nun müssen wir aber immer mehr und mehr sehen und uns davon überzeugen, daß für ein solches Arbeitsbeschaffungsprogramm, wie es damals angekündigt wurde, keine anderen Voraussetzungen vorhanden sind als vielleicht ein Brief an die Bundesregierung, in dem diese aufgefordert wird, etwas für diesen Zweck zu tun. Wir sind der Meinung, daß Arbeitsbeschaffung eine derart ernste Frage ist, daß man sie nicht in solcher Form behandeln kann. Wir glauben also, daß es schon notwendig wäre, nunmehr dazu Stellung zu nehmen, da mit Hilfe eines solchen Programmes eine stärkere Arbeitslosigkeit verhindert werden kann.

Es ist heute schon zum Ausdruck gebracht worden, daß das Nachtragsbudget an sich zweifellos etwas Gutes ist. Wir haben aber

gleichzeitig damit zur Kenntnis nehmen müssen, daß ein großer Teil der darin enthaltenen Beträge ja bereits längst verausgabt ist, daß also nur ein kleiner Teil für zusätzliche Arbeitsbeschaffung in Bewegung gebracht werden kann. Es geht uns aber, Hohes Haus, in erster, in zweiter und in dritter Linie darum, daß Arbeit und wieder Arbeit beschafft wird, damit die Arbeitslosigkeit für Niederösterreich nicht nur keine wirtschaftliche Gefahr, sondern auch keine politische Gefahr wird. Es ist also heute einwandfrei zum Ausdruck gekommen, daß dieses Nachtragsbudget durchaus nichts Besonderes darstellt, sondern daß es letzten Endes das Resultat einer unaufrichtigen Budgeterstellung im allgemeinen ist. (*Widerspruch bei der Volkspartei.*)

Bei den Ausführungen des Herrn Landesrates Müllner oder des Herrn Abg. Ing. Hirman mußte ich feststellen, daß der Herr Abg. Hainisch gesagt hat, die Budgeterstellung sei durchaus richtig. Ich muß ihn fragen, was er als Obmann des Überwachungsausschusses der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse dazu sagen würde, wenn wir beispielsweise in der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse in der Form ein Budget erstellen würden, daß wir uns einfach entsprechend den Verhältnissen beim Lande Niederösterreich 40 bis 50 Millionen Schilling als stille Reserve anlegen würden, und diese dann im engsten Parteikreis der Sozialistischen Partei, die zweifellos bei dieser Krankenkasse die Mehrheit hat, für Zwecke der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse verteilen würden, so wie es hier bei der Erstellung des Nachtragsbudgets durch die ÖVP geschehen ist. Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Hainisch hierzu gleichermaßen beifällig nicken würde, wie er es hier getan hat, als Abg. Hilgarth die Budgeterstellung des Landes als die vollendetste dargestellt hat, die es überhaupt gibt. Wir sind nicht dieser Meinung, vielmehr glauben wir, Hohes Haus, daß es endlich an der Zeit wäre, das Versprechen, das uns der Herr Landeshauptmann gegeben hat, nämlich daß in aller kürzester Zeit mit Hilfe von 60 Millionen Schilling, von denen das Land etwas über 20 Millionen Schilling zu tragen haben wird, ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werden soll, in die Tat umzusetzen. Dies um so mehr, als dieses Versprechen nicht nur im kleinen Kreise verlautbart, sondern öffentlich darüber sehr viel geredet wurde. Wir sind nicht der Meinung, daß man bis zum St.-Nimmerleins-Tag warten soll oder daß, wie schon gesagt worden ist, die Bereinigung dieser Frage der Zukunft

vorbehalten werden soll, sondern wir sind der Meinung, daß es heute schon an der Zeit wäre, dazu konkret Stellung zu nehmen und zu erklären, ob die versprochenen 60 Millionen Schilling, die im Lande Niederösterreich zu arbeiten beginnen sollen, nur eine Wahlpropaganda waren oder ob sie ein wirklich realisierbares Arbeitsbeschaffungsprogramm darstellen. Ich glaube, daß wir in diesem Hohen Hause das Recht darauf haben, zu erfahren, ob wir damit bloß hingehalten werden sollen oder ob hier wirklich praktische Möglichkeiten bestehen, die Gefahr einer größeren Arbeitslosigkeit vom Lande Niederösterreich fernzuhalten.

Ich bitte Sie daher, von Ihrer nach den Ausführungen des Herrn Abg. Ing. Hirman bestehenden Absicht, nämlich unserem Antrag nicht die Zustimmung zu geben, abzurücken, und aus den gleichen Gründen, die uns zur Stellung dieses Antrages bewegen haben, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. Tesar.

Abg. TESAR: Hohes Haus! Aus den Darlegungen des Finanzreferenten haben wir entnommen, daß 43 Millionen Schilling des außerordentlichen Voranschlags tatsächlich noch zur Vergebung bestimmt sind. Wir haben weiter vernommen, daß diese 43 Millionen Schilling noch vervielfacht werden, und zwar dadurch, daß indirekt auch noch andere Kräfte mobil gemacht werden, wodurch eine Summe zustande kommt, die sich sicherlich sehen lassen kann. Zu all den gestellten Fragen können wir sagen, daß das, was angedeutet wurde, auch erreicht werden kann, weil eben hier Summen in Bewegung gesetzt werden, die sicherlich dazu beitragen werden, das gesteckte Ziel zu erreichen. Dieses Ziel ist aber einerseits, die Arbeitslosigkeit zu verringern, und andererseits viele wichtige Arbeiten, die bis jetzt noch nicht erledigt werden konnten, eben jetzt noch durchzuführen.

Lassen Sie mich im Telegrammstil Ihnen die Bedeutung einiger Posten, die heute noch nicht erwähnt wurden, hier vor Augen führen.

Die erste Post von 160.000 S im außerordentlichen Voranschlag für den Ausbau der gewerblichen Berufsschulen ist sicherlich ein Zeichen dafür, daß man die Notwendigkeit der Erweiterung und Verbesserung dieser Berufsschulen voll und ganz begriffen hat. Wenn es auch keine allzu große Summe ist, so können wir doch damit manches nach-

holen, was auf diesem Gebiete eben notwendig ist. Wir wissen, daß durch die Berufsschulen sicherlich ein Beitrag dazu geleistet wird, um für die heute sicherlich harten Prüfungen der gewerblichen Wirtschaft, sei es in dieser oder jener Sparte, das nötige Rüstzeug zu schaffen.

Eine ganz nennenswerte Summe finden wir in diesem außerordentlichen Voranschlag auch für den Um- und Ausbau von Landstraßen I. und II. Ordnung. Wir müssen überhaupt feststellen, daß gerade der Verbesserung der Straßen ein besonders Augenmerk geschenkt wurde. Es ist selbstverständlich, daß bei dem heutigen Fortschritt der Motorisierung des Verkehrs das Land Niederösterreich, wenn es als Fremdenverkehrsland gelten will, dem Ausbau seiner Straßen eine möglichst große Bedeutung beimessen muß. Wir verhehlen nicht unsere Wünsche, die dahin gehen, daß im Ausbauprogramm besonders den Verbindungsstraßen nördlich und südlich der Donau, die heute immer mehr befahren werden, ein Augenmerk geschenkt wird. Wir machen immer wieder die Feststellung, daß der Ausbau der Bundesstraßen allein nicht genügt, weil die Zubringerstraßen und Verbindungsstraßen sicherlich auch einen wichtigen Zweck zu erfüllen haben.

Mit Freude können wir feststellen, daß für die Güterwege weitere 1,350.000 S mobil gemacht werden, wodurch die begonnenen Arbeiten an diesen Wegen Gott sei Dank nicht zur Einstellung kommen, sondern weitergeführt und auch beendet werden können. Das ist deshalb notwendig, weil wir ja wissen, daß es gerade draußen im Gebirge unbedingt erforderlich ist, Verbindungswege neuerer Art zu schaffen.

Nicht vergessen dürfen wir, daß auch wieder nennenswerte Beiträge zu den Kosten für Wasserversorgungen und Kanalisierungen gegeben werden, um auch diese Arbeiten nicht einstellen zu müssen, sondern weiterführen zu können.

Besonders hervorzuheben ist auch der Betrag von 1,4 Millionen Schilling für den Ausbau und den Weiterbau der Elektrifizierung. Sie alle wissen, daß es das Ziel des Landesfinanzreferenten und der Newag ist, auch die entlegenen Gebiete des Landes mit elektrischer Kraft und mit elektrischem Licht zu versorgen. Das ist auch aus dem Grunde begrüßenswert, weil wir damit einen Beitrag zur Bekämpfung der Landflucht leisten. Die Elektrifizierung trägt auch dazu bei, daß bei der Bauernschaft, bei den Häuslern und bei den Arbeitern und Angestellten draußen, fernab von den besiedelten Gebieten, wenn

sie elektrisches Licht und elektrische Kraft haben, der Fortschritt Einkehr hält.

Lassen Sie mich noch etwas anführen. Ich habe schon gesagt, daß die Motorisierung im Verkehr fortschreitet. Wir machen nun die Erfahrung, daß die Gemeindebrücken und die Brücken im Zuge der Bezirksstraßen dem heutigen Verkehr nicht mehr gewachsen sind. Die Tafeln bei den Brücken mit dem Hinweis „Für Lastwagen mit drei oder vier Tonnen“ sind heute illusorisch, weil die Lastwagen, Autobusse usw. ganz andere Dimensionen haben als früher die Pferdefuhrwerke. Daher ist es, um hier wirklich eine Schlamastik zu vermeiden, notwendig, daß die Gemeindebrücken und die Brücken im Zuge der Bezirksstraßen im Ausbauprogramm der Landesstraßen Berücksichtigung finden.

Nicht vergessen will ich zu erwähnen, daß seitens der Straßenverwaltung noch vor Beginn der Winterszeit Vorsorge getroffen wird, daß die Schneeräumfahrzeuge, welche von der Bundesstraßenverwaltung gestellt werden, nicht nur auf den Bundesstraßen, sondern auch auf den Landesstraßen und Bezirksstraßen eingesetzt werden, weil letzten Endes die Räumung aller Straßen, speziell im Interesse des Fremdenverkehrs in der Winterszeit, dringendst notwendig ist.

Der Herr Abg. Staffa hat mit Recht gesagt, daß das Land Niederösterreich bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen in erster Linie niederösterreichische Firmen beschäftigen soll. Wir sind der gleichen Meinung, weil wir wissen, daß eine Notwendigkeit besteht, unsere Geschäftsleute und Firmen in Niederösterreich und damit auch deren Arbeiter und Angestellte zu unterstützen. Aber Herr Abg. Staffa, die Straße, die Sie genannt haben, ist eine Bundesstraße, und die Arbeiten auf den Bundesstraßen vergibt die Bundesstraßenverwaltung und nicht die Straßenverwaltung des Landes.

Nichtsdestoweniger geht unser Ruf über diesen Saal hinaus an alle beteiligten Faktoren, bei der Vergebung von Arbeiten in Niederösterreich niederösterreichische Firmen zu berücksichtigen. Aber vergessen Sie, Herr Abg. Staffa, nicht, sich dafür zu verwenden, daß beispielsweise das Beschaffungsamt der niederösterreichischen Landesregierung hauptsächlich niederösterreichische Firmen mit seinen Aufträgen bedenkt (*Landesrat Waltner: Sehr richtig!*) und nicht so sehr Wiener Firmen. (*Landesrat Waltner: Hört! Hört!*) Sie könnten damit wirklich etwas an praktischer Arbeit für unsere niederösterreichischen Firmen beitragen. (*Abg. Staffa: Wissen Sie, wer die Firma Kapsreiter ist, und die andere auch? Die eine ist die Firma eines*

ehemaligen ÖVP-Nationalrates und die andere ist auch eine ausgesprochene Parteifirma! — Weitere Zwischenrufe.)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, das Wort hat der Herr Abg. Tesar!

Abg. TESAR *(fortsetzend)*: Niemand hat dafür mehr gesorgt als unser Referent für das Straßenwesen, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl, der sehr, sehr darauf bedacht ist, daß seine niederösterreichischen Kollegen bei den Arbeitsvergebungen zum Zuge kommen. Und ich gestatte mir daher — ich glaube, es ist das eine Pflicht — zu sagen, daß wir dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Kargl dafür, daß er sich in der letzten Zeit diesbezüglich ganz besonders angestrengt hat, unseren Dank aussprechen. Wir wollen ihm auch danken, daß er sich ebenso energisch dafür eingesetzt hat, daß von seiten der Bundesstraßenverwaltung Mittel in einem Ausmaß zur Verfügung gestellt wurden, das ansonsten wahrscheinlich nicht erreicht worden wäre. Hierzu müssen wir aber auch sagen, daß in diesen Belangen nicht diese oder jene Firma — sagen wir — ganz außer Kurs gesetzt werden kann, weil eben alle Arbeiter und Angestellten, Herr Abg. Staffa, die Berechtigung haben, Arbeit und Lohn zu finden.

Ich glaube wohl, daß wir voll Vertrauen diese Angelegenheit den zuständigen Referenten überlassen können, weil sie sich — das sind nicht nur meine Worte, sondern das hören Sie auch draußen von Tatzeugen — stets bemüht haben, mit den wenigen Mitteln, die dem Lande Niederösterreich zur Verfügung stehen, das zu erreichen, was menschenmöglich war. Daß aber noch mehr geschaffen werden kann, dazu müssen wir alle mithelfen. Das kann aber nicht geschehen durch solche Argumente, wie sie der Herr Abg. Staffa in seiner gehässigen Form vorbringt, sondern das kann nur durch gemeinsame Taten geschehen. Und nur solche Taten werden dazu beitragen, daß es aufwärts und vorwärts geht. *(Beifall bei der Volkspartei. — Zwischenrufe links. — Abg. Staffa: Kapsreiter wird Ihnen dafür Dank wissen!)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Hainisch und nicht Herr Abg. Staffa.

Abg. HAINISCH: Herr Abg. Staffa, bitte beruhigen Sie sich jetzt, Sie werden sonst vielleicht nach meinen Worten nicht mehr die Energie haben, sich entsprechend aufzuregen. *(Heiterkeit rechts. — Widerspruch links.)*

Hohes Haus! Wenn man den Wolf nennt, kommt er g'rennt. Ich heiße zwar nicht Wolf, sondern Hainisch, aber der Abg. Wenger hat mich in seinen Ausführungen apostrophiert und mich gefragt, was ich in meiner Eigenschaft als Obmann des Überwachungsausschusses der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse dazu sagen würde, wenn die niederösterreichische Gebietskrankenkasse 40 Millionen Schilling ihres Reservefonds — wenn sie einen so hohen besitzen würde — an seine Parteifreunde verteilen würde. *(Abgeordneter Wenger: Das habe ich nicht gesagt. — Ruf links: Das ist eine Verdrehung.)* Er soll meine Antwort jetzt hören: Ich würde sagen, wenn Ihr das tut, dann seid Ihr Gauner und gehört eingesperrt! Die Beträge, die das außerordentliche Budget hier vorgesehen hat, sind nicht zur Verteilung unter den Mitgliedern und engeren Freunden der ÖVP, sondern zur Arbeitsbeschaffung im Lande Niederösterreich bestimmt! *(Beifall rechts.)* Selbstverständlich muß man diese Arbeitsbeschaffung und die einzelnen Projekte ruhig und sachlich beurteilen und nicht so, wie es heute hier von zwei Rednern bei einem Projekt geschehen ist, und zwar bei dem Projekt des Wasserleitungsbaues in Korneuburg.

Das Projekt des Wasserleitungsbaues in der Stadt Korneuburg ist ein sehr großes Projekt und erfordert weit mehr als 10 Millionen Schilling. Es ist selbstverständlich klar, daß eine Stadtgemeinde nicht in der Lage ist, im Rahmen ihres ordentlichen Budgets die Kosten für ein so großes Projekt unterzubringen, schon gar nicht auf einmal, aber auch nicht im Falle von Zuschüssen seitens des Landes und des Bundes. Deshalb hat die Stadtgemeinde Korneuburg vor zwei Jahren ein Teilprojekt zur Durchführung gebracht; im Vorjahre wurde dann ein weiteres Teilstück in Angriff genommen, doch mußte die Arbeit — und das wurde hier nicht gesagt, das ist aber wesentlich — deshalb eingestellt werden, meine Herren, weil das Sozialministerium erklärt hat, Korneuburg sei kein Notstandsgebiet und infolgedessen können die Beiträge der produktiven Arbeitslosenfürsorge für diese Zwecke nicht in Verwendung kommen. Ich habe weiterhin erfahren — ich weiß das nur vom Hörensagen, denn ich bin nicht im Gemeinderat von Korneuburg —, daß die Stadtgemeinde Korneuburg für dieses Projekt in seinem heurigen Budget überhaupt nichts vorgesehen haben soll. Es geht nun nicht an, hier im Landtag zu erklären, daß die Hilfe des Landes und die Hilfe des Bundes nicht ausreichend sind, wenn eine Gemeinde selbst in der ureigensten

Angelegenheit nichts oder nur wenig unternimmt. Das zur Aufklärung.

Über das Budget selbst ist seinerzeit von beiden Seiten wohl schon genug gesprochen worden. Man kann ein Budget, Hohes Haus, nach zwei Seiten hin aufstellen. Man kann es entweder so machen, wie es jahrelang beim Bund geschehen ist: Recht große Ziffern auf der Einnahmenseite, um sagen zu können, wir haben viel Geld, wir können daher viel ausgeben, und wenn sich das dann am Ende des Jahres nicht erfüllt, dann kann man sagen, nun wir sind ja nicht schuld daran, daß die Einnahmen nicht so groß waren, sie müssen aber bedeckt werden, also führen wir halt wieder ein paar neue Steuern ein, der Steuerträger soll zahlen. Oder man kann es so machen, wie es im vergangenen Jahre, Gott sei Dank, unser Finanzminister Doktor Kamitz eingeführt hat, der gesagt hat: Wir setzen unsere Einnahmen vorsichtig an, und wir können auch nicht mehr ausgeben als wir einnehmen, weil das kein ordentlicher Haushalt tun kann; haben wir aber dann größere Einnahmen — und das ist jetzt im heurigen Jahre der Fall —, dann können wir immer noch unser großes Herz zeigen und im Rahmen eines Nachtragsbudgets das bewilligen, was uns an Mehreinnahmen zur Verfügung steht, ohne daß wir deswegen der Bevölkerung neue Steuerlasten aufbürden müssen.

Sehen Sie, meine Herren, das ist der große Unterschied zwischen einem ordentlichen, wirtschaftlichen Haushalt und einem Haushalt ins Blaue hinein. Wir danken unserem Finanzreferenten (*Widerspruch links*) im Lande Niederösterreich, daß er sich diese Art der Budgetierung zum Vorbild genommen und seinen Voranschlag in diesem Sinne erstellt hat. Wir werden ihm durch die Annahme des Nachtragsbudgets unseren Dank zum Ausdruck bringen. (*Beifall bei der Volkspartei.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. Staffa.

Abg. STAFFA: Hohes Haus! Trotz der lichtvollen Ausführungen des Herrn Vorredners bin ich noch in der Lage, soviel Energie aufzubringen, um einiges zu sagen, aber nicht deswegen, weil ich glaube, daß die Ausführungen des Herrn Vorredners vielleicht so lichtvoll waren, sondern weil ich sagen muß — und das hätte auch der Herr Abg. Hainisch sagen müssen —, daß die seinerzeitige Finanzpolitik des Bundes, nämlich die Finanzpolitik der Vorgänger des jetzigen Finanzministers, die er so sehr in Grund und Boden verdammt hat, ja schließ-

lich von den Herren Zimmermann und Margaretha gemacht wurde, die unseres Wissens niemals in den Verdacht kommen, Sozialisten zu sein, sondern nach wie vor ÖVPLer gewesen sind. Wenn also beim Bund eine falsche Finanzpolitik betrieben wurde, dann bedanken Sie sich bei der ÖVP.

Wenn man nun die Finanzkunst des Herrn Dr. Kamitz so rühmt, dann frage ich mich, mit welchem Recht hat der Herr Finanzminister und die Herren Finanzreferenten der Bundesländer — was im Bund vorexerziert wird, das wird ja in den Bundesländern getreulich wiedergegeben und am getreulichsten hier in Niederösterreich — ganz einfach um ein Viertel weniger an Einnahmen im Voranschlag eingesetzt, als dann tatsächlich eingenommen wurde? Warum wird nicht gleich nur die Hälfte eingesetzt, damit wir noch einen besseren Beweis von der Tüchtigkeit des Finanzministers und der verschiedenen Finanzreferenten haben? Ja, wir könnten ja zum Schluß auch nur ein Viertel der vermutlichen Einnahmen einsetzen und sagen, wir haben vorläufig nicht mehr, wenn wir aber Mehreinnahmen haben, dann um so besser für uns und um so mehr Beweis für die Tüchtigkeit des Finanzministers usw. Nein, so kann man es nicht machen! Wenn die Mehrheitspartei beispielsweise ein Nachtragsbudget mit 45 Millionen Schilling erstellt, diese Vorlage im Landtag einbringt und dann durch die eigene Partei im Finanzausschuß aus den 45 Millionen 63 Millionen gemacht werden, wenn weiter die Lizitationsanträge der Mehrheitspartei ernst gemeinte Anträge sein sollen — wir wollen annehmen, daß Sie nicht mit der Not und dem Elend der Arbeitslosen ein frevelhaftes Spiel treiben wollen —, dann kann man nur vermuten, daß dieses Nachtragsbudget des Herrn Finanzreferenten, um es vorsichtig zu sagen, zumindest dilettantisch gemacht war. (*Heiterkeit rechts.*) Es ist bisher noch niemals vorgekommen, daß ein Budget von 45 Millionen Schilling von der Partei, die den Finanzreferenten stellt, um fast die Hälfte erhöht wurde. Eine ernst zu nehmende, eine wirklich aufrichtige Budgetierung kann das auf gar keinen Fall genannt werden.

Herr Abg. Hainisch, Ihnen möchte ich auch noch etwas sagen. Wenn Sie glauben, daß der eine oder andere Abgeordnete nach Ihren Ausführungen keine Energie mehr besitzt, um zu sprechen, so möchte ich Sie bitten, wenigstens so viel Energie aufzubringen, um richtig zuzuhören, was Ihre Vorredner sagen! Der Abg. Wenger hat niemals und nirgends behauptet, daß an unsere Parteikreise, an unsere Parteigenossen Geld verteilt wurde,

sondern Abg. Wenger hatte erklärt: Was würde man beispielsweise dazu sagen, wenn die Gebietskrankenkasse derart budgetieren würde, daß man sich eine stille Geldreserve dadurch verschafft, daß man die Einnahmen wissentlich weitaus niedriger ansetzt, als sie zu erwarten sind, um dann im nachhinein im engsten Parteikreis ohne irgendein Einvernehmen dieses Geld für Ausgaben der Gebietskrankenkasse zu verwenden, die sie gerade für gut befindet. Das waren die Ausführungen des Abg. Wenger. Wenn Sie nun daraus die Behauptung fabrizierten, daß der Abgeordnete Wenger gesagt hätte, daß an unsere Parteimitglieder die Gelder verteilt werden, dann haben Sie bewußt die Sache verdreht. *(Abg. Hainisch: Daß es Ihnen zuwider ist, glaube ich ja, aber gesagt hat er es!)* Ich bitte, bei Ihren Ausführungen bei der Wahrheit zu bleiben.

Im übrigen hoffen wir, daß in Zukunft ein solches Budget erstellt wird, das wirklich die annähernd zu erwartenden Einnahmen enthält, denn dann wird man auch die wirklichen Ausgaben sachlich festsetzen können. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Landeshauptmann Steinböck.

Landeshauptmann STEINBÖCK: Hohes Haus! Herr Abg. Wenger hat sich mit meinem Arbeitsbeschaffungsprogramm befaßt. Ich möchte dazu folgendes ausführen. Anlässlich der Elementarkatastrophe, von Nieder-Rußbach angefangen bis Krems, wurde mir in der „Arbeiter-Zeitung“ vorgeworfen, daß ich als Landeshauptmann erst um 12 Uhr nach Nieder-Rußbach gekommen bin, während Herr Präsident Wondrak schon am Vormittag dort war. Na schön, ich konnte eben von meinem Schreibtisch nicht weg. Ich war um 12 Uhr in Nieder-Rußbach, habe auch alle anderen Notstandsgebiete besucht und gleichzeitig Aufträge zur Aufnahme der Schäden erteilt. Ich habe aber auch sofort mit dem Finanzministerium und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft das Einvernehmen wegen einer Hilfeleistung des Bundes gepflogen. Sie wissen, daß das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft im Wege der Kammer einen Betrag von 4 Millionen Schilling zur Hilfeleistung für die in Not geratene Hauerschaft zur Verfügung gestellt hat, und daß die Bundesregierung die Zusage gemacht hat, uns einen weiteren Beitrag zur Hilfeleistung für die in Not Geratenen zu gewähren.

Der Hohe Landtag hat zur Behebung dieser Elementarschäden 3 Millionen Schilling bewilligt. Die Bundesregierung hat anfangs

1,5 Millionen Schilling bewilligt und jetzt diesen Betrag auf 2,1 Millionen Schilling erhöht. Nachdem es nicht möglich war, eine Landesregierungssitzung einzuberufen und abzuhalten, weil nur drei Regierungsmitglieder in Wien anwesend waren, und da ich weiter erkannt habe, daß die öffentliche Hand allein die Katastrophenschäden nicht gutmachen kann, habe ich einen Spendenaufruf erlassen. Ich kann heute melden, daß dieser Aufruf die Summe von 1,8 Millionen Schilling erbracht hat. Das alles habe ich vorbereitet. Unser ganzes Sinnen und Trachten ging vorerst dahin, alle diejenigen, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht waren, so zu unterstützen, daß sie auf Haus und Hof bleiben können.

Eines schönen Tages kam der Bürgermeister von Stockerau, der Herr Landtagsvizepräsident Wondrak, zu mir und hat als Vizepräsident des Landtages von mir verlangt, ich solle den Landtag einberufen. Ich sagte, das kann ich nicht, das müsse der Präsident des Landtages tun! Man hat noch Verschiedenes von mir verlangt, worauf ich gesagt habe, man komme damit etwas zu spät, denn ich habe alles bereits vorbereitet.

Gerade diese Elementarkatastrophe, Hohes Haus, war es, die mich veranlaßt hat, ein Programm zur Verhütung weiterer Katastrophen zu erstellen. Und da dachte ich an Krems, weil Krems jene Stadt ist, die im Falle einer Hochwasserführung der Donau wirklich so stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, daß kein Landeshauptmann oder Wasserbaureferent es verantworten könnte, nicht zur richtigen Zeit die richtigen Schritte unternommen zu haben. Sie wissen, daß das Projekt der Verlegung der Kremsmündung vom Hafen weg hinunter bis Theiß und die gleichzeitige Anlage eines Staudammes, angefangen von der neuen Mündung der Krems bei Theiß bis hinunter nach Grunddorf am Kamp, schon ein altes Projekt ist, um dieses Gebiet vor Hochwasser zu schützen. Aber mit Rücksicht auf die geringen Mittel, die das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft für den Wasserbau den verschiedenen Ländern zur Verfügung stellen kann, ist es nicht möglich, ein so großes Projekt in Angriff zu nehmen. Ich habe mich daher veranlaßt gefühlt, ein anderes dementsprechendes Projekt ausarbeiten zu lassen. Und wenn heute der Herr Vizepräsident Wondrak dem Hohen Hause einen Antrag unterbreitet, der eigentlich mein Projekt beinhaltet — alle Regulierungen meines Projektes hat er angeführt —, so hat ihm das wahrscheinlich mein Kollege, der Herr Landeshauptmannstellvertreter

Popp, gegeben. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Ernecker: Abgeschrieben hat er es!*)

Wenn Sie nun fragen, warum wir im Budget für dieses Projekt nichts eingesetzt haben, so antworte ich: Deshalb, weil das eine separate Sache ist und weil wir hierzu budgetär nicht in der Lage sind. Mir und auch allen Mitgliedern des Hohen Hauses, die wir alle die großen Schäden an unseren Gerinnen, an den Flüssen und Bächen kennen, ist es klar, daß diese Schäden nicht auf einmal behoben oder Projekte, wie zum Beispiel das Projekt für die Verlegung der Kremsmündung, nicht auf einmal in Angriff genommen werden können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir diese Sache separat in Angriff nehmen müssen, um dieses Projekt zu ermöglichen und zu verwirklichen.

Da (*zu den Sozialisten gewendet*) Ihr Antrag nichts anderes beinhaltet als mein 60-Millionen-Projekt, so sind wir nicht in der Lage, für Ihren Antrag zu stimmen. Es möge der Herr Kollege Popp vielleicht morgen in der „Arbeiter-Zeitung“ schreiben: „Landeshauptmann stimmt gegen seinen eigenen Antrag!“ (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Dieses Vergnügen kann ich ihm wirklich bereiten. Aber wir werden nicht rasten und nicht ruhen, bis dieses Projekt verwirklicht wird, und zwar in allernächster Zeit, dafür garantiere ich Ihnen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie werden es kaum vereiteln können, weil Sie auch genau so wie wir das Interesse haben, daß einmal die größten Schäden an unseren Gerinnen beseitigt werden, und daß die Stadt Krems, die Herr Kollege Popp, sozialistisch verwaltet wird — in dieser Frage entscheidet nur mein unparteiisches Herz —, von Überschwemmungsgefahren befreit wird. Ich werde nicht früher nachgeben, bevor ich nicht dieses Projekt der Verwirklichung zugeführt haben werde. Das wollte ich dem Hohen Hause mitteilen. (*Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp.

Landeshauptmannstellvertreter POPP: Hoher Landtag! Nachdem der verehrte Herr Landeshauptmann mich in seinen Ausführungen einigermaßen apostrophiert hat, muß ich mir doch gestatten, die Dinge so darzustellen, wie sie sich tatsächlich abgespielt haben.

Der Hohe niederösterreichische Landtag hat aus Anlaß der Elementarkatastrophen unter anderem eine Reihe von Anträgen zu behandeln gehabt, die die Sozialistische Fraktion eingebracht hat. Darunter war ein An-

trag, der die Landesregierung aufgefordert hat, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die durch die Unwetterkatastrophe schwer beschädigten Straßen, Flüsse, Bäche usw. wieder instand zu setzen und die finanzielle Vorsorge hierfür zu treffen. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Die Sozialistische Fraktion hat einen zweiten Antrag eingebracht, dahingehend, daß für bedürftige Landwirte eine Kreditaktion in Form der Gewährung von zinslosen Darlehen eingeleitet werde. Sie haben auch diesen Antrag abgelehnt. Sie haben jetzt dieselben Anträge, gegen die Sie seinerzeit gestimmt haben, in Ihrem Nachtragsbudget. Der Herr Landeshauptmann hat dann in weiterer Folge auf einmal erklärt, es sei eine Sonderaktion für die von der Unwetterkatastrophe betroffenen Notstandsgebiete notwendig, nachdem er vorher selber hier im Hause gegen unsere Anträge gestimmt hat.

Herr Landeshauptmann, ich erinnere daran, daß eine Vorsprache der Vertreter der niederösterreichischen Arbeiterkammer und der Gewerkschaft bei Ihnen erfolgt ist, und zwar auf Grund eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes, das die Kammer unabhängig von unseren Beratungen und unabhängig von den Beratungen im Landtag aus eigenem erstellt hat. Der Herr Landeshauptmann hat bereits anfangs August dieser Deputation öffentlich erklärt, es sei ihm recht, daß sie vorgesprochen habe, denn er sei in der glücklichen Lage, schon mitteilen zu können, daß er auf Grund von Besprechungen mit dem Bundeskanzler und dem Finanzminister Zusagen für ein Sonderprogramm habe, das so und so viele 10 Millionen Schilling beinhalte. Die staunende Öffentlichkeit meinte, es werde jetzt in der nächsten Zeit dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm von 60 Millionen Schilling — damals hat man sogar mit 100 Millionen Schilling gerechnet — der Verwirklichung zugeführt werden.

Herr Landeshauptmann! Am 29. August, also ungefähr zwei Wochen später, hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl vor aller Öffentlichkeit — es ist schade, daß er heute nicht hier ist — bei der Eröffnung der niederösterreichischen Landesausstellung in Krems erklärt, daß er im Namen des Herrn Landeshauptmannes der Öffentlichkeit mitteilen könne, daß dieses große Arbeitsbeschaffungsprogramm in Angriff genommen wird. Er hat das unter Beifall mitgeteilt und die ganze Öffentlichkeit ist unter dem Eindruck gestanden, daß morgen die Flußregulierungsarbeiten begonnen werden. (*Widerspruch rechts.*) Das, verehrter Herr Landeshauptmann, war am 29. August bei der Er-

öffnung der Landesausstellung in Krems. Und nun, Herr Landeshauptmann, bitte ich, die Dinge so zu sehen, wie sie waren. Der Zufall wollte es, daß der Herr Landeshauptmann und ich nach der offiziellen Eröffnung der Ausstellung, nachdem der Herr Landeshauptmann vormittags verhindert war, an der Eröffnung teilzunehmen, zu Mittag zusammengekommen sind, und ich an den Herrn Landeshauptmann die Frage gestellt habe, was die Erklärung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Kargl bedeute. Darauf meinte der Herr Landeshauptmann verwundert in einer Gegenfrage an mich: Ja ist der Umlaufbogen der Landesregierung, der sich damit befaßt, noch nicht in Umlauf gesetzt worden? Er war verwundert, als ich ihm erklärte, einen solchen Umlaufbogen habe ich bis zum heutigen Tage nicht gesehen. Es wurde dann gesagt, daß der Umlaufbogen wahrscheinlich in Verstoß oder Verlust geraten ist. In Wahrheit, Hohes Haus, ist erst am 29. (*Zwischenruf: Am 21.!*) September in der Landesregierungsitzung der offizielle Antrag eingebracht worden, der sich mit dieser Notstandsaktion befaßt, und was, hochverehrter Herr Landeshauptmann, hat dieser Antrag beinhaltet? Nichts anderes — hier liegt dieser Antrag vor mir — als folgendes: „Die niederösterreichische Landesregierung beschließt, folgende Zuschrift an das Bundesministerium für Finanzen zu richten usw.“ Also, Hohes Haus, kein Antrag auf Arbeitsbeschaffung, kein Antrag etwa an den Landtag, und nicht zu reden von einem Antrag auf eine Kreditaktion, sondern der Antrag, einen Brief an die Hohe Bundesregierung zu schreiben! Mehr ist bis zum heutigen Tage in dieser Sache nicht geschehen. (*Widerspruch rechts.*) Der Herr Landeshauptmann hat erst auf Grund unseres Ersuchens eine Beilage zu diesem Brief an uns geschickt. In dieser Beilage waren die Flußbauten, die der Herr Abg. Wondrak hier aufgezeigt hat, im Umfang von 60 Millionen Schilling und mit dem das Land treffenden Erfordernis von ungefähr 22 Millionen Schilling, aufgeteilt in drei Raten auf die einzelnen Voranschlagsansätze, enthalten. Der Herr Abg. Wondrak hat also mit seinem Antrag nichts anderes getan, als dem Hohen Landtag vorzuschlagen, in dem uns vorliegenden Nachtragsvoranschlag auch für jenen Teil vorzusorgen, der als erste Rate auf das Land entfällt. Wenn uns nämlich der Bund ernst nehmen soll, dann muß das Land dem Bund gegenüber erklären: Bund, wir verlangen von dir, daß du deinen Anteil trägst, da auch das Land Niederösterreich für seinen Anteil vorgesorgt hat. Wir hätten es uns ja leicht

machen und etwa den Antrag stellen können, gleich die ganze Bedeckung für die 22 Millionen Schilling bereitzustellen. Wir haben es aber nicht getan, sondern wir haben nur die Teilrate von 7,6 Millionen vorgeschlagen.

Es gibt hier nur eine Schlußfolgerung: Entweder ist das Arbeitsprogramm ernst gemeint, dann müßte auch der Landtag dazu stehen, oder aber, verehrte Damen und Herren, es ist noch lange nicht so weit, daß dieses Arbeitsprogramm ernst genommen werden kann. Meine Fraktion hat in der ersten Sitzung des niederösterreichischen Landtages nach den Sommerferien einen Antrag auf Erstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes eingebracht. Wir haben bewußt darauf verzichtet, mit Ziffern zu arbeiten und Ihnen besondere Vorschläge zu machen, weil wir der Meinung waren, daß die niederösterreichische Landesregierung in gemeinsamer Zusammenarbeit ohne Eifersüchtelei und ohne Konkurrenz dieses Arbeitsprogramm gemeinsam erstellen und dem niederösterreichischen Landtag vorlegen soll. Es scheint aber hier in dem Hohen Hause so zu sein, daß man noch immer nicht weiß, worum es eigentlich geht. Es geht um mehr als bloß um ein normales Budget, und es geht auch um mehr als um ein kleines Flickwerk, denn alle haben in diesem Hause die Erkenntnis — der Finanzreferent, die Redner der Volkspartei genau so wie die Redner der Sozialistischen Partei —, daß das Land Niederösterreich sich in einer besonderen Notlage befindet. Wenn es sich aber in einer besonderen Notlage befindet — Herr Abg. Hirman hat das auch unterstrichen —, dann muß man auch besonders planen. Es müßte meiner ehrlichen Meinung nach neben dem normalen Budget, das von Jahr zu Jahr zu erstellen ist, ein Mehrjahresprogramm über das normale Budget hinaus erstellt werden, damit all die Dinge gemacht werden, die notwendig sind. Das wäre der Weg, den wir gehen sollen.

Wenn wir heute unseren Antrag eingebracht haben, so deswegen, weil wir wissen wollen, ob das Programm des Herrn Landeshauptmannes Steinböck auch ernst zu nehmen ist. Die Bevölkerung möge das dann beurteilen. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. Prof. Z a c h.

Abg. Prof. ZACH: Meine sehr verehrten Frauen und Herren des Hohen Landtages! Wir sprechen über eine wirtschaftliche Angelegenheit, aber die Gemüter haben sich bereits so erhitzt, daß man den Eindruck haben müßte, wir stünden bereits vor Wahlen, denn einige Herren von der Linken haben

gefragt, ob vielleicht die Ankündigung des Herrn Landeshauptmannes über sein Projekt die Einleitung zur Propaganda für die Wahlen darstellen soll.

Wenn wir wirklich so schwach auf den Füßen wären, daß wir ein Programm, das auf die alleinige Initiative des Herrn Landeshauptmannes zurückgeht, als Wahlschlager verwenden müßten, dann hätten wir nicht schon ein Jahr vorher darüber zu reden begonnen, um Ihnen (*zu den Sozialisten gewendet*) — nach Ihren eigenen Worten — die Möglichkeit zu geben, den Herrn Landeshauptmann durch Stellung eines Antrages zu zwingen, daß er dann, wenn es Ihnen paßt, seinen Plan auf den Tisch legt.

Sie haben sich mit Ihrem Antrag, der keine Finanzierung der Projekte vorsieht, eigentlich selber widersprochen, weil Sie gesagt haben, es müsse alles, ja selbst das Kleinste, vorher geplant werden. Wenn es also um ein so großes Projekt geht, dann ist wohl die Planung am Platze, und zwar eine solche Planung, daß in dem Augenblick, wo dieser Antrag gestellt wird, schon klar ist, nicht nur, daß etwas gemacht werden soll, sondern auch wie und mit welchen Mitteln es gemacht werden soll. (*Abg. Ernecker: Sehr richtig!*) Es ist auch klar, daß es weiter notwendig ist, mit den zuständigen Ministerien, und zwar mit dem Finanzministerium, mit dem Land- und Forstwirtschaftsministerium und mit dem Sozialministerium, auf einen Nenner zu kommen. Ist es aber dann ein Verbrechen, wenn der Herr Landeshauptmann eben sagt: Das Programm ist eine so wichtige, eine so tief einschneidende Angelegenheit für das Land Niederösterreich, daß man es nicht leicht und schnell auf den Tisch legen kann!

Ja, meine sehr Verehrten, das ist keine Phrase, das ist kein Schlager, sondern das Programm ist eine reale Tatsache, das in den nächsten Monaten zur Ausführung kommt!

Ich frage Sie jetzt: Wann und wo hat der Herr Landeshauptmann gesagt, daß diese Millionen — ich nenne die Ziffer gar nicht — heuer noch verbaut werden? Er hat gesagt, dieses große Projekt müsse eingeleitet werden, um die Regulierung der Flüsse, die im Falle eines Hochwassers dem Lande Niederösterreich große Schäden zufügen, durchzuführen. (*Ruf bei den Sozialisten: Das stimmt ja gar nicht!*) Wir haben niemals geglaubt, daß es auch nur technisch möglich wäre, diese Flußregulierungen, selbst wenn schon im September mit den Arbeiten begonnen worden wäre, im heurigen Jahre noch zu vollenden. Kein vernünftiger Mensch hat das glauben können. (*Abg. Wondrak: Das hat auch niemand gesagt!*) Ja, man hat es ge-

sagt. Und jetzt kommt Ihr Antrag, Herr Präsident Wondrak. Um der Sachlichkeit zu dienen, werde ich Ihnen jetzt Stellen aus dem Stenographischen Protokoll über die Budgetberatungen vorlesen, damit Sie nicht sagen können, ich sage etwas anderes, als drinnen steht.

Herr Präsident Wondrak hat bei diesen Beratungen einen langen Wehgesang gesungen, daß das Budget ein Budget der Not sei, ein Budget der Beengung und der Bedrängung, und daß wahrscheinlich alle die Dinge, die im außerordentlichen Voranschlag enthalten sind, nicht durchgeführt werden können, und hat dann fortgesetzt (*liest*): „daß wahrscheinlich sich die Dinge in der Folge vielmehr so entwickeln werden, daß es dem Lande Niederösterreich nicht leicht gemacht werden wird, die notwendigen Gelder am Kreditmarkt zu bekommen. Das wird von niemandem bestritten und es ist im übrigen auch durch eine Mitteilung des Herrn Finanzreferenten im Finanzausschuß bereits bestätigt worden. Wir haben also die Befürchtung, daß diese Beträge, die man hier im Darlehensweg erbringen soll — 83 Millionen Schilling des außerordentlichen Voranschlages plus der 32 Millionen Schilling des ordentlichen Voranschlages — nur zu einem kleinen Teil auf dem Geldmarkt beschafft werden können, weil es einfach unmöglich ist, bei der jetzigen angespannten Kreditlage solche Beträge zu bekommen.“

Hierzu ist nun zu sagen, daß sich die Wirtschaftslage unseres Landes so gebessert hat (*Abg. Ernecker: Sehr richtig!*), daß 1. die Dinge, die im außerordentlichen Haushalt vorgesehen waren, gemacht werden konnten, und daß 2. wir jetzt noch ein Nachtragsbudget beschließen können. (*Landesrat Waltner: Sehr richtig!*) Wenn Sie jetzt auf den Finanzreferenten des Landes Niederösterreich losgehen und sagen, daß er einen falschen, einen wissentlich falschen Voranschlag gemacht hat, und daß er in die Fußstapfen des Finanzministers Kamitz getreten ist, und wenn Sie überall geschrieben und mit allen Lautstärken in ganz Österreich gesprochen haben, daß die Finanzpolitik des Finanzministers Dr. Kamitz eine Katastrophenpolitik sei und daß es zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft kommen werde, so frage ich Sie jetzt: Ja, meine sehr Verehrten, ist es zu verwundern, daß die Zuständigen, die für die Budgets verantwortlich sind, etwas vorsichtiger werden, wenn die Minderheit mit solchem Aufwand an Druckerschwärze und Stimmmitteln eine solche Voraussage in alle Lande hinausposaunt, oder hätten vielleicht der Finanzminister und der Finanzreferent des Landes

ein Phantasiebudget aufstellen und alle diese Ziffern in das Budget hineinnehmen sollen?

Nun, meine sehr Verehrten, noch eine Stelle aus der Rede des Herrn Abg. Wenger, der mich in seinen Ausführungen besonders treffen wollte. Er hat gesagt (*liest*): „Wenn der Abg. Prof. Zach davon spricht, daß wir uns herzlich darüber freuen sollen, daß nun endlich die Gewähr dafür geboten ist, daß der Schilling gefestigt sei, so haben wir Sozialisten einige Hemmungen, vor unsere Wähler hinzutreten...“ (*Zwischenrufe links.*) Ja, Herr Abg. Wenger, Sie haben gesagt, an der Stabilisierung, an der Wertbeständigkeit des Schillings haben Sie kein besonderes Interesse, Sie wollen vielmehr die Arbeitsbeschaffung! (*Zwischenrufe links. — Abgeordneter Wenger: Weiterlesen!*) Weiterlesen? Das ist wörtlich aus dem Protokoll heraus, ich kann doch nicht Ihre ganze Rede vorlesen. Sie haben gesagt, wir hätten schon einmal eine feste Währung gehabt, und trotzdem viel Arbeitslose. Richtig, das ist wahr, aber Tatsache ist auch, daß eben der Beschäftigtenstand zu dieser Zeit ständig im Ansteigen war.

Unsere Auffassung ist daher: Wenn ein Teil von Ihren hochgeschraubten Wünschen erfüllt werden soll, so nur dann, wenn wir den Kreditweg beschreiten können. Wünsche stellen ist sehr leicht; Sie wissen, ein Kind kann so viele Wünsche stellen, daß sieben reiche Väter sie nicht erfüllen können. Und glauben Sie wirklich, daß es ohne Stabilisierung der Währung möglich wäre, irgendeinen Kredit aufzubringen? Glauben Sie, daß gerade auch Arbeiter, auch aus Ihren Kreisen, bei der Energieanleihe von ihren blutig verdienten Arbeitergroschen Anleihestücke gezeichnet hätten, wenn sie nicht die Überzeugung hätten, daß unsere Wirtschaft bereits stabil wird? (*Abg. Ernecker: Sehr richtig!*) Das war ein Vertrauensvotum für die Politik des Finanzministers!

Es ist einmal so, daß große Investitionen und Planungen auf weite Sicht sich nur bei einer stabilen Währung und einer gefestigten Wirtschaft durchführen lassen. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Glauben Sie, unser Finanzreferent könnte sonst mit einer so selbstverständlichen Geste sagen, wenn er die Mittel aus dem Budget nicht herausbringen kann, dann werde er Kredite aufnehmen. Er kann das eben sagen, weil die Kredite zu haben sind!

Zu dem, was Sie (*zur Seite der Sozialisten gewendet*) über die früheren Finanzminister gesagt haben, muß ich sagen, daß diese früheren Finanzminister unter dem Druck Ihrer Partei gestanden sind. (*Zustimmung*

bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)

Bei den Budgetberatungen haben Sie gesagt: Wenn die Investitionen nicht gemacht werden, so wird es zur Arbeitslosigkeit kommen. Dann werden wir — so haben einige Vertreter der Baugewerkschaft gesagt — mit den Arbeitern auf die Straße gehen! (*Abgeordneter Hainisch: So ist es!*) Wir haben mit Bangen und mit Sorge die Entwicklung zu dieser Zeit verfolgt. Was haben Sie mit dem Finanzminister Kamitz nicht alles gemacht? Haben Sie vergessen, welche Haßkübel Sie über ihn anlässlich seiner letzten Versammlung in Wiener Neustadt ausgeschüttet haben? Ich habe nachher ungefähr 20 Minuten mit ihm gesprochen. Er sagte zu mir: Ich bin noch nie im politischen Kampf gestanden, aber daß es in Österreich möglich ist, daß deswegen, weil ich die Währung stabilisieren und damit ermöglichen will, daß in Zukunft größere Investitionen gemacht werden, auf mich solche Orgien von Haßgesängen losgelassen werden, das habe ich nicht für möglich gehalten. Und Sie haben ja deswegen, weil er Ihrem Druck nicht nachgegeben hat, das Parlament gesprengt, und jetzt wollen Sie diesem Minister einen Vorwurf machen? Nein, so geht es nicht. Wir stehen heute noch auf dem Standpunkt, daß wir uns von ganzem Herzen freuen, eine stabile Währung zu haben und Kredite für Investitionen zu bekommen. Daß es aber dadurch möglich war, ein Nachtragsbudget dem Hohen Landtag vorzulegen, das danken wir Niederösterreicher unserem Finanzreferenten. Das ist unsere Genugtuung, das ist unsere Freude, und hoffentlich kehrt das auch bei Ihnen ein, meine Herren!

Wir stehen weiter auf dem Standpunkt, daß es nur durch ehrliche Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in diesem Landtag möglich sein wird, die großen Ungerechtigkeiten und die Benachteiligung, die unser engeres Heimatland erfahren mußte, zu beseitigen. Jetzt werden Sie fragen, warum ich das erst heute sage. Bei den Budgetberatungen im Jahre 1947 habe ich aber das als Hauptredner der Österreichischen Volkspartei an die Spitze meiner Ausführungen gestellt — im Stenographischen Protokoll kann es nachgelesen werden —, nämlich daß es notwendig ist, ein enges Zusammenarbeiten der beiden oder aller drei Parteien zu erreichen, um die Benachteiligung Niederösterreichs zu beseitigen. Da können Sie sich heute nicht in die Brust werfen und sagen, das hätten wir verschuldet.

Bei den kommenden Budgetberatungen werden wir uns über diesen Gegenstand noch

unterhalten. Wir werden Sie dann fragen, ob Sie alle Ihre politischen Machtmittel am richtigen Ort und zur richtigen Zeit eingesetzt haben, um mitzuhelfen, diese Benachteiligung zu beseitigen. Daher sage ich, die heutige Aussprache war vielleicht gut, weil durch sie die richtige Atmosphäre für die Beratung des Voranschlages für das Jahr 1954 geschaffen wurde. (*Zwischenrufe des Landeshauptmannstellvertreters Popp.*) Ja, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, ich weiß, Sie glauben es nicht. Aber wenn wir nicht bei uns allen einen Funken von ehrlichem Streben haben, unserem Gelöbniß, hier die Belange der Bevölkerung von Niederösterreich zu vertreten, treu zu sein, dann werden wir uns niemals finden, auch nicht in wirtschaftlichen Dingen. Das wäre aber zum Schaden von Niederösterreich, und ich glaube, gerade heute in dieser etwas gespannten Situation ist es notwendig, das zu betonen. Sie werden sehen, daß wir für alle Dinge, die durchführbar sind, auch wenn von Ihnen diesbezüglich ein Antrag kommt, im Interesse der Bevölkerung des Landes stimmen. Aber einen Plan des Herrn Landeshauptmannes durch einen Augenblicksantrag zu zerreißen, das werden Sie uns zubilligen, daß wir für einen solchen Antrag nicht stimmen können. Wir müssen Ihren Antrag ablehnen, weil er nur ein Stückel, ein Zipferl von dem ist, was der Herr Landeshauptmann will. Also etwas Geduld, und hoffentlich ist, wenn dieser Plan auf den Tisch des Hauses liegt, die Überraschung genau so groß als ihre Überraschung im Finanzausschuß über unsere Anträge war. Ich habe dort immer so herumgeschaut und mir gedacht, warum wird denn die Minderheit so unruhig. (*Zwischenrufe des Landeshauptmannstellvertreters Popp.*) Ja-wohl, ich werde Ihnen das auch beweisen, denn für den ersten Antrag hat ein Herr von Ihnen schüchtern mitgestimmt, beim zweiten Antrag waren es, glaube ich, schon zwei und dann zum Schluß, trotz der Aufregung, haben alle Ihre Herren für dieses Nachtragsbudget gestimmt. Da haben sie sich schon, wie man zu sagen pflegt, „darfängt g'habt“. Hoffentlich erfangen Sie sich auch heute und sehen Sie ein, daß doch der Weg, den wir weisen, der richtige ist, zum Wohle unseres Heimatlandes Niederösterreich und seiner ganzen Bevölkerung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. W o n d r a k.

Abg. WONDRAK: Hohes Haus! Ich möchte nur einige Feststellungen machen, aber ohne den Pathos, der hier verzapft worden ist;

ich möchte nur einfach und schlicht die Dinge aufzeigen, wie sie sich uns darstellen.

Ich will darauf aufmerksam machen, daß mein Antrag nichts anderes beinhaltet, als daß zu beschließen wäre, daß dieser vielgerühmte und immer wieder zitierte Plan des Herrn Landeshauptmannes in die Tat umgesetzt werden soll. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der großzügige Plan, von dem hier die Rede ist, nicht ein Gesamtkomplex ist, sondern daß er sich aus einer Reihe von Arbeiten zusammensetzt, und daß für jede dieser Arbeiten die technischen Pläne fertig auf dem Tisch liegen. Es könnte also mit dem Bau dieser Arbeiten vom technischen Gesichtspunkt aus ohne weiteres begonnen werden. Es ist nicht so gemeint, daß gemeinsam und gleichzeitig an allen Baustellen mit den Arbeiten begonnen werden muß, sondern hier kann man von Flußbett zu Flußbett gehen, und das ist ohne weiteres technisch und praktisch durchführbar.

Wenn nun gesagt wird, daß wir nicht den Weg weisen, wie die Finanzierung erfolgen soll, so ist das ebenfalls nicht richtig. Ich habe ausdrücklich betont, daß es notwendig sein wird, den gesamten Betrag im Kreditwege aufzubringen, indem Bund, Land und Interessenten gemeinsam diesen Weg beschreiten. Das beweist ja der Brief der Landesregierung an die Bundesregierung, wo das ausdrücklich klar und deutlich zum Ausdruck kommt. Ich bitte daher, die Sachen nicht auf den Kopf zu stellen.

Sie werden also gegen unseren Antrag stimmen, das heißt, Arbeiten, die von Ihnen angeblich vorbereitet werden, werden nicht zur Durchführung kommen, weil Ihnen unser Antrag momentan nicht in den Kram paßt. Wenn man wirklich so aufrichtig, wie es gerade hier versucht worden ist, für die Arbeitsbeschaffung eintritt, dann müßte man sagen: Gut, der Antrag liegt vor, wir bringen daher die Sache in Fluß, das Land Niederösterreich leistet seinen Beitrag, es wird bei diesen Arbeiten federführend sein, damit der Kredit in seiner Gesamtheit aufgebracht werden kann, und wir hoffen, durch den Antrag, der ein Anstoß sein soll, früher zur Vergebung der Arbeiten zu kommen. Diese Dinge allein sind es, die uns bewogen haben, unseren Antrag zu stellen. Über alle anderen Dinge, wie zum Beispiel von der Stabilisierung der Währung, die nur die Volkspartei erfunden haben will, obwohl jeder weiß, daß der Gewerkschaftsbund in Einigung mit den Wirtschaftskammern den Anstoß dazu gegeben hat, und daß es der Disziplin der Industriearbeiter und der schweren Opfer, die sie auf sich genommen haben, zu verdanken ist, daß das

Preis- und Lohnniveau gehalten werden konnte, über alle diese Dinge will ich nicht sprechen. Ich wollte nur aufzeigen, daß es sich hier nur darum handelt, ein Projekt, das durchführbar ist, auch anzufangen. Und wenn das Land Niederösterreich es ernstlich will, muß es mit den Arbeiten auch anfangen. Man kann sich diesbezüglich nicht auf den Bund verlassen, sondern wir müssen den Weg gehen, der uns zur Arbeitsbeschaffung führt. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Es ist kein Redner mehr vorgemerkt. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich verzichte.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Wir kommen nunmehr zur Beratung der Nachtragskredite zum ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953.

Ich werde die Debatte über die Nachtragskredite bei den elf Voranschlagsansätzen wieder unter einem abführen.

Den Herrn Berichterstatter ersuche ich, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Im ordentlichen Voranschlag wird ein Nachtragskredit von 450.000 S beim Voranschlagsansatz 2119—63 gefordert: Leistungen auf Grund des Beamtenentschädigungsgesetzes an die Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer Niederösterreichs.

Im außerordentlichen Voranschlag sind Nachtragskredite vorgeschlagen bei den Voranschlagsansätzen

03—90, Neubau für Zwecke der Unterbringung der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt, 500.000 S;

09—90, Subvention an den Spar- und Vorschußverein „Landsknechte“ zum Ausbau des Erholungsheimes Schönau im Gebirge, 300.000 S;

09—91, Beitrag für Caritas-Vorschulen, 120.000 S;

09—92, Beitrag zum Wiederaufbau der evangelischen Schule in Wien, 50.000 S;

2119—61, Beitrag an den Landes-Schulbau-fonds, 1 Million Schilling;

4851—90, Landes-Erziehungsheim in Hollabrunn, Wiederaufbau, 300.000 S;

7319—91, Beitrag an die Landwirtschaftskammer für Niederösterreich für Zwecke der Schädlingsbekämpfung, 300.000 S;

733—62, Beiträge zu den Kosten für den Ausbau gemeinsamer Anlagen im Zuge von agrarischen Operationen, 900.000 S;

733—90, Beiträge zu den Kosten für Güter- und Alpwege, 2,500.000 S;

911—90, Beteiligung an der „Flughafen-Ges. m. b. H.“, 80.000 S.

Die Summe der Nachtragskredite im außerordentlichen Voranschlag wäre somit 6,050.000 S, die Summe jener im ordentlichen Voranschlag 450.000 S.

Es wäre somit ein Gesamtnachtragskredit von 6,500.000 S zu bewilligen.

Ich bitte, die Debatte hierüber einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Frau Abg. Czerny.

Abg. Anna CZERNY: Hohes Haus! Wir haben unter Voranschlagsansatz 2119—61, Beitrag an den Landesschulbau-fonds, einen Nachtragskredit in der Höhe von 1 Million Schilling. Im Budget wurde seinerzeit ein Betrag von 4 Millionen Schilling eingesetzt. Damals war es allerdings so, daß der Wunsch bestand, in das Budget einen Betrag von 5 Millionen Schilling einzusetzen. 1 Million wurde damals gestrichen.

Nun hat der Finanzausschuß am 22. Oktober einen Nachtragskredit von 1 Million Schilling bewilligt. Wenn Sie bei den Überschreitungen des außerordentlichen Voranschlags nachsehen, dann finden Sie dort eine Post von 1,9 Millionen Schilling für den Ausbau der bäuerlichen Fachschulen. Ich glaube daher, daß es bestimmt gerechtfertigt wäre, wenn man auch den Beitrag des Landes an den Schulbau-fonds um eine weitere Million erhöhen würde, so daß der Nachtragskredit nicht 1 Million, sondern 2 Millionen Schilling betragen würde.

Die Herren der Gegenpartei haben heute wiederholt darauf hingewiesen, daß sie für die Ausgestaltung des Schulbau-fonds eintreten und daß sie damit einverstanden sind, daß hier wirklich mehr als bisher geschieht. Ich glaube daher, daß Sie dem Antrag, den ich mir erlaube, Ihnen zu dieser Post zu unterbreiten, Ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Der Antrag lautet *(liest)*:

„Der im außerordentlichen Voranschlag unter Voranschlagsansatz 2119—61 für den Landesschulbau-fonds vorgesehene Nachtragskredit von 1 Million Schilling wird um 1 Million Schilling auf 2 Millionen Schilling erhöht.“

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung nicht zu versagen. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dr. Steingötter.

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Hohes Haus! Wenn ich heute hier im offenen Hause, genau so wie im Finanzausschuß, noch einmal einen Antrag auf Gewährung einer Summe von 200.000 S für die Schwesternschule in Sankt Pölten stelle, so wird weder der Herr Finanzreferent noch irgendein Mitglied der Majorität dieses Hauses sagen können, daß ich mit diesen 200.000 S ein Budget von 62 Millionen erschüttere.

Ich habe mich, als ich so wie die anderen Mitglieder des Finanzausschusses dieses Nachtragsbudget bekam, überhaupt gewundert, daß beim Kapitel 5, Gesundheitswesen, nicht ein Schilling als Nachtragskredit eingestellt war. Ich bedaure nur, daß der Herr Finanzreferent jetzt gerade wieder fehlt, aber wenn in einem so reichlich mit ursprünglich 45 Millionen Schilling dotierten Budget nicht ein Schilling Nachtragskredit für das Kapitel Gesundheitswesen vorhanden ist, so muß ich mir natürlich immer wieder sagen — das können Sie sich doch vorstellen —, daß der Finanzreferent anscheinend doch nicht die Wichtigkeit dieses Kapitels einsieht oder nicht einsehen will. Ich war natürlich einigermaßen überrascht, als ich vor der Sitzung hörte, daß man doch daraufgekommen ist, im Kapitel 5 einiges nachtragen zu müssen, daß also — scheinbar weil die Beamten nicht rechtzeitig dem Herrn Finanzreferenten ihre Wünsche gemeldet haben — zu den 45 Millionen noch ungefähr 2 Millionen dazugefordert werden. Natürlich waren wir auch überrascht, daß man uns nicht einmal loyalerweise die Ergänzungsanträge zum Nachtragsbudget vorgelegt hat, von denen beide Parteien wußten, daß sie sie — wir für unsere Referenten und Sie für Ihre Referenten — einbringen werden. Es mußte vielmehr direkt eine Art Wettrennen veranstaltet werden, damit beim Kapitel 5, Gesundheitswesen, von beiden Seiten die Betreffenden rechtzeitig ihren Anspruch anmelden.

Ich habe bereits bei der heurigen Budgetdebatte davon gesprochen, daß für die Entwicklung der niederösterreichischen Spitäler genau so wichtig wie die Ärztefragen auch die Schwesternfrage ist. Ich muß neuerdings wiederholen, daß die Schwesternfrage eine der wichtigsten Fragen der künftigen Entwicklung unserer Spitäler ist, denn wir wissen, daß die geistlichen Schwestern, über deren Güte und Verwendbarkeit selbstverständlich nichts auszustellen ist, immer weniger werden, so daß die Spitäler weltliche Schwestern anstellen müssen. Ja noch mehr,

in manchen Abteilungen der Spitäler dürfen überhaupt keine geistlichen Schwestern verwendet werden. So dürfen zum Beispiel im Spital in St. Pölten, das als einziges Spital in Niederösterreich eine Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten hat, in dieser Abteilung geistliche Schwestern nicht verwendet werden. Und nach den neueren Vorschriften sollen die geistlichen Schwestern auch nicht auf einer Abteilung für Geburtshilfe und Frauenheilkunde verwendet werden. (*Abgeordneter Prof. Zach: Umgekehrt! Nach den neuesten Vorschriften schon, aber früher nicht!*) Die Schwestern im Spital in Sankt Pölten können in dieser Abteilung nicht verwendet werden. Infolgedessen ist es notwendig, daß weltliche Schwestern angestellt werden. Mit der Zeit werden alle Spitäler gezwungen werden, weltliche Diplomschwestern anzustellen.

Wir wissen — und psychologisch ist es vollkommen klar —, daß Schwestern, die in den Wiener Schwesternschulen herangebildet werden, sehr schwer in die Landspitäler hinauszubringen sind. Sie gehen einfach nicht hinaus. Es war daher klar, daß wir im Sankt-Pöltner Spital eine Schwesternschule errichtet haben. Für diese Schwesternschule hat einmal der Landtag einen Beitrag von 100.000 S bewilligt. Für eine weitere Beitragsleistung des Landes hat der Finanzreferent angeblich kein Geld. Dabei wurde heute schon wiederholt, daß nicht nur die 45 Millionen Schilling des Nachtragsbudgets vorhanden sind, sondern auch der förmlich lizitando auf 63 Millionen erhöhte Betrag zur Verfügung steht. Es ist eigentlich fast unklar, ob der Finanzreferent von allem Anfang an gewußt hat, daß diese 63 Millionen vorhanden sind, oder ob es die Technik dieses Nachtragsbudgets mit sich brachte, daß zuerst 45 Millionen eingesetzt wurden und diese dann plötzlich auf 63 Millionen erweitert worden sind. Es ist daher selbstverständlich nicht unbillig, zu verlangen, daß für die Landes-Schwesterenschule in St. Pölten, von der der Herr Landesrat Müllner selbst gesagt hat, daß sie nicht nur in Ordnung, sondern vorbildlich ist, 200.000 S als Beitrag des Landes vom Landtag heute bewilligt werden. Diese Summe stellt in Anbetracht der 63 Millionen des Nachtragsbudgets eigentlich eine Kleinigkeit dar, und sie wird dieses Budget absolut nicht erschüttern, wir tragen vielmehr damit dazu bei, eine schwierige Frage einer Lösung näherzubringen.

Es handelt sich hier um eine Schule, deren Schülerinnen sich die Beamten der Landesregierung selbst aussuchen können. Es kann nämlich keine Schülerin in die Schwestern-

schule in St. Pölten aufgenommen werden, wenn die Aufnahme nicht vom Landes-Sanitätsdirektor, der selbst bei der Auswahl der Schülerinnen anwesend ist, bestätigt wird. Außerdem besucht der Jurist des zuständigen Referates der Landesregierung mehrere Male im Jahre die Schwesternschule und die Prüfungen werden unter dem Vorsitz von Beamten der Landesregierung abgehalten. Damit ist wohl der Beweis erbracht, daß diese Schule wirklich eine Landesschule ist, eine Landesschule, die eben nur zufällig im Sankt-Pöltner Spital errichtet werden konnte, weil dort die Möglichkeit gegeben ist, die Schwestern in allen Disziplinen der Medizin zu unterrichten und sie dadurch zu Diplom-schwestern auszubilden. Es ist eben nur ein Zufall, daß diese Möglichkeit nur im Sankt-Pöltner Krankenhaus gegeben ist. Wäre diese Möglichkeit in einer anderen Krankenanstalt gegeben, dann wäre eben die Schwesternschule wo anders. Derzeit ist sie aber in St. Pölten.

Da diese Schwesternschule mit der Zeit die Spitäler in Niederösterreich mit Schwestern versorgen wird, halte ich es für notwendig, daß der gesamte Landtag folgenden Antrag annimmt (*liest*):

„Zur teilweisen Bedeckung der Kosten, die der Gemeinde St. Pölten aus der Führung der beim Allgemeinen öffentlichen Krankenhaus eingerichteten Landes-Schwesternschule erwachsen, wird in Gruppe 5 des außerordentlichen Voranschlages ein neuer Voranschlagsansatz eröffnet und der Gemeinde für diesen Zweck ein Nachtragskredit von 200.000 S bewilligt.“ (*Beifall bei den Sozialisten.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. Stangler.

Abg. STANGLER: Hoher Landtag! Einer der verehrten Herren Vorredner — ich glaube es war der Herr Präsident Wondrak — hat erklärt, daß der letzte Redner der Volkspartei mit großem Pathos hier gesprochen habe. Dazu muß ich nur sagen, jeder nach seinem Temperament, das wird man uns wohl zugestehen. Jedenfalls hat ein Redner Ihrer Partei, der nach oder vor dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Popp gesprochen hat, über das übliche Ausmaß der Lautstärke hinaus gesprochen. Ich weiß nicht, ob auch ich heute sehr temperamentvoll und sehr laut werden muß, aber wenn es der Fall sein sollte, so ahme ich höchstens das vorgemachte Beispiel nach.

Wenn ich zunächst auf die Ausführungen, betreffend die Anträge auf Erhöhung der Mittel des Schulaufonds und auf Einsetzung eines Betrages für die Schwesternschule in

St. Pölten, eingehe, dann darf ich Ihnen, meine verehrten Herren von der Sozialistischen Fraktion, einmal folgendes sagen:

Ich glaube, Sie sind sich noch immer nicht klar darüber, wie unernst manche Ihrer Anträge hier von uns aufgefaßt werden müssen. Denken Sie doch an die seinerzeitige Debatte über die Landeshaftung für das größte Unternehmen des Landes, die Newag: Welch unernste Anträge haben Sie hierzu gestellt! Wenn ich jetzt bei dem Beispiel Schulbau-fonds bleibe, dann muß ich Ihnen doch die Sitzung des Finanzausschusses in Erinnerung rufen, in der Ihr Fraktionskollege, der Herr Abg. Staffa, den Antrag gestellt hat, zur Verstärkung der Mittel des Schulbau-fonds einen Betrag von 500.000 S zu bewilligen. Und wenn Sie jetzt wieder kommen und sagen, das sei zu wenig, Sie müssen um eine Million mehr haben, dann muß ich hierzu wohl sagen, daß Sie sich mit diesem ganzen Fragenkomplex sehr ungenau beschäftigen. Wir haben unsere Anträge sehr gut überlegt, als wir im Finanzausschuß dazu gesprochen haben. Wir haben auch Ihren Antrag ernst genommen und haben durch unseren Sprecher, den Herrn Abgeordneten Hilgarth, genau denselben Antrag eingebracht. Einvernehmlich haben aber sodann die Mitglieder des Finanzausschusses die Erhöhung der Mittel für den Schulbau-fonds um 500.000 S beschlossen. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich frage: Wer fangt da mit der Lizitationspolitik an? Wenn Sie selbst im Finanzausschuß den Antrag auf 500.000 S stellen und heute um 1 Million Schilling mehr verlangen, dann betreiben doch nur Sie Lizitationspolitik! Das ist aber unernst, und unernste Anträge werden von uns auch unernst behandelt, das heißt, wir werden dagegen stimmen.

Nun zur zweiten Frage, Herr Abgeordneter Dr. Steingötter, zur Schwesternschule des Krankenhauses in St. Pölten. Ich sage bewußt „Schwesternschule des Krankenhauses Sankt Pölten“, denn es ist mir nicht bekannt, daß irgendwo in der Landesregierung oder hier im Hohen Hause oder in einem Ausschuß des Landtages ein Beschluß gefaßt wurde, daß diese Schwesternschule in St. Pölten eine Landes-Schwesternschule ist. Sie haben vorher auch sehr deutlich gesagt, weil Schwestern aus den Wiener Schwesternschulen nicht gerne nach Niederösterreich gehen, haben wir die Schwesternschule in St. Pölten errichtet. Also unter „wir“ nehme ich an, daß Sie, Herr Abg. Dr. Steingötter, als Bürgermeister von St. Pölten und vielleicht noch einige andere St.-Pöltner sich entschlossen haben, diese Schule zu errichten. Und wenn Sie zum Be-

weis, daß diese Schule eine Landesschule sein soll, anführen, daß Prüfungskommissionen des Landes die Prüfungen in dieser Schule abnehmen, so ist das ein schlechter Beweis, denn es gibt viele Prüfungen, die von Stellen des Landes in Schulen abgenommen werden, die nicht Landesschulen sind. Es gibt auch eine Prüfungsvorschrift für private Schulen. Diese Schulen bleiben aber, wenn auch gewisse Prüfungen durch staatliche Prüfungskommissionen abgenommen werden, trotzdem Privatschulen. Auch im Krankenhaus in Wiener Neustadt werden die Schwestern, die dort offiziell als Krankenschwestern ausgebildet werden, von staatlichen Prüfungskommissionen geprüft, deswegen ist aber noch niemals behauptet worden, daß die Wiener-Neustädter Einrichtung eine solche des Landes ist. Ich glaube, daß diese Fragen erst einer Klärung bedürfen. Dazu könnten Sie auch beitragen, Herr Abg. Dr. Steingötter, aber nicht mit der Methode, wie Sie es getan haben, indem Sie anlässlich der Diplomverleihung an die geprüften Schwestern, zu der eine Reihe von Beamten, Abgeordneten und Regierungsmitgliedern des Landes eingeladen waren, in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt St. Pölten den Landesfinanzreferenten, der auch eingeladen war, sich jedoch, weil er unabhkömmlich war, durch einen führenden Beamten entschuldigen ließ, in der unfairsten Art und Weise coram publico angegriffen und herabgesetzt haben. Glauben Sie, daß Sie dann erwarten können, daß man Ihren Wünschen oder Ihren Bestrebungen sympathisch gegenübersteht (*Zwischenrufe bei den Sozialisten*), damit Sie bei der nächsten Gelegenheit wieder sehr unfair und sehr undemokratisch den Finanzreferenten herabsetzen können. (*Abg. Staffa: Ist das das Geld des Finanzreferenten oder Landesgeld?*) Geld des Finanzreferenten ist es nicht, das ist richtig, aber ich glaube, daß es auch zu den demokratischen Gepflogenheiten gehört, daß man, ich will gar nicht sagen gewisse Anstandsregeln — der „Knigge“ soll doch vor allem in unseren Kreisen eine gewisse Grundlage bilden —, sondern die entsprechenden Formen im Verkehr untereinander einhält, denn ich kann nicht erwarten, daß ich den, den ich vorerst beschimpfe, nachher gleich als lieben Freund vor mir sehe, der sagt: Ich danke dir für die Beschimpfung bei öffentlichen Feiern!

Das ist sicherlich nicht der richtige Weg, um hier zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Es wird also besonders notwendig sein, Herr Bürgermeister und Abg. Dr. Steingötter, daß Sie vielleicht doch — ich habe schon einmal über Ihre Tätigkeit in Sankt

Pölten gesprochen — ein wenig demokratische Formen obwalten lassen, auch im Gespräch mit Vertretern einer anderen politischen Auffassung oder einer anderen Weltanschauung. Dann wird man vielleicht leichter zu positiven Ergebnissen kommen als mit Ihrer Überheblichkeit, die Sie oft auch in diesem Hause gerne an den Tag legen. Wir glauben, daß es wirklich einmal an Ihnen liegen wird, die Voraussetzungen prüfen zu lassen, ob tatsächlich diese Schule in Sankt Pölten eine Landes-Schwesternschule werden kann oder eine solche werden soll. Wählen Sie aber einen richtigen Weg und schaffen Sie die entsprechenden Voraussetzungen, dann wird man darüber reden können! Mit Drohungen und Beschimpfungen und nachher mit Forderungen werden Sie aber Ihr Ziel nicht erreichen.

Wenn ich bei den Nachtragskrediten jetzt noch zu einigen Fragen Stellung nehme, dann deshalb, weil zu Beginn der heutigen Debatte der Herr Landesrat Genner — ich glaube, er ist nicht mehr hier, es scheinen ihn die Dinge im Landtag nicht sehr viel zu interessieren, denn er ist wahrscheinlich der Überzeugung, daß es zwecklos ist, daß er redet, da ihm ohnehin niemand zuhört, wenn er redet, weil ihn niemand ernst nimmt — von der Jugendarbeitslosigkeit gesprochen hat. Bei seinen Ausführungen habe ich mir gedacht: Herr Landesrat Genner an der Klagemauer!

Er hat unter anderem auch von Programmen gesprochen, die da erstellt werden. Ich gebe zu, ich habe mich vorhin geirrt, das ZK — das Zentralkomitee der KPÖ — ist nicht mehr in der Wasagasse, es ist bereits verlagert worden, aber die Programmfabrik des ZK arbeitet weiter. Ich habe hier einen Artikel der „Volksstimme“ vom 26. September 1953. Diese Programmfabrik arbeitet noch besser als der Herr Landesrat Genner. Wenn der Herr Landesrat Genner hier einige Zahlen genannt hat, dann muß ich sagen, daß er wirklich sehr bescheiden geworden ist, denn die „Volksstimme“ schreibt, daß es zumindest in ganz Österreich 160.000 Lehr- und Arbeitsplätze suchende Jugendliche gibt und daß zu dem Zweck, um die riesige Jugendarbeitslosigkeit abzubauen, eine gesamtösterreichische Jugendkonferenz einberufen wird. Die Vorarbeiten für diese Jugendkonferenz haben wir ja gesehen. Sie haben begonnen mit einem Sitzstreik von 150 Jugendlichen auf dem Hauptplatz von Wiener Neustadt. Der Sitzstreik, der von der FÖJ inszeniert worden ist, war sicherlich sehr arbeitbeschaffend! Sodann wurde auf ganz Niederösterreich eine Reihe von Flugblättern und Postwurfsendungen losgelassen, vor allem auch

im Bezirk Zistersdorf. Herr Landesrat Genner spricht von 1200 bis 1500 arbeitslosen Jugendlichen. Ich muß hier feststellen, daß der Herr Landesrat Genner richtigerweise gar einmal die offiziellen Zahlen des Arbeitsamtes verwendet hat, im krassen Widerspruch zu dem Artikel der „Volksstimme“, aber auch in krassem Widerspruch zu den Flugblättern und Postwurfsendungen, die von der Kommunistischen Partei nach Niederösterreich versendet wurden.

Es ist doch allgemein bekannt, daß wir heuer zum erstenmal einen der geburtenstarken Jahrgänge bei den aus der Schule Austretenden vor uns hatten. In ganz Österreich sind um 42.000 Jugendliche heuer mehr aus der Schule gekommen als in den vergangenen Jahren. Im Jahre 1952 waren mit dem Stand von Ende September beim Landesarbeitsamt, wie der Herr Landesrat Genner richtigerweise sagte, gemeldet: 2417 Jugendliche, die eine Lehrstelle, und 999 Jugendliche, die eine Hilfsarbeiterstelle gesucht haben. Das macht zusammen 3416 Jugendliche. Der Stand vom September 1953 besagt: Sofort verfügbare lehrstellensuchende Jugendliche 3722 und sofort verfügbare arbeitssuchende Jugendliche 626. Das macht zusammen 4348 Jugendliche. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich also bloß eine Erhöhung um etwas über 900, und das zu einem Zeitpunkt, wo Tausende mehr aus der Schule ausgetreten sind.

Hohes Haus! Es gibt keinen besseren Beweis dafür, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und auch die Wirtschaftspolitik des Landes Niederösterreich richtig ist, als die Feststellung, daß der Großteil, nämlich 80 Prozent, der aus der Schule ausgetretenen Jugendlichen bereits untergebracht ist. (*Abg. Ernecker: Sehr richtig!*) Das ist ein Beweis für die sinnvolle Wirtschaftspolitik, aber auch ein Beweis für die Güte des Jugendeinstellungsgesetzes, aber auch für die Bereitschaft und Bereitwilligkeit unserer Wirtschaft, selbst mitzuhelfen, den Jugendlichen in Österreich Arbeit und Ausbildung zu sichern.

Man soll also mit den Jugendlichen keine Politik machen und hier große Propagandareden halten! Die nüchternen Zahlen beweisen, daß es dem Großteil der Jugend bereits ermöglicht wurde, in den Arbeitsprozeß eingeschaltet zu werden, und wir sind überzeugt, daß wir in wenigen Monaten die erfreuliche Feststellung treffen werden können, daß nahezu die gesamte Jugend — einige Ausnahmen wird es immer geben — auf Lehr- und Arbeitsplätzen untergebracht ist.

Darum habe ich gesagt, daß die Worte des Herrn Landesrates Genner völlig überflüssig waren. Er hat sie wahrscheinlich auch nur gesprochen, damit morgen in der „Volksstimme“ ein Artikel geschrieben werden kann. Darum hat er so geklagt. Ernst zu nehmen ist von seinen ganzen Worten nichts, weil er selbst die Zahlen der „Volksstimme“ nicht aufrechterhalten kann. Und ich nehme auch an, daß der Kongreß, der in einigen Tagen stattfinden wird, wird feststellen müssen, daß eigentlich gar kein Grund vorhanden ist, über diese Fragen einen Kongreß abzuhalten!

Man soll also die Jugend nicht zum Ausgangspunkt einer üblen Propaganda machen. Es wäre viel besser, es strengen sich alle an, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Jugend des Landes blühen kann. Dann hat man der Jugend einen viel größeren Dienst erwiesen als mit Propagandareden hier in diesem Hohen Hause.

Ich möchte im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf den Nachtragskredit bei Post 09—91, Beitrag für Caritas-Vorschulen, hinweisen, bei der 120.000 S vorgesehen sind. Ich möchte es namens meiner Fraktion sehr begrüßen, daß diese Summe hier durch den Antrag eines Kollegen unserer Fraktion im Finanzausschuß aufgenommen worden ist. Wir wissen, daß der Großteil der männlichen Jugend auf Arbeitsplätzen untergebracht werden konnte. Bei der weiblichen Jugend ist es aber bedeutend schwieriger. Durch die Caritas-Vorschulen haben wir nun eine Einrichtung, durch die es vor allem möglich ist, arbeitslose Mädchen unterzubringen. Hier hat die private Hand aus Verantwortungsbewußtsein gehandelt und nicht nur geredet. Wir glauben daher, daß diese Caritas-Vorschulen geradezu eine vorbildliche Lösung des Problems jener jungen Mädels darstellt, die keine Arbeit oder keine Lehrstelle finden. Diese Schulen nehmen Haushaltspraktikantinnen auf, um sie am Vormittag in Haushalten unterzubringen, wofür sie eine entsprechende Entschädigung bekommen, und am Nachmittag aus rein privaten Mitteln in Fortbildungsschulen und in Hausaltkursen weiter auszubilden. Wir begrüßen daher diese Einrichtung, weil sie mit geringen Mitteln einen viel größeren Erfolg sichert, als eine ähnliche Einrichtung der öffentlichen Hand erreichen würde.

Lassen Sie mir auch noch ein Wort zu dem Voranschlagsansatz 09—92, Beitrag zum Wiederaufbau der evangelischen Schule in Wien, sagen. Wir begrüßen die Einsetzung dieser Post ganz besonders. So wie es für

Niederösterreich eine Selbstverständlichkeit war, zum Bau der Stephanskirche ein Scherflein beizutragen — ein ganz beachtliches sogar —, weil die Stephanskirche für Gesamtösterreich eben etwas bedeutet, so glauben wir, daß es auch eine Selbstverständlichkeit ist, einen Beitrag für den Aufbau der durch den Krieg zerstörten evangelischen Schule in Wien zu leisten, weil diese Schule für unsere evangelischen Landeskinder sehr viel bedeutet, und dort im Interesse des Staates eine sehr ersprießliche Tätigkeit zu erwarten ist. Diese Schule wird für Österreich und für Niederösterreich sicherlich wertvolle Dienste leisten. Wir begrüßen es daher, daß sich der Finanzausschuß zu diesem Antrag, der von unserer Seite kam, bekannt hat.

Zum Schluß, Hohes Haus, möchte ich nur ganz kurz zur Beteiligung des Landes an der Flughafengesellschaft sprechen. Dazu darf ich wohl sagen, der Betrag von 80.000 S ist sicherlich niedrig. Aber das ist nur eine symbolische Zahl, eine Geste, die vorerst nur einmal ausdrücken soll, daß ein Zentralflughafen in Österreich ohne Niederösterreich nicht gemacht werden kann. Wir werden also hier das Mitspracherecht des Landes Niederösterreich sichern, und wir begrüßen es, daß auch hier Vorsorge getroffen wird, die niederösterreichischen Interessen entsprechend zu vertreten.

Es wurde heute einige Male etwas erhitzt gesprochen. Ich habe das Gefühl, daß auf der Gegenseite so einigermaßen eine gewisse Angstpsychose geherrscht hat, durch diese große Initiative und Aktivität der Österreichischen Volkspartei einen Zugsanschluß nicht mehr zu erreichen (*Heiterkeit links. — Zwischenrufe des Landeshauptmannstellvertreters Popp.*) Ich glaube, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, wir haben es schon einige Male erlebt, daß Sie letzten Endes doch erkannt haben, daß die Finanzpolitik und die Vorschläge der ÖVP in Niederösterreich sehr gut sind. Man könnte wirklich das oft gesprochene Wort auch hier anwenden: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt.“ Ich möchte Ihnen sagen, meine Herren, Sie werden sicherlich das Trittbrett des letzten Waggons des Schnellzuges erreichen, wenn Sie sich bemühen und wenn Sie sich sehr positiv zu dieser guten Finanzpolitik stellen. Das ganze Programm, das der Finanzreferent vorlegen konnte und das dann im Finanzausschuß erweitert wurde, ist der eindeutige Beweis einer guten, verantwortungsbewußten Finanzpolitik im Bund und der gesunden Wirtschaftspolitik Raab-Kamitz, aber auch ein guter Beweis für die gesunde Wirtschaftspolitik in Niederösterreich,

die vor allem erstrebt wird durch Steinböck und Müllner. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich verzichte.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet.

Ich lasse nun über die Überschreitungen in den einzelnen Gruppen 0 bis 9 des ordentlichen Voranschlags — die Zustimmung des Hauses voraussetzend — unter einem abstimmen. (*Nach einer Pause*): Keine Einwendung. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): **A n g e n o m m e n.**

Wir gelangen nun zur Abstimmung über die Überschreitungen bei 14 Voranschlagsansätzen im außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953. Zur Abstimmung liegen vor:

Der Hauptantrag, der Zusatzantrag des Abg. Wondrak und der Resolutionsantrag des Abg. Staffa. Ich lasse zunächst über den weitergehenden Antrag des Abg. Wondrak, dann über den Hauptantrag unter einem und zum Schluß über den Resolutionsantrag des Abg. Staffa abstimmen.

Ich bitte den Berichterstatter, den Zusatzantrag des Abg. Wondrak zur Verlesung zu bringen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Zusatzantrages des Abgeordneten Wondrak, betreffend Bewilligung einer weiteren Überschreitung von 7.600.000 S bei Voranschlagsansatz 671—61*): Ich bitte um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Verlesung des Hauptantrages des Finanzausschusses.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Hauptantrages des Finanzausschusses*): Ich bitte um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A n g e n o m m e n.**

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um die Verlesung des Resolutionsantrages des Abgeordneten Staffa.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Resolutionsantrages des Abgeordneten Staffa, betreffend Vorsorge für die Regulierung der in den besonderen Notstandsgebieten gelegenen Wasserläufe*): Ich bitte um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Über die Nachtragskredite zum ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953 lasse ich mit Zustimmung des Hohen Hauses unter einem abstimmen. (*Nach einer Pause*): Es wird kein Einwand erhoben.

Zur Abstimmung liegen vor: Die Nachtragskredite zum ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag 1953. Hierzu die Abänderungsanträge der Frau Abg. Czerny und des Herrn Abg. Dr. Steingötter. Ich lasse zunächst über die Abänderungsanträge und dann über den Hauptantrag unter einem abstimmen.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Abänderungsanträge vorzulesen, vorerst den der Frau Abg. Czerny.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Abänderungsantrages der Frau Abg. Czerny, betreffend Erhöhung des Nachtragskredites für den Landes-Schulbaufonds*): Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Abänderungsantrag des Herrn Abg. Dr. Steingötter zu verlesen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Abänderungsantrages des Abg. Dr. Steingötter, betreffend Bewilligung eines Nachtragskredites für die Landes-Schwesternschule in St. Pölten*): Ich bitte, über den Antrag abstimmen zu lassen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr seinen Antrag zu den Nachtragskrediten im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag 1953 zu stellen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich bitte, den Nachtragskrediten in der Höhe von 6.500.000 S die Zustimmung zu geben.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A n g e n o m m e n.**

Nach Verabschiedung der Nachtragskredite und der Überschreitungen zum ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag des Landes für das Jahr 1953 lasse ich nunmehr abschließend über den Antrag des Finanzausschusses Punkt 1a) bis Punkt 4 als Ganzes abstimmen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um Verlesung des Antrages des Finanzausschusses.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach*

Verlesung des Antrages des Finanzausschusses): Ich bitte um Annahme des Antrages.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A n g e n o m m e n.**

Die Nachtragskredite und Überschreitungen zum ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953 sind somit genehmigt.

Ich lasse nunmehr über die in der Generaldebatte gestellten Resolutionsanträge des Abgeordneten Genner abstimmen. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, den ersten Resolutionsantrag zu verlesen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Resolutionsantrages des Abgeordneten Genner, betreffend Förderung der Wohnbautätigkeit*): Ich bitte um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um Verlesung des zweiten Resolutionsantrages des Abg. Genner.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Resolutionsantrages des Abgeordneten Genner, betreffend Errichtung von Lehrwerkstätten*): Ich bitte um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, den dritten Resolutionsantrag des Abgeordneten Genner zu verlesen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Resolutionsantrages des Abgeordneten Genner, betreffend die Wiedererrichtung der Schnellzugsstation Baden bei Wien*): Ich bitte um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, den vierten Resolutionsantrag des Abgeordneten Genner zu verlesen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*nach Verlesung des Resolutionsantrages des Abgeordneten Genner, betreffend die Subventionierung der Wasserleitung in Korneuburg*): Ich bitte um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): **A b g e l e h n t.**

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 20 Uhr 14 Min.)